

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XII. JAHRGANG 1935

3.

HEFT / M Ä R Z

Colin Ross: Zukunftsgestaltung Amerikas III

Glodschey: Der Streit um Abessinien

Schepers: Was will Rußland im Völkerbund? II

Karl Haushofer: Iran statt Persien!

Schüttel: Die makedonische Frage

Fochler-Hauke: Vormachtskampf in Ostasien III

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480444

Unter ständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Professor Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinckel, Heidelberg, Wolfbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

XII. JAHRGANG / HEFT 3 / MÄRZ 1935

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Colin Ross: Idee und Zukunftsgestaltung der Vereinigten Staaten von Amerika III ...	133
Hansjulus Schepers: Was will Rußland im Völkerbund? II	145
Gustav Fochler-Hauke: Grundlagen und Entwicklung des Vormachtkampfes in Ostasien III	152
Karl Haushofer: Iran statt Persien!	158
Erich Glodschey: Der Streit um Abessinien	160
Wolfgang Hartke: Zur Rückwanderung der ausländischen Arbeiter aus Nordfrankreich	171
Lothar Schüttel: Die makedonische Frage	176

BERICHTE

Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt	182
Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum	186

LITERATURBERICHTE

Karl Haushofer: Zum Schrifttum	192
Karl Haushofer: Literaturbericht aus dem indopazifischen Raum	197
Oskar von Niedermayer: Zu der Luth, Wehrwissenschaftlicher Atlas, II. Teil	203
Josef März: Eine internationale Balkanzeitschrift	203
Hans Hummel, Rupert von Schumacher: Büchertafel	204

Prels: Vierteljahr M. 5.50 / Einzelne M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—

Österreich: Vierteljahr ö. Sch. 10.—, Ausland (portofrei): Jährlich RM 23.—

Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM 0.90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinckel Verlag G.m.b.H. / BERLIN 18769 / WIEN 55918 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Gustav Fochler-Hauke, München, Ainmillerstr. 13 II — Erich Glodschey, Berlin-Schöneberg, Innsbrucker Straße 30 — Dr. Wolfgang Hartke, Charlottenburg, Wielandstr. 10, Gh. IV — Dr. Albrecht Haushofer, Leiter des Geopolitischen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., o. Professor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. Josef März, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 105 II — Dr. Oskar von Niedermayer, Berlin-Grunewald, Friedrichsruher Str. 31 — Dr. Colin Ross, z. Z. Chicago, 6106 University Avenue — Dr. Hansjulus Schepers, Göttingen, Feuerschanzgraben 15 II — Hauptmann a. D. Lothar Schüttel, Charlottenburg, Witzlebenstr. 15

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / HEIDELBERG / WOLFBRUNNENWEG 36

COLIN ROSS:

Idee und Zukunftsgestaltung der Vereinigten Staaten von Amerika III

Mit dieser Fortsetzung schließt Colin Ross seine grundlegenden Ausführungen über den diesmaligen Eindruck von USAmerika ab. Im Frühjahr gibt er einen Gesamtbericht in Buchform unter dem Titel: „Amerika, — die Insel zwischen Europa und Asien“ heraus.
Die Schriftleitung.

XI. Amerika wird nervös

Es ist ein Fremder, ein Ausländer, der die Idee eines Amerika vom Pol bis Panama formt und ausspricht. Wenige Amerikaner werden ihm darin beistimmen, ja die meisten werden sie empört zurückweisen und ihm mit guten Gründen beweisen, daß die Erwerbung mexikanischen und kanadischen Territoriums weder im Willen noch im Vermögen der Vereinigten Staaten läge. Und an diese Begründung werden sich noch einige schöne Sätze gegen den Imperialismus schließen und etliche noch schönere über allgemeine Menschheitswerdung, Weltfrieden und Abrüstung mit ein paar Seitenhieben gegen das „böse Hitler-Deutschland“, das all diese wünschenswerten Dinge sabotiere.

Diese Einstellung des Durchschnittsamerikaners zu der Zukunft seines Kontinentes ist nicht verwunderlich. Das heutige Amerika ist müde und alt, erstaunlich alt. Kommt man aus dem von tausend neuen Ideen durchpulsten und vor Zukunftsglauben fiebernden Europa auf diese Seite des Atlant, so hat man in gar keiner Weise mehr das Empfinden, in eine „Neue Welt“ versetzt zu sein, wie es einen beim Auftauchen Manhattans aus dem Nebel noch vor dem Kriege und selbst kurz nach dem Kriege so stark durchpulte. Nein, das ist keine neue Welt, sondern eine alte, eine durch und durch altmodische. Gewiß, da stehen die Wolkenkratzer vor einem, gewaltig und eindrucksvoll. Aber das sind gar nicht Symbole des Amerika von heute, sondern des von gestern, eines Amerika, das noch glaubte und seinen Glauben in den Himmel baute. Heute sehen selbst die stolzen Wolkenkratzer ein wenig überlebt und abgegriffen aus. Man macht sich klar, daß sie halb leer stehen, daß sie eine geschäftliche Aktivität vorspiegeln, die erledigt ist, die es nicht mehr gibt. Und so blickt man weniger hinauf nach ihren strahlenden Zinnen als hinunter auf all den Schmutz zu ihren Füßen, auf die im Winde wirbelnden Papierhosen alter Zeitungen, die Fülle stinkender Abfälle und die Men-

schen, die in unglaublich schmutzigen Löchern vegetieren. Dieser Schmutz, diese durch die Straßen wirbelnden alten Zeitungen, diese Menschen im Elend hat es von je gegeben in diesem Lande; allein solange es selber und mit ihm die ganze Welt unter der Suggestion stand, das Land Gottes zu sein, das jedem schließlich Wohlstand und Glück versprach, nahm man das Elend Amerikas für eine Durchgangserrscheinung, für ein Übergangsstadium, für eine Art Fegefeuer, das der Einwanderer passieren mußte, ehe er in den Himmel Amerikas eingehen konnte. —

Nein, es ist durchaus nicht verwunderlich, daß der Amerikaner von heute erschrocken die Idee abwehrt, sein Land könne sich einmal vom Pol bis an den Panamakanal erstrecken. Das Volk, das einmal fieberte vor Expansionsdrang, dessen Vorväter aus sicheren Verhältnissen in eine unbekannte Wüste zogen, bloß weil ihr Drang in die Welt sie forttrieb, ist heute begrenzt und ängstlich. Amerika, das einmal stolz und selbstbewußt seine Interessen, seine Gedanken mit denen der ganzen Menschheit identifizierte und sie mit einer fast törichten Kühnheit über einen Kontinent, über den größten Ozean, über die gesamte Erde hinwegtrug, ist heute auf der ganzen Linie in der Verteidigung. Es sieht nicht, daß die Ideen, die einst neu und glänzend waren, die einst der Welt voranleuchteten, allen Glanz und alle Anziehungskraft verloren haben. Die Vereinigten Staaten sind ein Revolutionär, der bei den einst umstürzlerischen Ideen seiner Jugendjahre stehenblieb, der sie als Greis noch als „revolutionär“ proklamiert und nicht merkt, daß sie das Reaktionärste vom Reaktionären geworden sind, weil die Welt inzwischen weiterging. Es gibt in Amerika eine exklusive Frauenvereinigung, die sich die „Töchter der Revolution“ nennt und die das Konservativste und Reaktionärste darstellt, was es gibt. Nichts symbolisiert besser als sie, was sich der Amerikaner unter Revolution vorstellt.

Aber es wäre falsch, das Unverständnis, das Amerika Europa und insbesondere Deutschland entgegenbringt, mit dem gleichen Unverständnis zu erwidern. Der Amerikaner hat niemals, auch vor dem Kriege nicht, eine richtige Vorstellung von Europa gehabt. Seit der Zeit des Unabhängigkeitskrieges war er von frühester Kindheit an in der Anschauung erzogen worden, daß monarchische Staatsform Tyrannei bedeute, daß die europäischen Völker in einer Art feudaler Leibeigenschaft schmachteten, die sich vom Mittelalter her noch erhalten habe, insbesondere die Deutschen natürlich! Unter diesen Umständen war es ganz klar, daß man einfach nicht sah, wie unfrei man zum Teil selber lebte. Der Durchschnittsamerikaner hat von jeher in einer erstaunlichen Naivität seine Anschauungen als Maßstab von Verhältnissen und Sitten fremder Länder angelegt. Wie kann er da verstehen, was heute in Deutschland vorgeht? Die SA. muß ihm selbstverständlich als Kriegsdrohung erscheinen, die Hitlerjugend als Militarisierung der Kinder, der Arbeitsdienst als Zwangsarbeit. Der Amerikaner, dem es so in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß die Demokratie den Frieden bedeutet, muß in der Diktatur selbstverständlich den Krieg sehen.

Aber daß der Amerikaner so heftig und so ablehnend auf die Vorgänge in Deutschland reagiert, hat nicht so sehr seine Ursache in diesen selbst als vielmehr in seiner eigenen Unruhe. Er fühlt, daß etwas vorgeht, daß die Welt sich wandelt, und diese Wandlung faßt er durchaus als Bedrohung auf. Er hat eine atemraubende Entwicklung hinter sich, er hat sich, weiß Gott, abgeschuftet und abgerackert. Um die Jahrhundertwende glaubte er sich am Ziel. Da kam der Weltkrieg. Die verdammten Deutschen bedrohten den Weltfrieden wie die Weltdemokratie. Da hieß es zu den Waffen greifen, für die Menschheit, für den Frieden, für die Demokratie! Aber als der Frieden endlich geschlossen war, fing es erst recht an. Man flüchtete sich in eine künstliche Prosperity, die auf Betrug und Schwindel beruhte. Dann kam der unvermittelte Krach. Man stand vor dem Chaos, man rettete sich in das „New Deal“, man erlebte eine Ära sinnverwirrender, nie für möglich gehaltener Neuerungen. Man hielt still, weil man die unangenehmen Neuerungen für ein Zwischenspiel ansah. Aber als sie andauerten und die gute alte Zeit unbeschränkten Profites nicht wiederkommen wollte, wurde man nervös, und doppelt nervös gegen alles, was sich jenseits des Atlant abspielte und seine Wellen bis in „Gottes eigenes Land“ hinüberzuspülen drohte.

XII. Das Angloamerikanertum und die Einwanderer

Amerikas ablehnende, ja feindliche Haltung gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus, die zunächst auf seinem blinden Glauben an die Demokratie beruht, wird von zwei Klassen seiner Bevölkerung besonders unterstützt.

Die angelsächsische Führerschicht kann natürlich nur mit Befremden und Sorge auf die „Nationale Revolution“, insbesondere auf die deutsche, blicken, die die Rasse in den Mittelpunkt stellt. Der „Schmelztiegel“ hat bereits in den letzten Jahren so unbefriedigend gearbeitet, daß man die Tore für alle Einwanderung praktisch schließen mußte. Werden nunmehr diese unassimilierten Millionenmassen durch die nationalen Revolutionen zum Bewußtsein ihres völkischen Wertes gebracht, so drohen sie völlig unassimilierbar zu werden. Diese Gefahr ist um so größer in einer Epoche, die Amerika den Nimbus des Landes der Freiheit wie des Fortschrittes genommen hat.

Es ist ja nicht erst seit heute, daß die angelsächsischen Amerikaner sich nervös gegen alle fremden Elemente wenden, die ihrer dominierenden Stellung irgendwie gefährlich zu werden drohen. Als die starke deutsche Einwanderung nach Pennsylvanien einsetzte, noch vor dem Unabhängigkeitskrieg, wandte man sich sofort gegen diese. Als die achtundvierziger Revolution und die gleichzeitige Entdeckung der kalifornischen Goldfelder eine starke Einwandererwelle nach den Vereinigten Staaten spülte, entstand die sogenannte „Know nothing“-Partei, die sich zum Ziel setzte, alle Fremdstämmigen zu unterdrücken und sie vor allem von Beamtenposten auszuschließen. Wenn Amerika Einwanderer willkommen hieß, so, weil diese ihm

alle schwere Arbeit abnahmen, die Weite erschließen halfen und seine Industrie entwickelten. Als man sie nicht mehr brauchte, schloß man die Tore.

Aber es ist zu spät, und die Nervosität der „hundertprozentigen Amerikaner“ ist begreiflich. Der Prozentsatz der Einwanderer ist dauernd gestiegen, und zwar immer mehr in der Richtung von immer schwerer zu assimilierenden Rassen. Vom Unabhängigkeitskrieg bis 1820 wanderten schätzungsweise im ganzen höchstens eine Viertelmillion Menschen ein. Im Jahre 1842 waren es bereits 100 000, im Jahre 1885 stieg die Einwandererziffer auf 790 000, um nach 1900 die Millionengrenze zu überschreiten. Und was vom nationalamerikanischen Standpunkt aus noch gefährlicher war, die Einwanderer wurden dem ursprünglichen angelsächsischen Stock immer fremder. Auf die Iren, die wenigstens die gleiche Sprache sprachen, folgten Deutsche und Skandinavier, die sich noch leicht assimilierten, aber dann begannen Süd- und Osteuropäer einzuströmen, Italiener und Russen, Ruthenen und Griechen, Polen und Tschechen, ja selbst Orientalen, wie Armenier und Perser. In dem Jahrzehnt von 1871 bis 1880 waren noch 19 Prozent der Einwanderer Briten gewesen, 32 Prozent deutsch und nur 8 Prozent romanisch und slawisch. In den 20 Jahren von 1900 bis 1920 schnellte der Prozentsatz der süd- und osteuropäischen Einwanderung auf 77 Prozent, und zwar strömte das bunteste Gemisch völlig unassimilierbarer Elemente ein. Die Situation wurde noch dadurch kompliziert, daß die Hauptmasse der Einwanderer in den Nordstaaten hängenblieb und so manche Gegenden völlig überfremdete. Der Süden war von jeher von Einwanderung verhältnismäßig frei geblieben. So war dort im Jahre 1880 noch nicht ein Prozent der Bevölkerung fremd geboren. Dafür hatte der Süden allerdings die Neger, die in einzelnen Staaten, wie z. B. Mississippi, die Weißen an Zahl übertreffen.

Heute ist die Lage derart, daß neben 12 Millionen Neger, 2 Millionen Mexikanern, 180 000 Ostasiaten und 25 000 Philippinos in den Vereinigten Staaten 18 Millionen Fremde leben, die erst nach 1900 eingewandert sind. Und selbst wenn man als hundertprozentige Amerikaner alle die rechnet, die von amerikanischen Eltern in Amerika geboren wurden — einerlei, ob die Eltern nun von England stammen oder Deutschland, Skandinavien oder sonst woher —, so kommt man immer erst auf einen Satz von 55 Prozent. Selbst von diesen 55 Prozent ist sich ein nicht unerheblicher Teil seiner Abstammung noch bewußt und spricht zum Teil noch die Sprache der Großeltern. Ja, diese Bewußtwerdung des europäischen Heimatbodens ist heute stärker als vor dem Kriege. Ich kenne verschiedene deutsch-amerikanische Familien, wo die Kinder kein Deutsch mehr sprechen, wohl aber die Enkelkinder, oder nicht die Enkel, wohl aber wieder die Urenkel.

Unter diesen Umständen und bei dem ständig anwachsenden Einfluß der katholischen Kirche erscheint eine Ku-Klux-Klan-Taktik, die sich rücksichtslos gegen alles Fremdrassige und Fremdreligiöse richtet, mehr als bedenklich. Der Erfolg könnte ein höchst unerwünschter Rückschlag sein. Etwas Ähnliches erlebte man ja

bereits bei den Deutschamerikanern, die unter dem Druck der Deutschenhetze und des jüdischen Boykottes in einer vorher nie für möglich gehaltenen Art und Weise sich auf ihr Deutschtum besinnen.

XIII. Amerikanertum und Judentum

Die Bundesgenossenschaft der hundertprozentigen Angloamerikaner und der Juden, die gemeinsam das Übergreifen nationalistisch-faschistischer Ideen von Europa nach Amerika bekämpfen, ist im Grunde seltsam, ja direkt widersinnig.

Die Hundertprozentigen sind selber Nationalisten reinsten Wassers. Sie sagen lediglich Amerika, wenn sie Angloamerika meinen. Mitunter sagen sie auch Menschheit, wenn es sich um die Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber anderen Rassen handelt. Sie tun das in gutem Glauben und aus vollster Überzeugung, und deshalb waren sie bisher mit dieser Taktik auch so erfolgreich. Die geheime Gegnerschaft beziehungsweise das Bestreben, die Führung und Leitung unter allen Umständen in der Hand zu behalten, richtet sich daher gegen die Juden genau so wie gegen alle andern nicht angelsächsischen Rassen in Amerika. Der amerikanische Antisemitismus liegt auf der gleichen Linie wie die amerikanische Antipathie gegen Deutsche und Süd- wie Osteuropäer. Er tritt lediglich im allgemeinen nicht offen zutage. Der gleiche Amerikaner, der sich über den Antisemitismus der Deutschen entrüstet, erzählt harmlos von Klubs, ja von Hotels, die keinen Juden aufnehmen. Allerdings wird die Aufnahme nie offen der Rasse wegen abgelehnt, sondern mit der Begründung, daß kein Platz sei oder dergleichen. Ich habe einen arischen Freund mit dem jüdischen Namen Morgenstern in den Staaten. Dieser erzählte mir, daß er niemals unter seinem richtigen Namen in Hotels Zimmer bestellt, um nicht eine Absage zu riskieren. Ebenso gibt es auch Schulen und Universitäten, die keinen Juden annehmen oder nur eine beschränkte Zahl. Aber von all diesen Dingen wird nicht gesprochen. Auch die Juden sprechen nicht davon; im Gegenteil, sie tun so, als ob es nicht die geringste Animosität gegen die jüdische Rasse in Amerika gäbe. Und sie gehen noch einen Schritt weiter, indem sie den Begriff der amerikanischen Freiheit und Demokratie mit dem des Philosemitismus identifizieren.

Die Juden treiben somit die gleiche Camouflage wie die angelsächsischen Amerikaner. Sie sprechen von amerikanischen Idealen, wenn sie ihre besonderen Interessen meinen. Und da es den Juden gelungen ist, die Presse und öffentliche Meinung in geradezu erstaunlicher Weise unter ihre Kontrolle zu bringen, ist die groteske Situation entstanden, daß die Nachkommen der Neu-Engländer, die einzigen wirklichen Amerikaner, die es im Sinne des angelsächsischen Amerika gibt, sich von der kleinsten und erst am kürzesten im Lande befindlichen Fremdrasse sagen lassen und sagen lassen müssen, was wahres Amerikanertum, wahre amerikanische Freiheit, wahre amerikanische Demokratie ist und wie sie auf die europäischen Strömungen und Ideen zu reagieren haben.

Gegenüber diesen lärmenden und aufdringlichen Versuchen, die Idee der amerikanischen Freiheit gewissermaßen zu monopolisieren, befindet sich das angelsächsische Amerika in einer Zwangslage. Die dominierende Stellung der Juden ist den alten Amerikanern höchst unangenehm, aber sie können nicht offen gegen die Verkünder von Grundsätzen auftreten, die als wahres Amerikanertum gelten, selbst wenn sie nicht mehr als Phrasen sind.

Unter der Herrschaft der Phrase blieben die Neger weiterhin Sklaven — auch nach der Erklärung, daß alle Menschen gleich geboren seien. Unter der Herrschaft der Phrase trat Amerika gegen die Interessen der Masse seiner Bevölkerung in den Krieg. Unter der Herrschaft der Phrase verhinderte eine kleine Gruppe Fremdrassiger, daß Amerika die Entwicklung in Europa, vor allem in Deutschland und Italien, wenigstens objektiv und unvoreingenommen verfolgt. Neben der Phrase stand allerdings von Anfang an auch echter Idealismus und Humanität im besten Sinne des Wortes. Diese Idealität und Humanität sind jedoch nur allzu oft, ohne es zu wissen, der Phrase erlegen und haben den Interessen skrupelloser Politiker und Geschäftemacher gedient, während sie glaubten, sich dem Dienste der Menschheit zu weihen.

So ist es auch heute. Mit die besten und edelsten Amerikaner halten Deutschland für ein Land von Blut und Grauen, von Sklaverei und Unterdrückung, weil eine rigoros vom Judentum kontrollierte Presse und öffentliche Meinung ihnen es nicht anders zu sehen erlaubt. Selbstverständlich muß auch ein Deutscher Verständnis dafür haben, daß die amerikanischen Juden das heutige Deutschland bis aufs Messer bekämpfen. Sie kämpfen dadurch um ihre eigene Position in Amerika; denn es geht ihnen ja nicht so sehr um die Interessen der deutschen Juden als darum, zu verhindern, daß ihnen etwas Ähnliches passiert. Vom amerikanischen Standpunkt aus darf die antisemitische Politik Deutschlands nicht ungestraft bleiben. Es muß ein weithin sichtbares Exempel statuiert werden, daß furchtbare Vergeltung das Volk trifft, das die Juden anzutasten wagt.

Und nun ist es seltsam, daß die Juden in Amerika wie auch in England in ihrem fanatischen Haß gegen Hitler-Deutschland alle Vorsicht außer acht lassen und so eine nachträgliche Rechtfertigung der deutschen Antijudenpolitik schaffen. Auch wer als Deutscher diese Politik durchaus nicht billigte und die edlen und anständigen Juden bedauerte, die unter ihr zu leiden hatten, wird heute stutzig, wenn er sieht, wie ein internationales Judentum skrupellos nicht nur um seine Gleichberechtigung, nein, um seine Oberhoheit kämpft. So nennt eine neue, mit großem Aufwand herausgebrachte Monatsschrift das Judentum den „Senat der Völker“, der zusammen mit den Angelsachsen berufen sei, die Welt zu beherrschen. So wird hier in Amerika nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der gesellschaftliche Boykott gegen alle organisiert, die wagen, mit Deutschland zu sympathisieren. Ja, man hat sogar Damen der Gesellschaft mit Boykott gedroht, falls sie den anti-

deutschen Vereinigungen nicht beitreten und keinen Beitrag zur Bekämpfung des Hitlerismus zeichnen. Sogar an die Abkömmlinge alter deutsch-amerikanischer Familien hat man solche Zumutungen gestellt.

Es ist klar, daß nur ein Teil der amerikanischen Juden diese hemmungslose semitische Propaganda treibt, die sich als ein Kampf um wahres Amerikanertum und wahres Menschentum maskiert. Viele Juden sehen mit Sorge diesem Treiben zu und fürchten einen ähnlichen Rückschlag wie in Deutschland. Da man offen nichts gegen eine Propaganda tun kann, die sich als hundertprozentig amerikanisch ausgibt, so wächst unausgesprochen im Volke selbst die antisemitische Stimmung. Es haben sich auch bereits etliche Organisationen gebildet, die sich die Bekämpfung des Judentums zum Ziel gesetzt, wie die Khaki-Shirts und die Silver Shirts. Letztere greifen bereits den Präsidenten scharf an wegen des allzu starken jüdischen Einflusses in seiner nächsten Umgebung. So entsteht langsam eine gefährliche Situation, gefährlich zunächst für die amerikanischen Juden selbst, dann aber auch gefährlich für ganz Amerika, dem die Möglichkeit genommen wird, die Vorgänge in Europa vorurteilslos zu verfolgen, aus ihnen zu lernen und auf evolutionärem Wege, nicht auf revolutionärem, die Idee des Neuen Amerika zu entwickeln.

XIV. Amerika und die cäsarische Demokratie

Das amerikanische Problem läßt sich in zwei knappe Fragen zusammenpressen. Erstens ist die alte Idee „Amerika“ noch lebensfähig, beziehungsweise kann sie zu neuem Leben erweckt werden? Zweitens, wenn nicht, welche neue Idee vermag dann an ihre Stelle zu treten?

Die ursprüngliche amerikanische Idee war eine nationale unter internationaler Verkleidung. Sie hieß menschliche Freiheit und menschlicher Fortschritt und meinte die Interessen der angelsächsischen Führerschicht. Aber da Amerika sehr groß war und sehr reich, da es ständig wuchs und seine Führer großzügig und weitherzig waren, so fiel auch für die nichtangelsächsischen Amerikaner wie für die Menschheit so viel ab, daß die Idee Amerika sich bis in unsere Tage erhielt, in denen sie allerdings einen über die ganze Welt hin hörbaren Zusammenbruch erlebte, einen viel gewaltigeren jedenfalls als sich die meisten Amerikaner realisieren. Die äußeren Zeichen dieses Zusammenbruches des Glaubens an Amerika als einer großen und erfüllenden Idee war das Versagen der amerikanischen Politik in und nach dem Weltkriege, seine Einwanderungsbeschränkungen und schließlich Depression und Dollarentwertung.

Aber selbst wenn dieser Rückschlag durch eine günstige Konjunktur und eine neue Prosperität, für die einstweilen alle Anzeichen fehlen, überwunden werden könnte, so sind der Idee Amerika in ihrer alten Form doch die Grundlagen entzogen. Einmal hat sich das angelsächsische Element zahlenmäßig zu sehr schwächen lassen und zu stark an Prestige verloren. Damit ist der Idee Amerika die ursprüng-

lich tragende nationale Grundlage genommen. Zum andern hat in einer Epoche der Nationalen Revolutionen die internationale Idee, die Amerika als werbendes Aushängeschild benutzte, an sich bereits alle Zugkraft verloren. — Damit aber ist für die Vereinigten Staaten eine gefährliche Situation entstanden. Gewissermaßen ist ihnen der Boden unter den Füßen weggezogen und in bestimmtem Sinne sind sie augenblicklich ebensowenig existent wie etwa das Britische Weltreich, das heute nicht als Wirklichkeit, sondern als Fiktion existiert. Beide Gebilde scheinen machtvolle Staaten, die jedoch unter Umständen zerspringen können wie Glas. Beide aber vermögen sich zu neuer, blutvoller Form umzubilden, falls sie die tragende, belebende und beseelende Idee finden. Und zwar gilt dies von den Vereinigten Staaten in höherem Maße als vom Britischen Empire.

Welches ist nun diese Idee?

Es liegt nahe, an eine gemeinsame angelsächsische zu glauben, die der angelsächsischen Rasse die Weltherrschaft sichert. Aber der Zeitpunkt dafür ist bereits verpaßt. Dafür ist Amerika bereits zu wenig angelsächsisch, und davon abgesehen war die Prestigeeinbuße der angelsächsischen Politik wie der angelsächsischen Struktur und Lebensform zu groß. Wie schwach der Gedanke der gemeinsamen Weltherrschaft auch bereits in beiden Ländern ist und wie gering die Möglichkeiten für ihre praktische Verwirklichung, erwies sich anlässlich des japanischen Vorstoßes auf eine asiatische Monroe-Doktrin hin. Nicht einmal gegenüber dieser ernststen Bedrohung, — nicht der Vorherrschaft, sondern der Gleichberechtigung der Weißen und des weißen Handels in Ostasien, konnten sich die beiden Vormächte der weißen Rasse zu einem gemeinsamen Vorgehen und einer gemeinsamen Politik entschließen. So groß die kulturelle und sprachliche Verbundenheit Englands und Amerikas auch ist — heute sind beide nicht nur zwei Länder, sondern zwei Welten.

Amerika wirft die letzte Schale der ehemaligen Kolonien immer mehr ab, und je bunter sein Bevölkerungsgemisch geworden ist, desto notwendiger wird es, daß die Vereinigten Staaten sich auf eine eigene, gemeinsame Note besinnen, die nicht mehr eine verkappte Nachahmung des Mutterlandes sein kann, vor allem, weil das Amerika von heute ja nicht ein Mutterland mehr hat, sondern viele Mutterländer, oder richtiger: Amerikas Mutterland ist nicht mehr Europa, sondern Prärie und Felsengebirge, die Sonne des Kontinentes zwischen den beiden Weltmeeren und die Ahnengeister des amerikanischen Bodens.

Amerikas Problem ist dasselbe wie das Europas. Das heißt, es handelt sich darum, den Aufstand der Massen aufzufangen und diese in neue Lebensformen organisch einzugliedern, so daß alle Glieder der Gesellschaft einen angemessenen Anteil am menschlichen Glück erhalten.

Dies ist nur möglich durch radikale Umschaltung von verstandesbestimmter (rationalistischer) auf glaubensbestimmte (spiritualistische) Lebensauffassung. Eine Zeitlang vermag man die Massen durch bloße Steigerung des Lebensstandards in

leidlich zufriedener Verfassung zu erhalten, wie man das in Amerika und auch in Australien ja mit einigem Erfolg versuchte. Jede Störung des Wirtschaftslebens — und solche regelmäßigen Störungen sind bei einer auf Fortschritt als Ziel abgestellten Weltauffassung unvermeidlich — muß zur Katastrophe führen oder hart an diese heran.

Das Problem ist also, den Massen eine Idee einzupflanzen, an die sie blind glauben, die sie in die Hand des Führers gibt und diesem ermöglicht, in Ruhe die nötigen organisatorischen und wirtschaftlichen Umstellungen durchzuführen.

Dies ist der Sinn der Diktatur, und dies ist der Grund, warum diese Staatsform ganz plötzlich allüberall sich so erfolgreich durchsetzte, nachdem man geglaubt hatte, die „Welt sicher für die Demokratie“ gemacht zu haben. Für großzügige und langwierige Neuorganisationen und Umstellungen ist ja keine Staatsform ungeeigneter als die parlamentarische. Und das plötzliche Aufspringen der Diktatur hat seinen Grund in dem unbewußten Wissen der Völker um die eigene Unbeständigkeit und in dem Wunsche, sich dagegen zu schützen, indem man eine Regierung aufrichtet, die nicht so leicht gestürzt werden kann. Alle Diktaturen verdanken ihre Entstehung zunächst dem Volkswillen.

So stellt sich immer klarer heraus, daß die Regierungsform unserer Epoche, das heißt die des großen Weltwandels, die cäsarische Demokratie ist. Man kann auch demokratische Cäsarenherrschaft sagen, das heißt die Regierung eines im Volkswillen wurzelnden Einzelherrschers, der den unbewußten Massenwillen erkennt und vollstreckt. In dieser fast medialen Verbundenheit mit der Massenseele wurzelt die Popularität des Diktators, die an Anbetung grenzende Verehrung, die ihm „das Volk“ entgegenbringt. Dieser gegenüber, sie erst ermöglichend, steht die grenzenlose Verantwortung des Führers.

Diese Ordnung ist nicht neu. Sie war bereits die des alten China, die dem Kaiser fast göttliche Gewalt verlieh, aber daneben auch eine von einem Menschen kaum tragbare Verantwortung, und die neben die absolute Gewalt des Herrschers das absolute Recht des Volkes stellte, den Herrscher zu stürzen oder zu töten, falls er seine Vollmacht mißbrauchte.

Es ist ganz klar, daß ein solches System nicht auf einer rationalen, sondern lediglich auf einer spiritualen Grundlage funktionieren kann. Am Anfang der erfolgreichen cäsarischen Demokratie stehen daher grundlegend und umfassend Idee und Glauben. Das ist in Amerika nicht anders als in Europa. Nur die Idee und die Wege, auf denen sie sich durchsetzt, müssen naturgemäß verschieden sein.

XV. Eine amerikanische Staatsphilosophie

Die Idee der cäsarischen Demokratie ist dem amerikanischen Geist keineswegs so fremd, wie es heute scheinen mag und wie es alle die Rufer und Streiter für die parlamentarische Demokratie glauben machen möchten. De facto steht am Anfang

der Vereinigten Staaten die cäsarische Demokratie; denn im Grunde war die Regierung Washingtons nichts anderes.

Nach dem Unabhängigkeitskrieg befanden sich die Vereinigten Staaten in einer ähnlichen Verfassung wie Deutschland in der Zeit von 1918 bis 1933; Unruhe, Revolten, schlimmste Inflation, Regierungen ohne genügend Autorität und das ganze Land Anarchie und Auflösung entgegentreibend. Aus diesem Zustand rettete das Land die Konstitution von 1787. Diese Konstitution erscheint heute als Urbild der parlamentarischen Demokratie. Sie ist aber gleichzeitig auch eine cäsarische Demokratie infolge der außerordentlichen Machtvollkommenheit, die sie dem höchsten Führer, dem Präsidenten, verleiht.

Und wenn die Konstitution Amerika rettete und aus einem chaotischen Bund sich befehlender Staaten zum starken, mächtigen Bundesstaat machte, so war das nicht so sehr die parlamentarische als vielmehr die cäsarische Seite der amerikanischen Demokratie, und vor allem der Umstand, daß im kritischen Augenblick ein Cäsar vorhanden war, um an die Spitze des Staates zu treten — Cäsar nicht im späteren imperialistischen Sinne verstanden, sondern in seinem ursprünglichen: des großen Volksführers. Es mag heutigem Empfinden seltsam erscheinen, Washington den Führer einer cäsarischen Demokratie zu nennen. Allein wenn wir Heutigen Washington erleben könnten, wie er sich nicht anders in der Öffentlichkeit zeigte als in einer von sechs Schimmeln gezogenen Staatskarosse und stets von zeremoniellem, steifem Pomp umgeben — sein Cäsarismus würde uns stärker erscheinen als seine Demokratie. Wenn sich das Bild Washingtons und überhaupt das der damaligen Zeit, die sehr viel mehr aristokratisch als demokratisch war, verschoben hat, so, weil im Verlaufe der Entwicklung die parlamentarische Seite der Demokratie die cäsarische immer stärker in den Hintergrund drängte, außer in Notzeiten, wo sie plötzlich nach dem „Cäsar“ rief und ihm unbegrenzte Vollmacht übertrug. Diese verhältnismäßige Leichtigkeit, mit der die amerikanische Verfassung von der parlamentarischen Form auf die cäsarische umschwenken kann, ist vielleicht ihr größter Vorteil. Eine solche Umstellung haben wir alle erst kürzlich nach der Betrauung Roosevelts mit cäsarischen Vollmachten erlebt. Seine Inauguration ähnelt der Washingtons. Beide kamen in dem Zeitpunkt zur Macht, als das Land vor dem Abgrund und der Auflösung stand und es nur durch eine starke Hand gerettet werden konnte.

Der Unterschied ist nur der, daß zu Washingtons Zeiten die Idee des Parlamentarismus in ihrer ersten Blüte stand. Einmal waren die Wahlmethoden durchaus aristokratisch und exklusiv. Es war ein Kreis ausgewählter Männer, die die Konstitution beschlossen wie die, welche den ersten Kongreß bildeten. Unter Washingtons Präsidentschaft gab es zunächst überhaupt noch keine Partei, als Roosevelt sein Amt antrat, gab es nur Parteien. Und es war seine erste und wichtigste Aufgabe, zunächst einmal diese Parteien zurückzudrängen und ihren Einfluß auszuschalten. Es war

ihm das möglich infolge der cäsarischen Seite der amerikanischen Konstitution wie des amerikanischen Volkscharakters, die dem Manne, der das Vertrauen des Volkes genießt, mehr als königliche Machtvollkommenheit überantwortet. Aber gleichzeitig lebt im amerikanischen Volke und erst recht in den amerikanischen Parteien und Politikern eine ständig wachsende Furcht vor dem „Tyranen“, nicht anders als in den griechischen Stadtstaaten. Besonders bei der Schaffung der Verfassung der neuen westlichen Staaten zeigte sich immer wieder das Bestreben, dem Gouverneur nur ja nicht zuviel Macht einzuräumen. Die Probleme von heute aber — auch die Amerikas — lassen sich nur mittels einer fast unbegrenzten Machtfülle lösen. Nicht nur das Schicksal Roosevelts, nicht nur das des „New Deal“, sondern sogar das Amerikas wird davon abhängen, ob das amerikanische Volk seinem gegenwärtigen Präsidenten auf die Dauer das nötige Vertrauen schenkt, das allein ihm die nötige Handlungsfreiheit gewährt.

Diese Aufgabe Roosevelts ist nicht so viel anders als die Washingtons. Für beide handelt es sich darum, einen vom Chaos bedrohten Staat in eine neue, feste Form überzuführen. Die Roosevelts mag leichter erscheinen. Das Amerika von 1789 bestand aus fast unabhängigen Staaten, von denen einige sich erst sehr zögernd und unter erheblichem Druck entschlossen, die Konstitution zu zeichnen. Außerdem litt das Land noch unter den Nachwehen des achtjährigen Bürgerkrieges. Aber eines hatte das damalige Amerika vor dem heutigen voraus. Es war von einer starken, neuen Idee getragen, der Idee der Menschenrechte, der Freiheit und der Demokratie.

Diese Ideen sollen auch heute herhalten, und sie werden aufgerufen zum Kampf gegen Diktatur und Gewalt. An sich ist freilich die Freiheit keine neue Idee, sondern eine uralte und urewige, nur ihre Form wechselnde. Und die Form der amerikanischen und französischen Revolution, die Form der parlamentarischen Freiheit beginnt, viel von ihrem Reiz einzubüßen, wenn sie in nichts anderem besteht, als arbeitslos in den Straßen herumzulungern und langsam zu verelenden oder sich ein Leben lang gegen kargen Lohn in stumpfsinniger Arbeit abzurackern.

Der heutige Kampf zwischen der alten, liberalen Demokratie auf der einen Seite, des Faschismus und Kommunismus auf der andern ist nicht einer zwischen Freiheit und Unfreiheit, noch weniger ein solcher zwischen Kultur und Unkultur, sondern lediglich einer zwischen alter und neuer Form. Diese neue Form, all die „Ismen“ sind nichts als Versuche, die Freiheitsrechte zwischen Individuum und Gemeinschaft neu auszubalancieren und einige der allzu krassen Ungerechtigkeiten auszugleichen, die unter dem alten System entstanden sind und die den Begriff von Freiheit und Gleichheit in ihr Gegenteil wandelten.

Der Versuch, die alte parlamentarische Demokratie und das liberale Wirtschaftssystem des „Laissez faire“ um jeden Preis zu retten, sind nichts anderes als Versuche, eine alte wunderschöne, aber bereits angeschlagene und rinnende Vase zu kitten und wieder zu kitten, anstatt resolut in den Ton zu greifen und eine neue zu

formen. Die neue wird selbstverständlich einstweilen nicht so schön sein, aber sie bietet den Vorteil, den neuen Bedürfnissen besser angepaßt zu sein. Außerdem ist sie ganz und dauerhaft, und man kann sie auch noch ausschmücken.

Auch Amerika wird sich schließlich dazu entschließen müssen, die alte Vase aufzugeben und eine neue zu formen. Der Entschluß ist für Amerika schwerer als für jedes andere Land; denn schließlich ist es der Schöpfer dieser Vase, und es ist ihm seit Generationen eingehämmert worden, daß seine Form die einzig richtige, ja die einzig mögliche ist. Außerdem ist es für Amerika nicht so ganz leicht, eine neue Form zu finden. Amerika kann seine neue Form nicht auf einer völkischen Idee basieren wie Deutschland, nicht auf einer kulturellen wie Italien, nicht auf der des göttlichen Heimatbodens wie Japan. Amerika mit seinem Bevölkerungsmisch und seiner ungeheuren Weite kann nur auf einer übernationalen Idee basieren gleich Rußland. Eine solche Idee kann natürlich nicht durch verstandesmäßige Überlegung gefunden werden, wie auch weder Stalin noch Hitler noch Mussolini durch Nachdenken zu der ihren kamen. Eine solche springt auf; sie wächst langsam unter der Decke und ist plötzlich da!

So wird auch die amerikanische Idee mit einem Male die Gemüter füllen. Einstweilen läßt sich nur so viel sagen, daß sie ganz stark den Charakter eines Glaubens haben wird.

Ich persönlich glaube, daß die Wesensform dessen, was einmal ein amerikanisches Volk werden will, sich in ganz ähnlicher Gestalt herauskristallisieren wird wie die Staatsphilosophie des alten China. Auf den ersten Blick mag es verblüffend erscheinen, Amerika mit China auch nur vergleichen zu wollen. Allein es bestehen erstaunliche Gemeinsamkeiten. China wie Amerika sind aus einem Kerngebiet in ein kontinentgroßes Territorium hinausgewachsen mit Völkern und Rassen, die kein natürliches, gemeinsames Band verbindet. China entstand aus der begrenzten Lößlandschaft des Hoangho, Amerika aus der Enge der 13 Kolonien. Das chinesische Reich umfaßte schließlich so heterogene Gebiete wie: Tibet, Turkestan und die Mongolei, Amerika: Neu-Mexiko, Oregon und Aljaska.

Das gemeinsame Band, das all die verschiedenartigen Teile, Rassen und Völker des chinesischen Reiches zusammenhielt, war die Schrift und die konfuzianische Staatsidee. Amerika ist so glücklich, im Englischen eine gemeinsame Sprache zu haben, nur die gemeinsame Idee fehlt ihm noch. Die angelsächsisch-nationale ist zu eng, die amerikanisch-allmenschliche zu weit. Die hundertprozentigen Amerikaner im Geiste des Ku-Klux-Klan müssen die Grenzpfähle weiterstecken und auch katholische Italiener und orthodoxe Griechen als vollberechtigte Amerikaner anerkennen. Die humanitären Amerikaner, die ständig die Worte Menschheit und Weltdemokratie im Munde führen, müssen ihr Organisationstalent zunächst einmal auf einem begrenzten Gebiete beweisen, statt auf der ganzen Erde, auf dem amerikanischen Kontinent.

HANSJULIUS SCHEPERS:**Was will Rußland im Völkerbund? II****Rückblick und Ausblick über Moskaus Weg nach Genf**

Es wäre völlig verkehrt, wollte man aus den Wurzeln im Panslawismus, Slawophilentum und westlich-marxistischer Intelligenz schließen, daß heute die neuen Ideen in Rußland von einer breiten Oberschicht (die gibt es nicht mehr!) oder gar vom Fundament des ganzen Volkes getragen werden; es sind im Gegenteil nur wenige Säulen, auf denen die Sowjetmacht ruht. Mit Geschick haben die Machthaber im Kreml lange die Welt über die Grundlagen ihrer Macht zu täuschen gesucht. Inzwischen hat sich jedoch die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß keineswegs die 165 Millionen Russen ihr höchstes Ziel darin sehen, für die Verwirklichung der Fünfjahrespläne und für die Räteregierung als „natürliche Vertreter der russischen Menschheit“ kämpfen zu dürfen. Nach Lenins Willen sollten Arbeiter und Bauern die Träger des kommunistischen Staates werden. In Wirklichkeit herrscht heute die Partei mit Hilfe der GPU. und den in 15 Jahren schlimmster Vergewaltigung raffiniert ausgedachten Methoden gesetzmäßiger und willkürlicher Rechtsprechung, und es herrscht die Rote Armee. Herr der Partei ist heute Stalin, der rote Zar und oberste Leiter der gewaltigen einheitlich zusammengefaßten und geleiteten russischen Wirtschaftsmacht. Stalin führt den bescheidenen Titel eines Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, die nur etwa ein Zwanzigstel des russischen Volkes zu ihren Mitgliedern zählt. Aber dafür herrscht Stalin über die GPU., deren Macht und Methoden die zaristische Ochrana und die Tscheka weit in den Schatten stellen. Außerdem sorgt ein ausgeklügeltes Verhältnis-Wahlsystem (zu dem noch der Terror kommt) dafür, daß einmal das zahlenmäßig unterlegene Industrieproletariat die Übermacht gewinnt und daß in den verschiedenen Volksvertretungen und Komitees nur sichere, Stalin ergebene Leute sitzen. Stalins Name fehlt auf den amtlichen Listen der obersten Leiter der Sowjetunion (Kalinin, Molotow, Woroschilow u. a. findet man da), er ist weder ihr Präsident noch einer ihrer führenden „Minister“, er ist nur der (theoretisch sogar absetzbare) Parteisekretär, als solcher aber der unumschränkte Herr über Leben und Tod jedes Bürgers der Sowjetunion. Die zweite Säule der Sowjetmacht ist das Heer. Sie ist das Werk (Trotzkis und) des fähigen Kriegskommissars Woroschilow. Glänzend ausgebildet, ausgezeichnet gepflegt, an Stärke und Motorisierung weitaus die größte der Welt, ist diese Armee in der Tat ein beachtenswerter Faktor der Kremlmacht¹⁾. Dennoch hat diese Armee Schwächen. Einmal haben die in glänzender Parade über den Roten Platz von Moskau stampfenden Riesentanks

1) Die Heeresstärke wird mit 940 000 Mann angegeben. Für 1935 ist ein Rüstungsetat von 61½ Milliarden Rubel vorgesehen!!

ihre Kampfkraft noch nicht erwiesen (zumal nicht in den Sümpfen der Nordmandschurei!). Zum andern besteht die russische Armee zum größten Teil aus Bauernsöhnen, deren Vätern die Sowjets besonders übel mitspielten. Diese gut ausgerüsteten Soldaten sind keine leidenschaftlichen Kämpfer, deren Angriff die glühende Begeisterung für ein Ideal unwiderstehliche Wucht verleiht. Ganz im Gegensatz dazu das japanische Heer, das in einigen Spezialwaffen (der Luft z. B.) theoretisch den Russen wohl unterlegen, an moralischer Kampfkraft ihnen aber mit Sicherheit weit überlegen ist. Was das im Ernstfall bedeutet, hat der Weltkrieg gezeigt, wo der deutsche Soldat gegen die hundertfach überlegenen Tanks der Franzosen und Engländer — nicht nur stand, sondern siegreich bestand.

So wenig Sowjetrußland das außenpolitische Erbe des Zarenreiches im Westen antrat, so sehr wandelte es in den Nachkriegsjahren im Fernen Osten auf den Spuren des Grafen Witte und anderer großer zaristischer Außenpolitiker. Die äußere Mongolei wurde unbestrittenes russisches Einflußgebiet, die Turksibbahn wurde gebaut, in Sinkiang und Pamir drückten die Sowjets weiter auf das nordwestliche Einfallstor nach Indien, und in der Nordmandschurei bauten sie die ostchinesische Bahn, deren wirtschaftlicher Wert immer problematischer wurde, zu einem Riesensprungbrett für die endgültige sowjetistische Durchdringung Ostasiens aus. In Südchina mehrten sich die Aufstände kommunistischer Provinzgeneräle, und in Nordchina begann der Sowjeteinfluß ebenfalls sich zu festigen. Da mußte Japan aus Selbsterhaltungsgründen zuschlagen. Die Mandschurei wurde gewonnen, die „Siegfriedstellung“ der Sowjets, die ostchinesische Bahn, ging in japanische Hände über, die russische Küstenprovinz wurde militärisch beinahe unhaltbar und das als Meerausgang lang umkämpfte Wladiwostok durch die Zerschneidung seiner Zubringerbahn und durch koreanische Konkurrenzhäfen wirtschaftlich fast wertlos gemacht. Der Gegensatz zu Japan ist ohne Zweifel seit Bestehen der Sowjetmacht deren realste Bedrohung, wenn er auch zugleich das Verhältnis Rußland-England weitgehend entspannte.

Da ein kommunistisches Chaos in China nicht nur eine Weltgefahr, sondern für Japan direkt eine Lebensgefahr bedeuten würde, konnte Japan bei dem Ausbau seines Festlandglacis Mandschukuo nicht stehenbleiben, es mußte über dessen offene und verschwimmende Westgrenzen in die innere Mongolei, in Richtung auf Sinkiang, vorzudringen suchen, um China gegen die anbrandende Sowjetflut abzuriegeln und ihm dadurch Gelegenheit zu geben, seiner nunmehr über 20 Jahre dauernden Wirren Herr zu werden. Japan braucht zur Verwirklichung seiner panasiatischen und Weltmachtpläne ein starkes China ebenso, wie Rußland für seine sowjetistisch-panasiatischen Pläne ein chaotisches China brauchte, das ja jetzt schon zeitweilig nurmehr die Fiktion eines Staates war. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß wohl die gelbe (japanische) über die weiße (sowjetistische) Panasiensidee den Sieg davongetragen hat. Rußland hat kampfflos eine ausgespro-

chene Verteidigungsstellung bezogen. In richtiger Einschätzung seiner tatsächlichen derzeitigen militärischen Schlagkraft (entgegen den großsprecherischen Propagandareden seiner Machthaber) hat Rußland erklärt, im Osten nicht angreifen zu wollen. Dasselbe erklärte Japan. Der Unterschied ist nur der, daß Japans Erklärung der Wahrheit näherkommen dürfte. Japan hat in Sibirien weder wirtschaftliche noch sonstige Ziele. Sein lebensnotwendiger Siedlungsraum muß aus rassischen Gründen im Süden liegen (Philippinen, Annam, Malakka, Australien), und als Rohstoffreservoir für diesen Weg nach Süden, der ihm ohne Kampf kaum geöffnet werden dürfte, genügt für Japan die Mandschurei vollauf. Zudem ist Japans Staatshaushalt keineswegs ausgeglichen, er weist im Gegenteil einen solchen Fehlbetrag auf, daß man in Tokio wohl daran denken wird, daß schon einmal (1905) finanzielle Erschöpfung Japan um ein Großteil seiner Siegesfrüchte gebracht hat. Deutlich zeigen die raschen Machtumswünge zwischen Außenamt, Kriegsamt und Marine die aus der finanziellen Lage herrührende Stärke des innerjapanischen Spannungsfeldes. Daß Rußland seine Weltrevolutionsziele aufgegeben hat, ist dagegen unwahrscheinlich und an Beispielen widerlegbar, wenn es auch nach außen hin glauben zu machen sucht, seine Völkerbundspolitik mit den Leitsätzen der 3. Internationale in Einklang bringen zu können. Rußland glaubt auch heute noch, im Fernen Osten das geeignete Feld und die beste Einbruchsstelle für die weltweite Ausbreitung seiner Sowjetideen zu haben. Aber die Machthaber im Kreml wissen, daß ein voller Einsatz im Westen wie im Osten ein Aufspielssetzen des gegenwärtigen Systems wäre. Sie wissen, daß ein verlorener Krieg in Fernost sie ebenso hinwegfegen würde, wie ein als sieggekrönter Diktator in Moskau einziehender General Blücher. So predigt man vorläufig im Kreml Frieden und sieht zähneknirschend zu, wie Japan in Durchsetzung seiner panasiatischen Pläne einen strategischen Sperrgürtel dort legt, wo die Sowjetunion als Früchte des erfolgreichen Nachkriegsvordringens ihrer bolschewistischen Ideen schon sowjetistische Tochterrepubliken sah (Mandschurei, Mongolei, Sinkiang). Auf zwei Wegen sucht man in Moskau dennoch dem Fernostziel näherzukommen. Einmal durch einen inneren Ausbau der Industrie und Wirtschaft, der Verkehrswege, und vor allem durch gewaltige Umsiedelungen. Zum andern betreibt man nach Westen eine gewaltige Sicherungspolitik, die schließlich zum Eintritt in den Genfer Völkerbund führte.

Der erste Weg umfaßte folgende Hauptpunkte: Fünfjahresplan für Industrie und Wirtschaft (vor allem zunächst zum Aufbau einer Kriegsindustrie), Ausbau des Verkehrs- und Wegenetzes (besonders Ausbau der zu einem wesentlichen Teil immer noch eingleisigen, einzigen Nachschubstrecke für die Fernostarmee des Generals Blücher, der sibirischen Bahn), Anschluß des Fernostgebietes an das Luftverkehrsnetz (heute schon zeigt das Flugstreckenbild der Sowjetunion eine hervorragende Einheitlichkeit!), Verlagerung der Industrie in den Osten (wo Traktoren gebaut werden, werden im Zweifel auch Tanks hergestellt!) und vor allem Aufbau eines

Wallen weißer Siedler als Sicherheitsgaranten an der Ostgrenze. Diesem Siedlungsplan erwachsen in der Natur des Landes und der Rasse des Volkes zwei wesentliche Helfer, aber auch Hemmungen. Die ganze russische Geschichte ist eine Kolonisations- und Siedlungsgeschichte gewesen, in der allerdings schwerwiegende Fehler gemacht wurden, so daß Moskau heute nicht nur wegen der mangelnden weißen Besiedelung, sondern auch wegen der zunehmenden gelben Einwanderung besorgt an seine Ostgrenze blicken muß. Heute zeigt sich gerade in Russisch-Fernost, was es (in gefährdeten Grenzsäumen!) für Folgen haben kann, das landeigene Kosakentum, die seit Jahrhunderten bewährte Grenzwehr, zu zerstören und an seine Stelle die bolschewistische Wirtschaftsordnung, den kollektiven Landarbeiter, den Städtesiedler und den bodenentwöhnten Garnisonssoldaten, zu setzen. Heute steht Moskau vor dem Problem, den Russen wieder zu einem bodenverwachsenen Siedler zu machen, der zäh seine Scholle verteidigt. Zu den kommunistischen Methoden und Einflüssen kommt hinzu, daß die Natur des russischen Raumes mit ihrer Weiträumigkeit und Gleichförmigkeit und der Ähnlichkeit der Lebensbedingungen dem Russen eine gewisse Leichtigkeit mitgegeben hat, mit der er sich zu allen Zeiten von seinem Boden zu trennen vermochte (von Niedermayer). Nur ein hochbefähigter Organisator, wie etwa der General Blücher, kann einer solchen Grenzsicherungsaufgabe gewachsen sein, ihr Erfolg bleibt dennoch abzuwarten. Der zweite Weg zur Erreichung ihres Fernostzieles mußte die russische Außenpolitik wieder nach Westen führen.

In Europa war seit dem Diktat von Versailles ein fast unentwirrbares Spinnennetz von Verträgen und Pakten geschlossen worden, deren Hauptangelpunkte Paris, London, Warschau, Prag, Belgrad, Bukarest, Rom waren. Diese Namen allein verrieten schon den Zweck jenes Vertragsnetzes: Verankerung der in Versailles zur politischen Handlungsmaxime erhobenen Knechtung Deutschlands. Wieder ging ein geheiligter Grundsatz der kommunistischen Internationale rettungslos über Bord, als nach Tschitscherins Abgang der neue (nach außen in Erscheinung tretende, denn Herr der Entscheidungen blieb immer Stalin) Außenkommissar Litwinow an die „verhaßte“ westlichbourgeoise Pakt- und Parkettdiplomatie Anschluß suchte. Wie Stalin den Fünfjahresplan, so hat Litwinow die russische Außenpolitik in den Dienst des „Interventionskomplexes“ gestellt, dem die Sowjets seit ihrer Machtergreifung verfallen waren. Die außenpolitische Lage der Sowjetunion im Jahre 1928 war keineswegs günstig. Da gelang es Litwinow im rechten Augenblick, aus Anlaß der Kellogg-Pakt-Verhandlungen die Isolierung zu sprengen. Er erneuerte und festigte die Freundschaftsverträge im Orient, und seit Anfang 1929 „gehörte das Viereck Moskau-Ankara-Teheran-Kabul zu den feststehenden Größen der Weltpolitik“ (Wirsing) und damit auch zu den tragfähigsten und verlässlichsten Stützen der Sowjetaußenpolitik. Im Frühjahr 1929 wurde dann als weiterer Schritt der Litwinow-Pakt zwischen Rußland, Polen, Lettland und Estland als getreues Abbild des

Kelloggpaktes geschlossen, dem auch Rumänien (trotz der strittigen Bessarabienfrage) nicht unfreundlich gegenüberstand. Vor allem die Türkei ist einer der zuverlässigsten Freunde der russischen Außenpolitik geworden. Hier spürt man besonders deutlich die feine Hand Litwinows. Die von Italien eifrig betriebene Annäherung an die Türkei war erst möglich, nachdem Italien die Sowjetunion anerkannt hatte. Ebenso ist es mit der Annäherung zwischen Paris und Ankara gewesen, die notwendig war, um den von Frankreich eifrig gewünschten und geförderten Balkanpakt zum Abschluß zu bringen (1934), denn ohne die Türkei war der Balkanpakt fast wertlos. Auch Ankara und Paris traten erst in nähere Fühlung, als das Verhältnis Frankreichs („Antisowjetfront“¹⁾ zu Rußland sich grundlegend gewandelt hatte. Noch auf dem Parteikongreß 1930 hatte Stalin scharfe Worte gegen Frankreich gesprochen, da trat mit dem Amtsantritt Herriots in Paris (im Sommer 1932) eine entscheidende Wendung ein¹⁾. Der Litwinow-Pakt 1928 hatte keine Entspannung gebracht²⁾, jetzt aber trat sie ein: Am 25. Juni 1933 unterzeichnete Litwinow den Nichtangriffspakt mit Polen, dem am 29. November 1932 der Nichtangriffspakt mit Frankreich folgte. Dieser Vertrag mit Frankreich brachte eine völlige Umstellung der Mächteverteilung in Europa. Rußlands gutes Verhältnis zu Deutschland kühlte sich merklich ab. Rußlands Angleichung an Frankreichs Genfer These vom Angreifer, sein Einstimmen in den französischen Ruf: „Sicherheit vor allem!“ führte die beiden ungleichen Mächte immer mehr zusammen. Frankreich hat selbst seine Antisowjetfront eingerissen, und die russische Karte ist sein Haupttrumpf gegen die in Mussolinis ursprünglichem Viererpakt verankerte Neuausgleichung der Kräfte gewesen, die vielleicht Frankreichs diktatorische europäische Machtstellung hätte erschüttern können. Die russische Außenpolitik begann nach jenem Nichtangriffspakt von 1932 ein Zusammenspiel mit Frankreich, nicht unähnlich dem von 1891. Auch damals glaubte man, diese Freundschaft zwischen dem demokratischen Frankreich und dem despotischen Rußland hält nie. Sie hielt! Wenigstens so lange, bis Deutschland sich im Weltkriege erschöpft hatte. Heute begegnen sich russische Westgrenzensicherungs- und französische Einkreisungswünsche (da Polen doch nicht mehr sicher genug scheint, nach seinem Freundschaftsabkommen mit Deutschland). Auch heute wird eingewendet, die ungleiche Freundschaft zwischen den ausgesprochenen Vertretern einer kapitalistischen und einer sozialistischen Welt hält nicht lange³⁾. Die Lage von 1891 bis 1934 hat sich zwar grundlegend geändert, Frankreich ist von einer geschlagenen

1) Auch die völkerrechtliche Anerkennung der USSR. durch Frankreich erfolgte erst (28. X. 1924), nachdem Herriot Minister geworden war.

2) Die 1926 begonnenen Verhandlungen um 14 Milliarden Franken russische Schulden an Frankreich waren 1930 ergebnislos abgebrochen worden. Tardieus Antidumping-Gesetze 1930 bedeuteten einen Tiefstand der beiderseitigen Beziehungen. Erst die Aufhebung dieser Gesetze (1931) bahnte eine Annäherung wieder an. 3) Wie die beiden Länder in ihrer Geographie, so sind die beiden Völker in ihrer gesamten Geisteshaltung zwei völlige Gegensätze.

und isolierten Macht zur ersten Militärmacht Europas aufgerückt, die an den Fäden ihres Paktnetzes das mitteleuropäische Marionettentheater zu lenken sucht, dennoch ist aufschlußreich, daß ausgerechnet der französische Senator Béranger bei den Verhandlungen über einen französisch-russischen Vertrag die bedeutungsvolle Parallele zu 1891 zog. Ein weiterer großer Erfolg Litwinows war sein erster Ostpakt, den er mit Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen, Rumänien, der Türkei, Persien und Afghanistan abschloß. Dieser Pakt wurde anläßlich der Weltwirtschaftskonferenz 1933 (ausgerechnet in dem sowjetfeindlichen London) geschlossen, er verwirklichte und erweiterte die Ideen des Litwinow-Paktes von 1929. Sein Inhalt war wörtlich die mechanische französische Angreiferthese, die Litwinow noch wenige Monate vorher in Genf mit zynischen Worten der Lächerlichkeit preisgab. — Realpolitik! Es folgte dann der Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag mit Italien im September 1933, dem unmittelbar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ungarn, Bulgarien und Rußland sich anschloß. Die russische Westgrenze schien nun mit Pakten so gesichert zu sein, daß Moskau wieder einen Vorstoß nach Osten wagen konnte. Diese willkommene Gelegenheit bot sich, als Roosevelt Kalinin im Oktober 1933 um Entsendung eines Bevollmächtigten wegen der Anerkennung der Sowjetunion ersuchte, die stimmungsmäßig in beiden Ländern schon lange und gut vorbereitet war. Am 17. November 1933 unterzeichneten Litwinow und Roosevelt die Anerkennungsurkunde. Wenn Litwinow auch diesen Vertrag als einen seiner größten Erfolge wertet, so war er doch noch nichts Ganzes. Ein Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag kam nicht zustande. Roosevelt scheute doch eine allzu enge Bindung mit Rücksicht auf Japan, wie er auch das Unter-der-Hand-Angebot der Russen, Nordsachalin zu Flugstützpunktzwecken zu pachten, ablehnte. Auch sonst hat die Freundschaft mit den USA. nicht ganz das gehalten, was man sich von ihr versprach. Die leidige Schuldenfrage (die Vereinigten Staaten haben von Rußland etwa 400 Millionen Dollar zu fordern!) erwies sich doch als starker Hemmschuh. Außerdem zeigte die Streikwelle, die Amerika aufwühlte und sein Wirtschaftssystem erschütterte, allzu deutlich die Sowjetfreundeshand¹⁾. So war Litwinows Ziel: die diplomatische Isolierung Japans, nur einen kleinen Schritt weitergekommen, wenn auch schon der Anerkennungsvertrag für Japan eine nicht leicht zu nehmende Zweifrontenstellung bedeutete. Trotz aller Dementis scheint Japan einer Annäherung an England nicht unfreundlich gegenüber zu stehen, denn diese ginge ohne Zweifel auf Kosten der Russen und Amerikaner. Die wohlwollend aufgenommene englische Wirtschaftskommission für die Mandschurei ist immerhin ein Zeichen für „Verständigung“. England könnte (bei gegenseitiger Garantie der asiatischen Einflußbereiche) eine Einigung über eine Teilung des Welttextilhandels mit Japan erreichen, und Japan hätte in

1) Auf das Verhältnis zu den USA. wird bei der Darstellung der neuesten Entwicklung noch näher eingegangen.

Genf einen verlässlichen Interessenvertreter sitzen, außerdem wäre es England gar nicht so unlieb, die leider nun einmal vorhandene Flottengleichheit mit Amerika durch ein stärkeres Japan abgeschwächt zu sehen. Der vielgeschäftige Herr Litwinow-Finkelstein arbeitete inzwischen mit Macht im Westen weiter. Gab es doch einen in Bälde (im Frühjahr 1935) verwaisten Genfer Ratssitz (Japans) zu gewinnen und damit die Möglichkeit, in einem Forum in Fernostdinge sich einzuschalten, vor dem Japan keine Stimme mehr hatte. Ein kleines Zwischenspiel Litwinows schlug fehl: der russisch-polnische Garantieplan für die baltischen Staaten. Nicht uninteressant ist, daß um jene Zeit in den Randstaaten eine inoffizielle japanische Militärmission reiste! So ging Moskau denn auf das größere Ziel: Genf, los.

Diese Absichten kamen den Wünschen und der „Paktomanie“ des Reiseministers Barthou durchaus entgegen. Er hatte als Vorspiel ausgiebig seine alte Sicherheitsflöte gespielt; mit welchem Erfolg, zeigte ein Artikel von Pertinax im „Echo de Paris“, in dem es heißt: „Frankreich ist entschlossen, nichts zu unterlassen, was die alte gefährliche Verbindung Deutschland-Rußland verhindern kann, die mit einer Verstümmelung unseres Vaterlandes enden müßte!“ Ein wochenlanger Kuhhandel in Genf und um Genf herum hob an. Bis sich die Großmächte einig waren über eine Einladung an Rußland, gab es auch hier einige Widerstände. Die Rothermere-Presse wies warnend darauf hin, daß Rußland als Völkerbundsmitglied sich unliebsam in Angelegenheiten des englischen Imperiums einmischen könne (wie z. B. Dardanellen, Persien, Afghanistan, Tibet usw.). Japan warnte vor Rußlands Aufnahme und betonte, Moskau in Genf sei eine Bombe, die jederzeit platzen könne. Auch Portugal und Holland machten scharfe Front gegen Barthous Pläne. Selbst in Paris fehlte es nicht an warnenden Stimmen. Der „Matin“ brachte den guten Vergleich Rußlands mit dem Trojanischen Pferd, das man nach Genf schleppen wolle, ohne seinen Inhalt zu kennen. Am bemerkenswertesten war die Stellungnahme der Schweiz durch den Mund ihres geschichtserfahrenen Bundesrates Motta, der das Wirken russischer Heere und Politiker vor und nach der Heiligen Allianz keineswegs vergessen hatte. Ein Eintritt Rußlands, so betonte Motta, stehe mit der Präambel und der wirklichen Bestimmung des Völkerbundpaktes in Widerspruch. Das Ziel Rußlands sei die Weltrevolution. Wenn der Kommunismus auf dieses Ziel verzichte, verleugne er sich selbst, wenn er ihm treu bleibe, so wäre er der Feind aller, denn er bedrohe alle. Rußland habe sich innerlich keineswegs geändert, und der Grund seiner äußerlichen Änderung sei mit feurigen Buchstaben auf den Himmel des Fernen Ostens geschrieben! Das Wirken des „Edelanarchisten“ Nicole in Genf unterstrich aufs wirksamste diese Ausführungen Mottas. Schließlich siegte aber doch Barthous diplomatisches Geschick (sogar das Gespenst des Pangermanismus mußte herhalten!), und eine Einladung, für welche die nötige Zweidrittelmehrheit erreicht wurde, ging an Rußland ab. Böse Zungen behaupten, Litwinow

habe selbst die Einladung, die einladenden Mächte die Antwort Moskaus verfaßt. Die offizielle Einladung forderte Rußland im Interesse der Erhaltung und des weiteren Ausbaus des Friedens zu tätiger Mitarbeit auf. Die amtliche Entgegnung Rußlands betonte, daß Organisation und Festigung des Friedens von jeher eine Hauptaufgabe der Sowjetaußenpolitik gewesen sei, man sei zur Mitarbeit bereit und begrüße es besonders, daß der Eintritt zu einem Zeitpunkt erfolge, wo man in Genf bestrebt sei, Kelloggpaht und Völkerbundspakt in Einklang zu bringen. Nur einen Vorbehalt machte Moskau: Der Haager Gerichtshof sollte nur für solche Streitfälle zuständig sein, die nach dem Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund entstanden seien. Eine ursprüngliche zweite Bedingung, die Anerkennung des Prinzips der Rassengleichheit durch den Völkerbund, wurde fallen gelassen. Im wirklichen und übertragenen Sinne durch eine Hintertür gelangten die Russen in den Völkerbund. Eine Prüfung ihrer Eignung und Zuverlässigkeit nach den gültigen Richtlinien der Völkerbundsatzung in allgemeiner, offener Sitzungsaussprache fand nicht statt. In der Tat mutet es ja auch wie ein unpassender Witz an, Rußland, in dessen Gebiet Millionen infolge eines wahnsinnigen Wirtschaftssystems verhungern, im Völkerbund und vor allem im Roten Kreuz zu wissen. Mit Recht klagt der Tscheche Kramarsch den Völkerbund an, daß er durch seine Aufnahme der Sowjetunion die ungeheuren Gewalttaten der Kremlmachthaber sanktioniere, die jeder Menschlichkeit spotten. Das Los der Sklaven, die die Pyramiden gebaut hätten, sei erträglich gewesen gegen das Los der Zwangsarbeiter, mit denen Rußland seine technischen Riesenbauten errichte und mit deren Fassade es vor dem Auslande paradiere.

Mit 39 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen wurde die Sowjetunion als 58. Mitglied in den Völkerbund aufgenommen und ihr zugleich mit 40 Bundesratsstimmen bei 8 Enthaltungen ein ständiger Ratssitz zuerkannt.

GUSTAV FOCHLER-HAUKE:

Grundlagen und Entwicklung des Vormachtkampfes in Ostasien III

Die zukünftige Entwicklung

Japan hat die Weltmächte in den letzten Jahren durch das Vorgehen in Ostasien und durch seinen Wirtschaftskampf empfindlich geschädigt und nicht wenig verärgert. Schon heute ist anzunehmen, daß es, unter welchem Mantel immer, seine Flotte uneingeschränkt auszubauen gewillt ist, was aber die Beziehungen zu den angelsächsischen Mächten keineswegs freundlicher gestalten wird. Der Austritt aus dem Völkerbund wird im Jahre 1935 gültig und sollte nach den Satzungen mit der Rückgabe der Südseemandate verbunden sein. Entweder kommt es nun in dieser heiklen Angelegenheit zu einer neuerlichen Bloßstellung des Völkerbundes oder zu

einer für Japan unangenehmen Lage; das erstere ist allerdings wahrscheinlicher. Das Wettrüsten Japans muß auf die Dauer zu einer ernsten wirtschaftlichen Katastrophe führen, da Japan in seiner wirtschaftlichen Kraft trotz der Erwerbung der Mandschurei den Sowjets und den Vereinigten Staaten gegenüber unterlegen ist. Der Ausbau der Luftflotte macht Japan, trotz Bewilligung großer Summen, Schwierigkeiten, da die Eignung des Volkes für die Luftfahrt, ganz im Gegensatz zur Seetüchtigkeit, gering sein soll.

In einer jahrzehntelangen Herrschaft über Korea ist es Japan weder gelungen, eine nennenswerte Anzahl von japanischen Bauern dort anzusiedeln, noch die Koreaner wirklich für sich zu gewinnen. In der Mandschurei werden die bevölkerungspolitischen Schwierigkeiten noch ungleich schwerer zu meistern sein. Die Neutralität der Chinesen in der Mandschurei ist im Falle eines russ.-japan. Krieges für Japans Erfolg unerläßlich, aber sie ist sehr zweifelhaft, solange sich Japan nicht der Tat nach mit China aussöhnt und seine weiteren Eroberungspläne nicht aufgibt. Gelänge es nun in einem Kriege mit Rußland Japan, durch einen Flankenstoß — der in Anbetracht der motorisierten Sowjettruppen in der Mongolei nicht so einfach wäre — die sibirische Bahn beim Baikalsee abzuschneiden und gleichzeitig die russische pazifische Küste abzusperren, und damit Transbaikalien zu isolieren, so wäre vielleicht eine Eroberung dieses Raumes möglich. Niemals aber hätte Japan die wirtschaftliche und — in Anbetracht des harten Klimas — physische Kraft, Transbaikalien wirklich zu durchdringen, sich dort zu behaupten auf lange Sicht. Eine japanische Niederlage aber in einem Kriege gegen die Sowjets würde seine Festlandstellung vollkommen erschüttern, das Reich selbst wahrscheinlich dem wirtschaftlichen Ruin entgegenführen, ja vielleicht auch eine soziale Revolution heraufbeschwören.

So gewaltig und in mancher Hinsicht bewundernswert Japans Aufstieg ist, so günstig heute noch seine Machtstellung erscheint, die Zukunft wird ernst und schwer sein, denn der japanische Imperialismus setzte um 100 Jahre zu spät ein. Japan hätte bei einer geschickteren Behandlung Chinas sich eine festländische Rohstoffquelle ersten Ranges sichern und — besonders im Weltkriege, bei einer Teilnahme auf Seiten der Mittelmächte — sich ein großes Südseereich aufbauen können. Sein Plan aber, sich zum Herrn Asiens aufzuschwingen, muß mißlingen, da Japan, auf lange Zeit hin gesehen, weder der chinesischen noch der russischen Volkskraft auf dem Festlande gewachsen ist. Darüber können weder die gegenwärtigen noch etwaige weitere Erfolge in naher Zukunft hinwegtäuschen. Japans Kanonenimperialismus ist auf die Dauer auf dem Festlande unmöglich, da es einerseits — im Gegensatz zu England — auf seinen Inseln zu arm an Bodenschätzen, an natürlichen Machtquellen ist, und da der japanische Bauer auf dem Festlande nicht festzuwurzeln vermag. In Ländern, wo Japaner siedeln könnten, schließt man sich immer stärker ab — neuerdings auch in Brasilien, wo hoffnungsvolle Anfänge ge-

macht worden waren —, und in Insulinde würde selbst beim Verschwinden der europäischen Macht, der japanische Siedler nicht die einheimische Bevölkerung einschmelzen und nicht den Wettbewerb mit den schon Millionen zählenden Chinesen auf diesen Inseln aufnehmen können. Über Australien schwebt ein Fragezeichen, aber vielleicht wird ein weißer neuseeländisch-australischer Block auch dort die Japaner fernhalten können.

Die großartige japanische Volkskraft hat vielleicht den Ehrgeiz seiner Führer zu weit vorgetrieben, die heute glauben, aller Welt Schach bieten zu können, dabei aber gerade in ihrer Wirtschaftspolitik immer mehr auf die Welt angewiesen sind. Lenkt Japan noch rechtzeitig ein, verständigt es sich mit China, beschränkt es seinen Festlandsbesitz und baut es ihn nicht nur strategisch aus, versöhnt es die USA. durch eine einigermaßen „offene Tür“ in China, so wird es imstande sein, seine Großmachtstellung zu behaupten und sie später vielleicht noch einmal stärker in der Südsee zu entwickeln. Welche Pläne Japan im Pazifik verfolgt, beweist die Anlage vieler Flotten- und Flugzeughäfen auf den Boninen, Mariannen und Karolinen; man errichtet dadurch Hindernisse zwischen den Philippinen und Hawaii, das zwei Fünftel japanische Einwohner hat. Auch soll Japan versucht haben, von den Portugiesen Macao und von Holland den Nordostteil von Timor zu kaufen, um seine Südseestellung zu stärken. Bescheidet sich Japan nicht, so muß es, selbst bei einem siegreichen Kriege mit Rußland, und auch, wenn es diese Auseinandersetzung vermeidet, an seinem allzu großen Machthunger letztlich wirtschaftlich und sozial zusammenbrechen. Der Herr Asiens wird Japan niemals sein können.

Die Sowjets haben in der letzten Zeit unzweifelhaft große diplomatische Erfolge gehabt. Sie haben es zuwege gebracht, sich praktisch mit den kapitalistischen Mächten „auszusöhnen“, ohne daß durch diesen Verrat an der kommunistischen Doktrin im Innern sich große Erschütterungen gezeigt hätten. Sie haben auch den zaristischen Imperialismus wieder aufgenommen, trotzdem sie propagandistisch die „imperialistischen Mächte“ verdammen. Im Westen haben sie sich — wenigstens vorläufig — versöhnlich gezeigt und gesichert, um im Osten freie Hand zu haben. Das Volk muß hungern und darben, damit man Rohstoffe ausführen und mit Hilfe ausländischer Maschinen die gigantischen Industrieanlagen errichten, fieberhaft aufrüsten kann. Durch Terror und Propaganda gelingt es, im Innern diesen Kurs aufrechtzuerhalten. Auch heute noch hat der einfache Mann im europäischen Rußland nicht allzuviel übrig für die fernöstlichen Probleme, ja manche Kreise mögen vielleicht eine Verwicklung und Niederlage im Osten wünschen, in der Hoffnung eines Zusammenbruches der Räteherrschaft. Aber die kommunistische Partei, der Staat im Staate, ist kampfgesinnt, die Rote Armee ist glänzend ausgerüstet und siegesbewußt. Die Massen der Siedler im Fernen Osten — die durch geschickte Behandlung von seiten der Sowjets dem System weit mehr ergeben sind als die Bauern im Westen, und die auch die „gelbe Gefahr“ am nächsten spüren —

sind bereit, ihre Heimat gegen die „Makaki“ (Japaner) zu verteidigen; die starke, motorisierte, ausgezeichnet ausgerüstete Fernostarmee unter Blücher ist in ihrem geschlossenen Willen ein wichtiger Machtfaktor in jeder Hinsicht und gewillt, Transbaikalien bis aufs Äußerste zu verteidigen. Die Besuche der Sowjetgeschwader in europäischen Hauptstädten haben deren vorzügliche Technik und Kampfstärke eindeutig bewiesen, und im Fernen Osten sind allein 500 Kampf- und Bombenflugzeuge bereit und fähig, im Ernstfalle einen Nonstopflug bis Japan und wieder zurück zu ihrer Basis auszuführen; in kürzester Zeit kann diese fernöstliche Luftflotte durch weitere 500 Flugzeuge aus dem Westen verstärkt werden. Diese Bomben sind die gefährlichste Bedrohung des japanischen Inselreiches, dessen gewaltige Städteballungen um Osaka, Kobe, Tokio usw. für sowjetrussische Bomben das gegebene Angriffsfeld sind. Niemals kann die Sowjetunion durch Japan derart in ihrem Lebensnerv bedroht werden, wie die russischen Bomben im Kriegsfall des Kraftmittelpunktes bedrohen können. Vielleicht wäre bei weniger scharfem Vorgehen Japans eine wirkliche Verständigung mit den Sowjets durch Abgrenzung des gegenseitigen Einflusses in der Nord- und Südmandschurei möglich gewesen; heute ist eine solche Verständigung nur mehr schwer denkbar. Die Sowjets wünschen nur so lange unter den gegenwärtigen Umständen einen Krieg zu vermeiden — bislang haben sie eine handelspolitische und politische Niederlage nach der anderen durch Japan notgedrungen hingenommen —, bis sie den Ausbau der Rohstoff- und Industriegrundlagen sowie ihrer Rüstungen in Fernost durchgeführt haben; denn dann ist für sie kaum mehr Japan zu fürchten. In Erwartung dieses Zieles nehmen sie auch hin, daß Japan heute in der Mandschurei weißrussische Regimenter aufstellt, denen man Hoffnungen auf einen weißrussischen Staat in Transbaikalien macht und die in ihrer Not sich von den Japanern für höchst japanische Zwecke gebrauchen lassen.

Japan benötigt die Rohstoffe der Mandschurei, die Fischerei am Amur und an den Küstengewässern, das Öl Sachalins — auch da haben sich letzthin Schwierigkeiten bezüglich der japanischen Konzessionen in Nordsachalin ergeben —, den mandschurisch-chinesischen Markt; die Sowjets aber müssen für die völlige Erschließung des Fernen Ostens, die aus biologisch-geographischen Gründen den Japanern niemals gelingen könnte, eisfreie Häfen haben, sie brauchen sichere Verbindungen zur ostpazifischen Küste, und sie wünschen für ihre zukünftige Produktion ebenfalls den chinesischen Markt. Eine Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Mächten scheint daher einmal unvermeidlich zu werden. Ein starkes Wladiwostok als Flugzeugstützpunkt der Sowjets ist für Japan schwer erträglich. Beide Mächte aber zögern dennoch, denn Ungeheures steht auf dem Spiel, und keine von ihnen ist ihres Sieges ganz sicher. Die Zeit scheint aber eher für Rußland zu arbeiten, die Aussichten eines überzeugenden japanischen Sieges im Falle eines Krieges werden mit jeder neuen Ansiedlung und Industrieanlage in Transbaikalien

geringer. Gefahr und Einsatz sind für Japan größer als für das Riesensowjetreich. Es könnte den Japanern eine napoleonische Niederlage in Sibirien beschieden sein.

China wird zwischen Japan und Rußland zu wählen haben, ohne daß es dabei seine Selbständigkeit verkaufen darf. Eine Entscheidung für Japan ist durch dessen Vorgehen aus innerpolitischen Gründen nicht leicht tragbar, obwohl sie aus rassischen und wirtschaftlichen Gründen näher läge. Wie heute die Dinge liegen, wären für China russische Konzessionen in der Mandschurei eher annehmbar, als es die Annexion und die Einbehaltung der Zölle durch Japan ist. Dauert die japanische Eroberungslust weiter an, dann könnte im Falle eines Krieges China vielleicht zumindest wohlwollend auf der Seite der Sowjets zu finden sein, um etwa mit russischer Unterstützung die innere Mongolei und die Südmandschurei wieder zu erlangen. Auch für China arbeitet die Zeit, wird in Verbindung mit dem Ausbau des Verkehrswesens die innere Lage festigen; die Natur — Flüsse, Monsun, Bodenschätze und Ackerbau — und das trotz vieler Verschiedenheiten und Abbröckelungen noch immer vereinheitlichende chinesische Kulturbewußtsein verbürgen festeren Zusammenschluß, sei es in einem oder in zwei, drei Staaten. Neben dem einst wieder zusammengeschweißten chinesischen Volks- und Landkolosß mit seinen großen geistigen Fähigkeiten und riesigen wirtschaftlichen Möglichkeiten ist eine japanische Festlandsmacht auf die Dauer unhaltbar.

Deutschland und der Ferne Osten

Die deutsche Einstellung zu den Fernostproblemen muß jeder Sentimentalität bar sein; wir haben machtpolitisch dort weder etwas zu gewinnen noch zu verlieren, wohl aber wirtschaftspolitisch Bestehendes zu wahren und Möglichkeiten wahrzunehmen. Meist finden wir in Deutschland zwei entgegengesetzte Stellungnahmen: der eine Teil ist ausgesprochen projapanisch, teils aus Achtung vor japanischer Leistung, teils aus Skepsis infolge der Unruhen in China, manchmal auch in Erinnerung an wundervolle Gastfreundschaft im zauberhaften Rahmen japanischer Natur und nicht selten auch, weil die heroische Geisteshaltung Parallelen zum heutigen Deutschland zeigt, wenn auch die sogenannte japanische Erneuerungsbewegung von der deutschen grundsätzlich verschieden ist. Die ausgesprochenen Chinafreunde wiederum, die oft ebenfalls nicht wenig von Erinnerungen an chinesische Lebensart aufs stärkste beeindruckt und damit auch beeinflusst sind, verabscheuen den „japanischen Imperialismus“, seine Kanonenpolitik auf dem Festlande, wenn sie auch den Japanern bestenfalls eine gewisse Zwangslage zubilligen. Diese Deutschen sehen dann vor allem die ähnlich schwierige Lage Chinas, das von Beutegierigen umgeben ist und dem man eine Gleichberechtigung praktisch verweigern will.

Japan verdankt deutschem Geiste sehr viel: den Grundaufbau seines Heeres, die Ausgestaltung der Hygiene, den hohen Stand der medizinischen Wissenschaft, die Grundlagen des Forstwesens und teilweise auch der modernen Verwaltungen und

Gesetzgebung. Die deutsche Sprache ist in Japan hoch angesehen, die Haltung des Volkes deutschfreundlich. Aber die japanische Politik ist keineswegs deutschfreundlich, sie ist japanisch. Man bemüht sich um Deutschland, wenn es günstig erscheint, man hält sich zurück, sobald man keinen Vorteil sieht. Man freut sich über Deutschlands Gegnerschaft zu einem Ostpakt, wie ihn Frankreich und Rußland einseitig zu ihren Gunsten wünschen, weil man dadurch die Sowjets behindert glaubt. Japan entschuldigt seine Haltung im Weltkriege damit, daß Japans Interessen im Frieden von Schimoniseki durch Deutschland geschädigt worden seien und Deutschland auch später sich sehr interesselos für eine japanische Annäherung gezeigt habe. Dennoch hat sich Japan damals auf die Seite seines Hauptfeindes, Rußland, und auf die Frankreichs gestellt, das im Frieden von Schimoniseki ebenfalls gegen Japan gestimmt hatte. Japan sah eben im Weltkriege eine Möglichkeit, durch die Eroberung Tsingtaus schon damals seine Pläne in Nordchina durchzusetzen, die es heute zu verwirklichen beginnt. Es hat auch einen Teil des deutschen Südseebesitzes eingesteckt — die Eingeborenenbevölkerung dort übrigens vollkommen zurückgedrängt —, im Völkerbunde auch seinerzeit in entscheidenden Fragen nie für Deutschland gestimmt. Es weist alle europäische Einmischung in Asien zurück, aber in der oberschlesischen Minderheitenfrage erlaubte es sich ein — für Deutschland ungünstiges — Urteil; es gehört ferner zu den Unterzeichnern der Memelkonvention, erhob aber nie gegen die vertragswidrigen Eingriffe Litauens gegen das Memeldeutstum Einspruch. Unser Handel mit Japan zeigt noch ein — allerdings in absteigender Linie — für uns günstiges Bild, aber Japan hat die deutsche Ausfuhr, wie die der anderen Industriestaaten, auf dem Weltmarkt untergraben, die einst starke deutsche Handelsstellung in der Mandschurei verdrängt. Das sind alles Tatsachen, die beweisen, daß Japan sich in seiner Politik nicht von Freundschaftsgefühlen leiten läßt.

In China hatte Deutschland vor dem Kriege eine einflußreiche Stellung in Handel und Wirtschaft errungen; diese Stellung war es, die von den Westmächten, Amerika und Japan eifersüchtig beobachtet wurde und die man im Weltkriege zu vernichten suchte. Nur unter Druck Amerikas erklärte China Deutschland den Krieg, an dem es sich, außer durch Stellung von Arbeitern, nicht beteiligte. Gegen den Willen der Entente schützten die Chinesen jedoch deutsches Eigentum in China und öffneten nach dem Kriege den Deutschen wieder gerne ihr Land; der einzige Stein des Anstoßes, Tsingtau, war ja unterdessen hinweggeräumt. Deutschland konnte bald wieder seinen Handel mit China ausbauen, heute ist er natürlich durch die Krisen in China wieder etwas geschwächt, noch mehr aber durch den japanischen Wettbewerb gefährdet. Das chinesische Volk hat in seiner Mehrheit nie einen Haß gegen Deutschland gehegt. Auf den Hochschulen, im Forstwesen, im Heer und in den Strombauämtern wirken Deutsche in China in hervorragender Stellung. Der chinesische Markt kann sich bei geordneter Entwicklung in Zukunft zu einem

wichtigen Absatzgebiet für hochwertige deutsche Erzeugnisse ausgestalten. Die Industrialisierung in China schreitet fort, wir können sie nicht hindern, sondern müssen versuchen, aus ihr den bestmöglichen Nutzen zu ziehen. Vielleicht wird ein chinesisches Dumping in fernerer Zeiten einmal den europäischen Industrieländern noch gefährlicher werden als das heutige japanische; in der nächsten Zukunft ist aber ein solches nicht zu erwarten, noch ist die Entwicklung nicht soweit fortgeschritten, und der Innenmarkt bietet noch riesige Möglichkeiten.

Deutschland verfolgt eine Politik freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen, nirgends ist aber eine solche Politik notwendiger als im Fernen Osten. Einmischungen, wie die deutsche Teilnahme an der Völkerbund-Mandschurenkommission, können nur schaden. Nüchterne Betrachtung der Sachlage, genaue Verfolgung der Entwicklung im Fernen Osten, Ausbau der wirtschaftlichen und kulturpolitischen Verbindungen mit Ostasien, das sind die heutigen Erfordernisse.

KARL HAUSHOFER:

Iran statt Persien!

Vom 21. 3. 1935 an wird auf Wunsch der bisherigen persischen, nun iranischen Regierung das uralte Arierherrenland auf der Scheide zwischen Nahem und Mittlerem Osten seinen Namen Iran auch im außenpolitischen Verkehr führen.

Damit lebt ein mächtiger Anspruch wieder in vollem Umfang auf. Als Erbe ruhte er auf dem vorderasiatischen Hochland zwischen den Zweistromniederungen von Irak (des Euphrat und Tigris) und Turans (Oxus-Amu und Jaxartes-Syr), zwischen der Indusniederung und den kaukasischen Senken. Durch die „Eiserne Pforte“ (Derwent am Kaspischen Meer), von Norden, aus der skytho-sarmatischen





Aus Hans Kohn: Geschichte der nationalen Bewegung im Orient, Kurt Vowinkel Verlag, 1928, RM. 12.—



Die erste und dritte Karte dieses Beitrags sind vom Herausgeber entworfen, von G. Gebhardt gezeichnet. Sie stellen das alte Iran und seine heutige Gestalt dar, während die zweite Karte die Verteilung der Einflußsphären vor der Nationalisierung Irans zeigt.

Wanderstraße sind die Arier mit einer Stammeswanderung von Herrengeschlechtern eingedrungen, schoben sich über die Voreinwohner hinweg und breiteten sich namentlich im östlichen Teil (Aria, Fars) mit ihren Gauen aus. Noch steht das Arierabkunftszeugnis (519 v. Chr.) des größten Iran-Herrschers Darius I. (Darius) in den Felseninschriften von Bagistan (Behistun) östlich Kirmanschah 100 m hoch eingemeißelt. Dreimal ist seit jenem ersten, weitesten Anspruch Iran aus einer beinahe unverwüstlichen Kernlandschaft zur Weltmachtgeltung aufgestiegen: 559—330 v. Chr.; 226—641; 1501 bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Seit 1922 steigt es wieder.

Heute ist die Macht über das alte Hochland von Iran zwischen Iran des neuen Namens und Afghanistan geteilt; die alte Arierstadt Herat („Areia“ [Pers. Haraiva] des Strabo, innerhalb des von ihm falsch nur auf die Ostlandschaften bezogenen „Ariana“) liegt auf afghanischem Boden. Ringsum haben Russen, Türken, Araber, Briten Randfetzen aus dem Raumkörper Irans gerissen.

Auf ihnen allen liegt der Schatten großer Machterinnerung. Der Lebenswille von Schah Pehlewî (Riza) hat den Reststaat — mit seinen 1,644 Mill. Quadratkilometern und fast 20 Mill. Einwohnern — aus unwürdigem Versunkensein in eine britische und eine russische Interessensphäre emporgerissen. Raumpolitische Grundlagen und geschichtlich erwiesene Möglichkeiten zu Reichsbildungen von Iran aus setzen ihm ein hohes Ziel, das zunächst der uralte, neu belebte Name umreißt. Schon ist seit dem Weltkrieg aus der großasiatischen Pufferzone der zweite Kernstaat mit einer Großmachtmöglichkeit emporgetaucht. Wer sagt noch, daß wir nicht geopolitische Wandlungen großen Stils erleben und allen Grund haben, unser Weltbild auf dem Laufenden zu halten!

ERICH GLODSCHEY:

Der Streit um Abessinien.

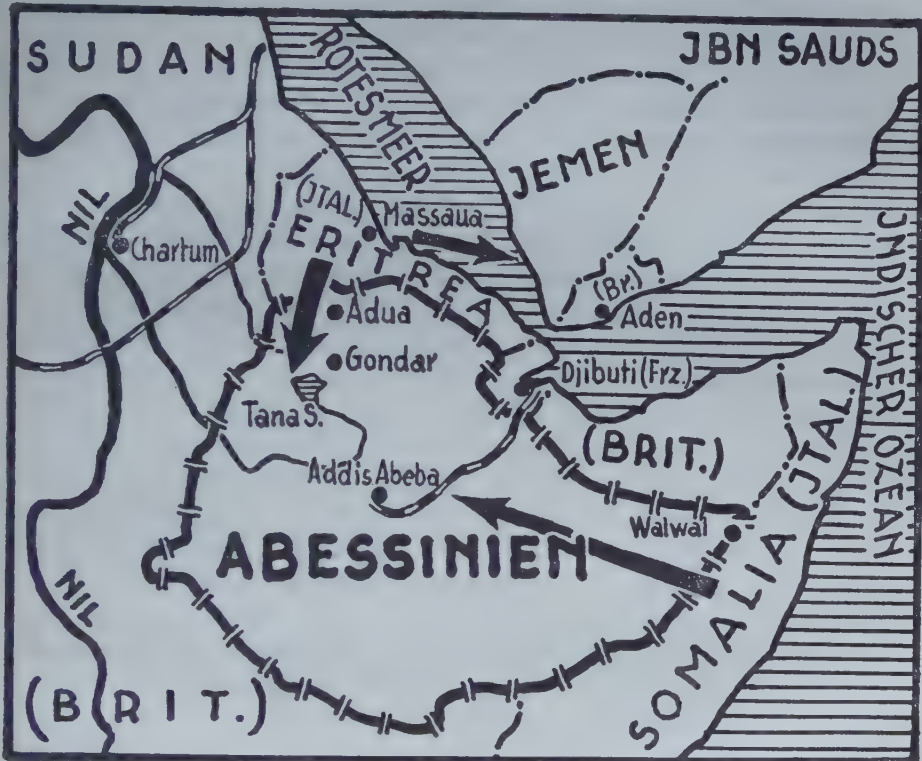
Nach den letzten Nachrichten scheint Italien den Krieg mit Abessinien zu suchen. Die Vorwände, deren es sich bedient, sind fadenscheinig genug. Ungemein reizvoll wird es sein, das Verhalten des Völkerbundes angesichts dieses neuen Krieges zwischen Mitgliedsstaaten zu beobachten. Auch die Begriffsspielerei um die Tatsache: Krieg oder nicht, dürfte aufschlußreich sein.

Bei all dem bleibt dem geopolitisch-weiterschauenden nur die Feststellung eines Rückfalls in imperiale Gewohnheiten eines verflossenen Zeitalters; sie müßten für Europa wenigstens überwunden sein. Und es bleibt weiter die Erkenntnis: man weiß wohl, wie man in Kolonialkriege hineingeht, aber nie, wie man aus ihnen herauskommt. Gerade die Italiener sollten das eigentlich nicht vergessen haben . . .

Die Schriftleitung.

Seit Monaten werden um Abessinien oder Äthiopien, das letzte unabhängige Kaiserreich Afrikas, diplomatische Feldzüge geführt. Dahinter erhebt sich der Waffenlärm blutiger Zusammenstöße an den abessinisch-italienischen und abessi-

nisch-französischen Kolonialgrenzen. Frankreich verhandelt um Genugtuung. Italien hat zwei Divisionen mobilisiert. Der dritte und größte Kolonialnachbar, England, hält sich zurück und scheint zu vermitteln. Der Völkerbund, dem auch Abessinien angehört, sucht krampfhaft nach einem Ausweg, um eine neue peinliche Belastung durch einen offenen Krieg zwischen zwei Völkerbundsmitgliedern zu vermeiden, der den Genfer Bemühungen um eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund nicht



gerade einen passenden Hintergrund verleihen dürfte. Abessiniens Kaiser, Haile Selassi, und sein Außenminister, Herui, sind bestrebt, soweit es geht, die Genfer Möglichkeiten für ihr Land auszunutzen.

Abessiniens Natur und Bewohner

Das Bergland Abessinien wird im Zuge des Afrikanischen Grabens durch eine Bodenfalte in zwei verschiedenartige Hälften geteilt. Dieser Einschnitt zieht sich vom Rudolfsee im Südwesten den Omo-Fluß aufwärts und dann hinüber zum Hausasch-Fluß, der nordöstlich zur Bucht von Dschibuti fließt, aber noch weit von der Küste in einem unter dem Meeresspiegel liegenden Seengebiet endet. Südöstlich von dem Einschnitt senkt sich das Hochland langsam zur glutheißen Somali-Küste des

Indischen Ozeans, während zum Golfe von Aden die Ausläufer einer Bergkette reichen. Nordwestlich des Einschnittes Rudolfsee-Hauasch erhebt sich das eigentliche abessinische Gebirgs- und Hochland, das im Ras Daschan mit 4600 Meter Höhe gipfelt, vielfach zerklüftet ist und zum Nil hin entwässert. Dabei bildet der Tana-See eine Hauptwasserreserve. Zum Roten Meer hin reicht das Bergland sehr weit, so daß die tropisch-ungesunde Küstenzone der „Kolla“ nur schmal ist, um so größer das höher gelegene, mehr subtropische Gebiet der „Woina-Dega“, an die sich noch höher die alpin-kühle „Dega“ anschließt.

Das sind die natürlichen Grundlagen eines Landes, dessen Kerngebiet vor 2500 Jahren zum letztenmal einem Eroberer zum Opfer gefallen ist. Damals fielen aus Südarabien die semitischen Geez oder Habaschat in das Bergland ein und unterwarfen die von Ägypten her beeinflussten hamitischen Äthiopier, mit denen sie sich weitgehend vermischten. Daraus entstand die herrschende Rasse der Amharen. Von der hamitischen Vorbevölkerung sind Reste nur im Gebiete Agaumeder erhalten und in der zuletzt unterworfenen fruchtbaren Landschaft Kaffa, von der der Kaffee seinen Namen tragen soll. Die erst vor 1000 Jahren in die Südhälfte Abessinien eingedrungenen Galla, ein hamitisches Volk mit etwas negroidem Einschlag, sind von den Amharen nicht aufgesogen, sondern nur ihrem Machtbereich einverleibt worden. Nur sehr oberflächlich unterworfen sind in den östlichen Randgebieten die hamitischen, etwas arabisch durchsetzten Somalistämme, die sich größtenteils als Nomaden in einem wenig ergiebigen wüstenhaften Lebensraum bewegen. Noch mehr gilt das für die Danakil-Völker, ebenfalls hamitischen Ursprungs, am Unterlauf des Hauasch und in der Danakil-Wüste. Die Fehden dieser primitiven und armseligen Stämme kümmern sich wenig um die Grenzen der europäischen Kolonialgebiete oder um die diplomatischen Folgen in der Außenwelt.

Wie sehen diese Dinge nun zahlenmäßig aus? Abessinien ist dasjenige Mitglied des Völkerbundes, über das die wenigsten statistischen Angaben vorliegen. Die Jahrbücher des Völkerbundes können von diesem Mitgliedsstaate nicht einmal die genaue Einwohnerzahl angeben. Sie verzeichnen als Schätzung nur 5,5 Millionen Einwohner, sagen aber in einer Anmerkung, daß andere Schätzungen bis zu 10 oder 12 Millionen Bewohnern gehen. Im allgemeinen nimmt man 10 Millionen als richtig an.

Der herrschende Stamm der Amharen dürfte etwa 3,5 Millionen zählen. Auf 4 Millionen werden die Galla geschätzt, auf rund 1 Million die Somali und Danakil. Dazu rechnet man 1,5 Millionen Neger und 50 000 Falascha-Juden.

Staatsreligion ist das orientalische Christentum der Amharen, obgleich es nur kaum mehr als ein Drittel der abessinischen Bevölkerung umfaßt. Etwa die Hälfte (besonders die Galla) gehören zum Islam, der Rest zu verschiedenen heidnischen Kulte. Die abessinische christliche Kirche ist im 6. Jahrhundert entstanden und trägt durch die Übernahme mancher jüdischen Gebräuche einen eigenen Charakter.

Sie hängt lediglich mit der koptischen Kirche in Ägypten lose zusammen, deren Patriarch in Alexandrien auf die Auswahl des abessinischen Bischofs, des „Abbuna“, einen Einfluß ausübt. Im 17. Jahrhundert war es der römisch-katholischen Kirche zeitweilig gelungen, die abessinische Kirche zu sich heranzuziehen. Nach einem Jahrzehnt der Vereinigung trat indes eine nur noch schärfere Trennung von Rom und vom Papst ein. Erneute Bemühungen im 19. Jahrhundert blieben erfolglos, und auch die seit 1889 gestattete römisch-katholische Mission hat nur wenig erreichen können.

England, Frankreich und Italien als Nachbarn

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ist Abessinien in den Bereich der europäischen Kolonialpolitik getreten. Die ganze Westseite Abessiniens grenzt nunmehr an englisches Gebiet, vor allem den anglo-ägyptischen Sudan und im Süden die Kenia-Kolonie. England sieht im abessinischen Gebirge den Wasserspender für das ganze Niltal, also eine Position von entscheidender Bedeutung. Auf der Nordost- und Westseite schneiden italienische, englische und französische Kolonialgebiete das Kaiserreich Abessinien vom Roten Meer und vom Indischen Ozean ab. Beherrschend ist auf dieser Seite das Verhältnis zu Italien.

Noch vor der Einigung Italiens, nämlich im Jahre 1869, ist die Bucht von Assab am Roten Meer italienischer Privatbesitz geworden. 1882 hat die Regierung in Rom diese Rechte auf das Königreich Italien übernommen und ihren Einfluß nordwärts an der Küste entlang ausgedehnt, wo Massaua der Hauptstützpunkt wurde. Das Gebiet wurde 1890 zur Kolonie Eritrea zusammengefaßt, deren Bereich nicht ohne Kämpfe immer mehr ins gesündere Innere Abessiniens vorgeschoben wurde, zu dem diese Küste geopolitisch gehört.

Die etwas spät aktiv gewordene Kolonialpolitik Italiens, die Crispi vorwärtstrieb, konnte es freilich nicht mehr fertig bringen, Abessinien vom Meere her völlig zu umfassen. Schon seit den 60er Jahren hatten sich die Franzosen in Obok und später in Dschibuti an der Somaliküste am Ausgang des Roten Meeres in den Golf von Aden seßhaft gemacht. In den 80er Jahren hatten die Engländer 700 Kilometer Somaliküste gegenüber ihrem arabischen Stützpunkt Aden annektiert, um die Kontrolle über die Verbindung zwischen dem Roten Meer und dem Indischen Ozean auch auf dieser Seite zu sichern. Es blieb Italien nicht mehr übrig als der heiße und kaum gegliederte östliche Küstenstreifen des Somalilandes, der sich zwischen dem Indischen Ozean und Abessinien vom Kap Guardafui südwärts nach Obbia und zur Benadirküste erstreckt. Dieses Gebiet wurde 1889 von Italien in Besitz genommen.

Nun schien sich aber ein Weg zu öffnen, von Massaua aus den italienischen Einfluß schneller in das zur Siedlung lockende Hochland zu tragen. Italien schloß 1889 mit dem abessinischen Fürsten Menelik das Freundschaftsabkommen von

Utschalli, das ihm nach dem Tode des italienfeindlichen abessinischen Kaisers Johannes den Thron des „Negus Negesti“, des Königs der Könige, sichern sollte. Kaiser Menelik II. ergriff die Herrschergewalt der „Löwen von Juda“, die auf Salomo und die Königin von Saba zurückgeführt wird, mit unbeugsamer Energie — jedoch nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Vergeblich versuchte Italien, aus dem Freundschaftsvertrag ein Protektorat über Abessinien herzuleiten, für das die römische Politik sich auch in England rückversicherte. Menelik holte sich vom kleinsten Grenznachbar, von Frankreich, diplomatische Hilfsstellung. Er ging 1895 gegen Italiens Versuche, die Schutzherrschaft durchzuführen, mit Waffengewalt vor. Am 1. März 1896 wurde die italienische Hauptmacht von 18000 Mann unter dem General Baratieri von Menelik bei Adua vernichtend geschlagen. Italien war zufrieden, die Küste von Eritrea behalten zu können, und erkannte im Friedensvertrage von Addis Abeba 1896 die Unabhängigkeit Abessiniens endgültig an. Frankreich aber erhielt die Konzession für den Bau einer Eisenbahn von Dschibuti nach Addis Abeba (zu deutsch: die neue Blume), der von Menelik ausgebauten neuen Hauptstadt Abessiniens.

Kaiser Menelik verwandte die bei Adua erbeuteten Waffen, um die Zentralgewalt sowohl gegenüber den amharischen Provinzfürsten, den „Ras“ und „Dedjasmatsch“, wie gegenüber den anderen Stämmen eisern durchzusetzen. Außenpolitisch vermochte er die drei Kolonialnachbarn fast stets voneinander getrennt zu halten. Selbst als England, Frankreich und Italien 1906 einen Vertrag über die Neutralität und zugleich die Aufteilung Abessiniens in drei Interessenzonen abschlossen, löste sich Frankreich bald wieder aus diesem Pakt heraus. So konnte Abessinien im Atlas als unabhängiger Staat eingezeichnet bleiben. Freilich mangelte es an einer genauen Grenzziehung gegenüber den europäischen Küstenkolonien. Es scheint, daß Menelik nicht ohne Absicht die Durchführung der verschiedenen Grenzverträge hinausgezögert hat, um Reibungen mit fremden Grenzkommissionen zu vermeiden. Daher kommt es, daß heute die Schätzungen über den Flächeninhalt Abessiniens zwischen 900 000 und 1 125 000 Quadratkilometer schwanken, um die halbe Größe Deutschlands.

Der Tod Meneliks im Jahre 1913 hat Abessinien zunächst einer festen Klammer beraubt. Wenn der Weltkrieg nicht gekommen wäre, vielleicht hätten die Kolonialmächte die Thronstreitigkeiten und die Vollendung der französischen (formell internationalisierten) Abessinienbahn benutzt, um das Land endgültig aufzuteilen. Die Provinzmachthaber und die Stammesführer hatten ihr Haupt gegenüber der Zentralregierung wieder mehr erhoben. Aber die Kolonialmächte waren anderweitig beschäftigt und begnügten sich damit, durch eifriges diplomatisches Intrigenspiel ihre Kolonialgrenzen vor einem etwaigen Vorgehen Abessiniens zu bewahren.

Nach der Gründung des Völkerbundes wurde Abessinien auf französisches Betreiben zur Mitgliedschaft eingeladen. Es wurde am 28. September 1923 in den

Völkerbund aufgenommen, nachdem es sich verpflichtet hatte, die Sklaverei in jeder Form abzuschaffen. Ein entsprechendes Gesetz ist im März 1924 erlassen worden, doch von Zeit zu Zeit melden sich Stimmen, die von einer weitgehenden Fortdauer der althergebrachten Haussklaverei in Abessinien und von einem zwar schon geringeren, aber immer noch schwunghaftem Sklavenhandel über das Rote Meer nach Arabien zu berichten wissen. Man fragt sich dabei allerdings, wie solche Sklaventransporte an die Küste kommen können, ohne daß es die Kolonialmächte wirksam verhindern, deren Gebiet in jedem Fall passiert werden muß. Immerhin ist die Sklavenfrage besonders in der italienischen Presse als ein Hebel benutzt worden, mit dem man Abessiniens Mitgliedschaft im Völkerbunde im Bedarfsfalle beiseiteschieben zu können glaubt.

Zweimal sind seit Kriegsende bei den Grenznachbarn Abessiniens Änderungen eingetreten. Das faschistische Italien pochte gegenüber Frankreich und England auf die Erfüllung der kolonialen Versprechungen für seine Kriegsteilnahme. So trat England 1924 das West-Jubaland, das sich südlich an Italienisch-Somalia anschließt, an Italien ab. „Somalia Italiana“ umfaßt nun rund 500 000 Quadratkilometer mit über 1 Million Bewohner. Das Mussolini-Laval-Abkommen von Rom im Januar 1935 hat dann eine kleine Erweiterung von Eritrea südwärts auf Kosten des französischen Somalilandes gebracht. Eritrea reicht jetzt bei Obok aus dem Roten Meer in den Golf von Aden hinaus. Die Gesamtfläche der Kolonie beträgt 125 000 Quadratkilometer. Die Einwohnerzahl wird mit 520 000 angegeben, darunter 40 Prozent christliche Abessinier. Das englische Somaliland erstreckt sich demgegenüber über 175 000 Quadratkilometer und hat 350 000 Einwohner. Französisch-Somaliland ist nicht einmal mehr 20 000 Quadratkilometer groß und hat 80 000 Einwohner. Aber Dschibuti ist als Endpunkt der Eisenbahn nach wie vor der Hauptausfuhrhafen.

Amerikas und Japans Interessen

England, Frankreich und Italien sind in den abessinischen Fragen stets gemeinsam vorgegangen, wenn es galt, weitere Großmächte aus Abessinien fernzuhalten. In den Jahren 1924/25 wurde davon gesprochen, daß amerikanisches Kapital sich für Baumwollkonzessionen in der Nähe des Tana-Sees interessiere oder von der abessinischen Regierung interessiert worden sei. Alle drei Nachbarn wandten sich scharf dagegen. England und Italien trafen entsprechende Abmachungen, denen sich später Frankreich anschloß. Von den amerikanischen Plänen in Abessinien war seitdem nichts mehr zu hören. Immerhin bekundeten die Vereinigten Staaten Anfang 1935 ihr Interesse an Abessinien durch die Ernennung des bisherigen Generalkonsuls in Moskau, Hanson, zum amerikanischen Geschäftsträger in Addis Abeba.

Inzwischen sind die Japaner auf den Plan getreten. Ihr handelspolitischer Vorstoß nach Afrika hat an den Grenzen Äthiopiens nicht haltgemacht. Ihr Einfluß ist aber, besonders durch die italienische Presse, offenbar stark übertrieben worden.

Noch gibt es in Abessinien nach verlässlichen Berichten kein Dutzend Japaner. Die angeblichen großen Baumwollkonzessionen Japans in Abessinien sind nicht zur Wirklichkeit geworden. Die Bemühungen des Mitsui-Konzerns um Schürfrechte für Bodenschätze haben zu keinem Ziel geführt. Eine japanische Werbeausstellung für direkten Verkauf in Addis Abeba ist ohne besonderen Erfolg wieder eingezogen worden. Bemerkenswert bleibt es aber, daß auch indirekt die japanischen Waren ihren Weg nach Abessinien gefunden haben und daß der letzte Haushaltsplan des japanischen Außenministeriums Geldmittel für die Errichtung einer Gesandtschaft in Addis Abeba angefordert hat.

Die sentimentale Geschichte von der Heirat des abessinischen Prinzen Lidsch mit einer japanischen Adligen, Fräulein Masakado, von der so oft in Zeitungsfeuilletons die Rede gewesen ist, hat gleichfalls ihre Bedeutung. Diese Heirat ist zwar nicht zustande gekommen, doch zeigt sie, daß in abessinischen Kreisen die japanische Karte als ein möglicher Trumpf gegen die europäischen Mächte gewertet wird. Dies Empfinden mag besonders der Außenminister Herui haben, der vor einigen Jahren Japan auch besucht hat. Tatsächlich kam anläßlich der italienischen Mobilisierungsmeldung im Februar 1935 aus Tokio eine für Abessinien sehr sympathische Erklärung, die wohl zugleich als eine Antwort auf Mussolinis manchmal unfreundliche Äußerungen über Japans Außenpolitik zu betrachten ist.

Den Blick auf Japan scheint auch die Gruppe der „Jungabessinier“ zu richten, zu denen der Sohn des Außenministers Herui gehören soll. Dabei soll es sich um Söhne des amharischen Adels handeln, die vornehmlich in Paris versucht haben, die Geheimnisse der europäischen Zivilisation zu entschleiern, und die nun nationalistische Tendenzen vertreten. Sie nehmen u. a. Anstoß an der eigenen Gerichtsbarkeit der Europäer in Abessinien. Die Regierung des Kaisers Haile Selassi hat aber gerade jetzt Wert darauf gelegt, daß im Lande keine ernsthafte europäerfeindliche Bewegung bestehe, was durch den glänzenden Empfang des schwedischen Kronprinzenpaares in Addis Abeba unterstrichen wurde.

Die Fäden zur Weltwirtschaft

In ganz Abessinien dürften keine 10 000 Europäer leben, selbst wenn man die Levantiner zurechnet, die dort vergeblich mit den Indern in der händlerischen Tüchtigkeit zu wetteifern versuchen. In Addis Abeba soll die Zahl der Europäer 4000 bis 5000 betragen unter etwa 150 000 Einwohnern. Der größte Teil der Europäer ist in technischen, kaufmännischen und ärztlichen Berufen tätig. Dazu kommen die Missionare, während die Zahl europäischer Landkonzessionen nicht sehr groß ist.

Seit Meneliks Zeiten kommt nur das Land, das schon damals in europäischem Eigentum stand, für den Ankauf in Frage. Sonst ist die Pacht auf 30 Jahre möglich. Wegen des Mangels an Verkehrswegen ist für europäische Farmen nur das Gebiet verwendbar, das nicht allzuweit von der Eisenbahn entfernt liegt. Eine

Autostraße gibt es einzig zwischen Addis Abeba und der Sommerresidenz Addis Alam. Im übrigen werden alle Waren, wie seit Jahrtausenden, auf dem Rücken von Pferden, Eseln, Maultieren und Kamelen oder auf den Köpfen menschlicher Träger transportiert.

Nur im Welthandel für den Kaffee spielt Abessinien eine einigermaßen ansehnliche Rolle. Außer der noch nicht sehr großen, aber aussichtsreichen Gold- und Platinproduktion, die besonders in der französischen Konzession Jubdo erfolgt, ist daher in den Wirtschaftszahlen des Völkerbundes für Abessinien lediglich die Kaffeeausfuhr verzeichnet. Sie ist von 26000 Quintals im Jahre 1923/24 auf 140000 im Jahre 1927/28 und 181000 im Jahre 1931/32 gestiegen. Das entsprach etwa der damaligen Ausfuhr des mittelamerikanischen Staates Costarica.

Sonstige abessinische Ausfuhrwaren sind seit alters her Häute und Felle sowie Wachs. Der Einfuhrbedarf ist nicht übermäßig groß und betrifft vor allem Textilien und Waffen. In Abessinien würden sich Baumwolle, Kautschuk, Sisal, Bananen, Tabak und viele andere Kolonialprodukte anbauen lassen, aber das scheitert an den mangelnden Verkehrswegen und dem Fehlen entsprechender Arbeitskräfte. Ob es für die Bewohner Abessiniens wirklich ein Glück wäre, in die Weltwirtschaft einbezogen zu werden, bleibe dahingestellt. Freiwillig wollen sie diesen Abgang von ihrer zwar bescheidenen, aber sicheren Autarkie offensichtlich nicht vollziehen.

Die Wehrkraft Äthiopiens

Der Kaiser Haile Selassi sucht die Unabhängigkeit Äthiopiens nicht nur diplomatisch, sondern auch militärisch zu sichern. Die Gerüchte von großen abessinischen Flugzeugeschwadern oder technischen Truppen haben sich freilich als falsch erwiesen. Außer dem Reiseflugzeug, das der Kaiser in der Schweiz erwarb und das ihm Mittelholzer überbrachte, gibt es nur eine kleine Staffel von älteren Militärflugzeugen mit wenigen abessinischen Piloten, zu denen sich einige amerikanische Negerflieger gesellen sollen.

Von einer modernen abessinischen Armee kann man auch heute noch nicht sprechen. Die kaiserliche Leibwache ist die einzige neuzeitlich gegliederte Formation. Die übrige bewaffnete Macht Abessiniens, die auf einer Art Lehnspflicht oder Gefolgschaftspflicht aller unteren Machthaber für den Kriegsfall begründet ist, besteht aus den Leibwachen der Provinzfürsten und der abessinischen Adligen, von denen auch der kleinste einige oder wenigstens einen Soldaten hat. Ihre Gewehre sind lange nicht alle neueren Datums. Über die Zahl gehen die Schätzungen sehr auseinander. Die niedrigste spricht von 200000 Gewehren, Italien rechnet mit 500000, während der abessinische Gesandte in Rom von 800000, ja 1 Million Bewaffneten in seinem Lande redete, deren Patronen z. T. eine eigene Fabrik liefert.

Geschütze gibt es nach allen Berichten in Abessinien erst wenige Dutzend, während von 200 bis 300 Maschinengewehren gesprochen wird. Bezeichnend ist frei-

lich, daß zwei schweizerische Waffenfabriken den Mittelholzerflug benutzt haben, um dem abessinischen Kaiser zwei Filme über Flugabwehrgeschütze vorführen zu lassen. Im April 1934 ist der bisherige Chef der schwedischen Luftverteidigung, General Virgén, mit einigen Offizieren nach Abessinien berufen worden, um dem Kaiser als „Ratgeber in allgemeinen Fragen“ zur Verfügung zu stehen, wobei die Verbesserung der Straßen und Verkehrsmittel hervorgehoben wurde.

Der Abessinienfilm Mittelholzers zeigte übrigens deutlich die großen inneren Unterschiede in Abessinien, von der Hauptstadt mit Wellblechhäusern und Automobilen über die Kernprovinzen der altertümlichen Amharenkultur bis zu den wilden Grenzstämmen, bei denen noch eine Art Kopfjägerei herrscht. Ebenso eindrucksvoll freilich wirkten auf den europäischen Beschauer die Teile des Films, die das kluge und energische Gesicht des Kaisers Haile Selassi zeigten, der vor wenigen Jahren durch seine Krönung als mächtigster Mann Abessiniens die langen Thronstreitigkeiten beendet hat. Mit ihm, der 1924 unter seinem alten Namen Ras Tafari offenen Auges Europa bereist hat, werden alle Kolonialversuche bestimmt kein leichtes Spiel haben. Außerdem lebt im abessinischen Volke die Erinnerung an die italienische Niederlage von Adua vor 40 Jahren ebenso wie in Italien wiederum der Name „Adua“ stets Empfindlichkeiten weckt, wenn er (wie 1934 durch die südslawische Presse) auffällig genannt wird. Daran ändert es nichts, daß zwischen Italien und Abessinien seit 1928 ein neuer Freundschaftsvertrag besteht.

Rache für Adua?

Am 11. Februar 1935 hat die italienische Regierung amtlich erklärt, daß zum Schutz der Kolonialgrenzen gegenüber Abessinien die 19. Division (Florenz) und die 29. Division (Messina) durch Einberufung von Reservisten des Jahrgangs 1911 auf kriegsmäßigen Stand gebracht worden seien. Über eine Verladung dieser Truppen nach Afrika werde später entschieden. Zu dieser Vorsichtsmaßregel hätten wiederholte abessinische Überfälle an der Somaligrenze Anlaß gegeben.

In dieser Darstellung liegen Widersprüche gegenüber früheren italienischen Berichten. Bereits mehr als ein Jahr früher, nämlich im Dezember 1933, hat die führende italienische Kolonialzeitschrift „Azione Coloniale“ auf eine Erklärung des Unterstaatssekretärs im Kolonialministerium hingewiesen, in der es hieß: „Italien würde nichts anderes übrigbleiben, als geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Abessinien zur Vernunft zu bringen.“ Die Unvernunft wurde darin gesehen, daß Abessinien sich der europäischen Wirtschaftsdurchdringung widersetze und mit Japan liebäugle. Später wurde in italienischen Artikeln erklärt, daß Abessinien auf diese Weise den Freundschaftsvertrag mit Italien verletzt habe. Der damalige Kolonialminister, General de Bono, schrieb selbst ebenfalls Ende 1933, in Abessinien liege der Schlüssel der italienischen Expansion in Ostafrika, zu der das erneuerte und an tatkräftiger Jugend reiche Italien ein Recht habe. Am 19. März 1934 hielt schließlich

Mussolini seine viel erörterte Rede von der „säkularen Aufgabe Italiens“ in den Erdteilen Asien und Afrika, welche die historischen Ziele der italienischen Expansion seien.

Die ausländische Presse bezog diese Äußerungen des Duce auf Abessinien und das gegenüberliegende Fürstentum Jemen in Arabien, das allerdings noch im Sommer den Soldaten des arabischen Einigers Ibn Saud unterliegen sollte. Was aber Abessinien angeht, so wußte das Pariser „Journal des Debats“ im August 1934 in auffälliger Form zu berichten, daß Italien von England und Frankreich in weitem Maße freie Hand erhalten solle. Die Zeitungen brachten fast täglich Nachrichten über italienische Kriegsmaterialtransporte nach Eritrea und Somalia, und eine Offensive als „Rache für Adua“ wurde als bevorstehend bezeichnet. Doch statt dessen kam am 28. September eine gemeinsame Erklärung der italienischen Regierung und des abessinischen Gesandten in Rom, in der beide Staaten ihre friedliche Zusammenarbeit betonten.

Bald darauf trat der italienische König eine Staatsreise nach Mogadischu, dem Haupthafen von Somalia, an. Hatte er sich vor Jahren vom Ausbau Eritreas überzeugt, den Bahnbau Massaua—Asmara und die wachsenden Plantagen für Tabak und Kaffee besichtigt, so sollte er diesmal die Fortschritte in Somalia kennenlernen. Dort ist zwar immer noch das Salz, das an der Meeresküste durch Verdunsten gewonnen wird, das Hauptprodukt, aber die Kultur von Baumwolle, Bananen und Zuckerrohr beginnt sich auszudehnen. Ein Mitglied des Königshauses, der Herzog der Abbruzzen, hat sich dabei führend betätigt und sich nach seinem Tode in Somalia bestatten lassen.

Die Besuchsfahrt des italienischen Königs erhielt allerdings durch den ebenfalls mitfahrenden Kolonialminister eine eigenartige Begleitmusik. General de Bono erklärte dem „Giornale d'Italia“ folgendes:

„Die abessinischen Häuptlinge der Grenzgebiete haben dem italienischen König ihre Ehrfurcht erwiesen. Dabei handelt es sich um formale gewohnheitsrechtliche Akte, deren Bedeutung man nicht überschätzen darf. Aber man spürt an der Grenze von Somalia und Äthiopien, daß dieses nicht nach Somaliland hinneigt. Abessinien als Zentrum, d. h. als Sitz der Regierungsgewalt, die vereinheitlichen und kontrollieren will, neigt nach Eritrea hin. In der Richtung zur Benadirküste (Somalia) streben aber ungeheure Gebiete, die von verschiedenen Völkerschaften bewohnt sind, von Addis Abeba fort.“

Das ist in der Presse so aufgefaßt worden, daß Italien die östlichen abessinischen Gebiete als eigentlich zu Italienisch-Somalia gehörig beansprucht. Gerade in diesen Gebieten hat sich am 5. Dezember 1934 inzwischen der Zusammenstoß von Ualual ereignet. Eine abessinisch-englische Grenzkommision unter dem Obersten Clifford stieß bei diesem Orte, den sie auch nach italienischen Karten 100 Kilometer von der Somaligrenze entfernt glaubte, auf italienische Truppenlager, die Ualual als Gebiet Italiens beanspruchten. Die Engländer, die bei den Grenzvermessungen zwischen

Britisch-Somaliland und Abessinien beschäftigt waren, lösten für sich den Konflikt, indem sie sich zurückzogen. Ihre abessinische militärische Begleitung wurde mit den Italienern handgemein. Ergebnis: 60 tote italienische Soldaten und eingeborene Hilfstruppen (Dubats) und 100 tote Abessinier.

Italien forderte die gleiche Genugtuung, die ihm kurz zuvor für einen weniger bedeutenden Überfall auf das Konsulat in Gondar in Nordabessinien gewährt worden war. Aber im Falle Ualual lehnte Abessinien ab, weil es sich um ein widerrechtliches italienisches Eindringen in abessinisches Gebiet handle. Ende Dezember appellierte Abessinien unter Hinweis auf italienische Flugangriffe und weitere Zwischenfälle an den Völkerbund, der auf Grund des Artikels 11 ersucht wurde, die nötigen Maßnahmen zum Schutze des Friedens zu treffen. Der Völkerbundsrat verwies Abessinien auf direkte Verhandlungen mit Italien.

Man hatte in Genf offenbar nicht die Absicht, die im Gange befindlichen französisch-italienischen Verhandlungen zu stören, die ein Stück des französischen Somalilandes und ein Fünftel des Kapitals der Bahn Dschibuti—Addis Abeba an Italien überantworteten — als einen Teil des Preises für Italiens Einschwenken in die französische Europapolitik. Als am 21. Januar aus Abessinien kommende Danakil-Leute einen verwandten Stamm in Französisch-Somaliland überfielen und 107 Mann, darunter einen französischen Beamten, töteten, benutzte die Pariser Regierungspresse den Anlaß, um Lavals Entgegenkommen gegenüber Mussolini in der abessinischen Frage nachträglich eine gewisse Rechtfertigung zu verleihen.

In Rom ist nichts unterlassen worden, um die Bedeutung der italienischen Abessinienpolitik zu unterstreichen. Mussolini hat selbst das Kolonialministerium übernommen. General de Bono ist zum gemeinsamen Oberkommissar für Eritrea und Somalia ernannt worden. 4000 freiwillige Faschisten wurden feierlich abgesandt, wonach der Transport der beiden Divisionen unter General Graziani begann. Die technischen Mittel Italiens sind heute sicher größer als zur Zeit von Adua, und ob Abessiniens innere Einheit heute ebenso stark ist, wie unter Menelik, wird bezweifelt. Aber ein Spaziergang dürfte ein Feldzug gegen die waffengewohnten Abessinier auch heute nicht sein, erst recht nicht für tropenungewohnte weiße Reservisten. Und ob die eingeborenen Truppen aus Eritrea und Somalia sich gegen Abessinien ebenso bewähren wie bei General Grazianis Feldzügen in Tripolitanien, muß sich noch erweisen.

Die Hauptfrage ist, ob Frankreich bei den römischen Abmachungen Italien wirklich freie Hand in Abessinien gegeben hat, wie manche Meldungen wissen wollen. Und hat England dem zugestimmt, falls die Interessen am Tana-See nicht berührt würden? Amtlich wird beides abgeleugnet, und anläßlich der italienischen Teilmobilisierung wurde zum mindesten äußerlich der Eindruck wachgehalten, als werde in London und Paris der italienische Tatendrang zugunsten einer friedlichen Lösung gezügelt, wobei unklar von „neutralen Zonen“ geschrieben wurde.

WOLFGANG HARTKE:

Zur Rückwanderung der ausländischen Arbeiter aus Nordfrankreich

Durch die deutsche Presse sind in der letzten Zeit verschiedentlich Mitteilungen gegangen, welche die Frage der ausländischen Arbeiter in Frankreich als höchst bedrohliches Problem erscheinen lassen. In großer Aufmachung, mit dicken Schlagzeilen ist über Unruhen berichtet worden, die infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit in der Industrie Frankreichs und der damit zusammenhängenden Maßnahmen der französischen Stellen zur Rückführung eines Teiles der früher eingewanderten Ausländer entstanden seien.

Es ist möglich, daß sich auf Grund dieser Zeitungsmeldungen in Deutschland eine falsche Vorstellung festsetzt; deshalb soll zu ihnen kurz Stellung genommen werden. Leider ist es, wie ein Versuch gezeigt hat, bisher nicht möglich, das Problem heute schon erschöpfend zu untersuchen, da die Entwicklung noch ganz im Fluß ist und bisher nur die großen Linien an einzelnen Punkten sichtbar werden. Neueste Daten sind nicht zugänglich oder sind nicht untereinander in Übereinstimmung zu bringen. Gewiß hat eine so beschränkte, nachträgliche Untersuchung wenig Nachrichtenwert im Sinne der Tageszeitung; aber sie wird doch das Wesentliche herauskommen lassen, wird die Ereignisse in einem anderen Lichte zeigen, als sie nach den Pressemeldungen erscheinen.

Es würde hier zu weit führen, die Entwicklung der Einwanderung nach Frankreich, die dem innereuropäischen Wanderungswesen der Nachkriegszeit seinen wesentlichen Charakter gegeben hat, noch einmal mit ihren allgemeinen Grundlagen im französischen Wirtschaftsleben zu schildern¹⁾.

Der aufmerksame, wissenschaftliche Leser der Pressemeldungen wird bereits hier und da Bedenken hinsichtlich der Schlußfolgerungen bekommen haben.

Er wird z. B. gemerkt haben, daß die Nachrichten auf dem Wege über verschiedene Nachrichtenagenturen (z. B. „Ostexpress“) zum großen Teil aus polnischen Quellen stammen, und daß auch die französischen Stimmen meist den Versuch einer Antwort auf einen Angriff von dieser Seite darstellen. Sie betreffen ferner fast ausschließlich polnische Arbeiter. Dabei sind diese doch nur ein kleiner Teil der fremden Arbeiter (1926 169 600 Polen von 1 378 100 berufstätigen Ausländern insgesamt)!

¹⁾ Ich habe das u. a. selbst 1933 in der Deutsch-Französischen Rundschau, Jg. 1933, IV. S. 221—236, getan. Leider sind dort infolge des Eingehens der Zeitschrift einige Druckfehler stehengeblieben ohne Berichtigungsmöglichkeit. Einige dort gegebene Zahlen für die Ausländer in der Landwirtschaft (S. 232) sind deutlich erkennbar zu niedrig. Sie beziehen sich nur auf Nordfrankreich und sind für ganz Frankreich viel höher. — Die großen Züge des dort gegebenen Bildes treffen auch heute noch zu. — Vgl. zu der Frage auch G. Mauco, *Le rôle économique des étrangers en France*, Paris 1934.

Allerdings ist es bezeichnend, daß diese Nachrichten aus Nordfrankreich kommen, und zwar ausschließlich aus Zechenorten, wo die polnischen Arbeiter in den Bergarbeiterkolonien in größeren Gruppen wohnen und in verschiedenen Gemeinden die Ausländer zusammen sogar die französische Bevölkerung an Zahl übertreffen. Die ausländischen Staatsangehörigen sind entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, soweit sie sich nicht überhaupt sehr schnell naturalisieren lassen, mit sehr weitgehenden Rechten sozial-, arbeitsrechtlicher und kultureller Art ausgestattet. Gerade die Polen haben sich, so begünstigt, in diesen Gebieten eng aneinander angeschlossen. Sie stellten den überwiegenden Teil der neu hinzukommenden Bergarbeiterschaft, besonders unter Tage, und verfügten über eigene Kultur- und Sozialeinrichtungen mit ausgesprochenem polnischem Charakter.

In der Zeit der Hochkonjunktur und des akuten Arbeitermangels nach dem Kriege ist in Nordfrankreich eine gewisse konjunkturelle Überbesetzung der Arbeitsplätze entstanden, die nun im Gefolge der Deflationskrise zu einer gewissen Arbeitslosigkeit führen mußte. Die Beunruhigung der zahlreichen, dicht zusammenwohnenden Arbeiterschaft infolge des Beschäftigungsrückgangs und Lohndrucks während der Krise, die gerade die Industrie des Nordens in Mitleidenschaft zog, wenn auch immer noch in kleinem Umfang und bei fast völlig staatsfreier Wirtschaftsführung, — diese Beunruhigung mußte sich hier sehr bald mit den schon immer, aber bisher gewissermaßen nur latent vorhandenen völkischen Gegensätzen verbinden. Dadurch bekam die wirtschaftliche Beunruhigung hier eine Sonderbedeutung, die sie sonst für den Franzosen und auch die französische Arbeiterschaft nicht hat. Dennoch nehmen im Rahmen der französischen Wirtschaftssorgen diese völkischen Probleme, die sich in den nordfranzösischen Kohlengebieten bis zu Unruhen steigerten, nicht den Raum ein, den sie in der deutschen Presse oft eingeräumt bekommen haben; denn sie bleiben eine Einzelerscheinung gegenüber der viel wichtigeren Gesamtlage, deren Kenntnis auch für deutsche Verhältnisse nicht uninteressant ist, z. B. hinsichtlich der Beziehungen, die zwischen dem nordfranzösischen Revier und der deutschen und saarländischen Kohlenabsatzlage besteht.

Es kann nicht genug davor gewarnt werden, gerade auf diesem Gebiet nicht zusammengehörende Dinge in ein Kausalverhältnis zu bringen, das in dieser Weise nicht existiert. Aus der Frage der ausländischen Arbeiter, deren Wanderungen und der neuerlichen Tendenz zur Umkehr der Wanderungsrichtung erwächst vielmehr die Frage nach der besonderen Lage des französischen Kohlenbergbaus überhaupt¹⁾. Sie ist von dieser als dem primären Faktor nicht zu trennen und wird, was die Auswirkung auf die Arbeiter angeht, auch durch den starken Anteil der

1) In dieser Hinsicht ist der letzte Jahresbericht des Comité Central des Houillères 1933 interessant. Vgl. dazu auch: *Journal des Economistes* 1934, IV, S. 318 ff., und allgemein „La France économique“ *Rev. d'Economie Politique*, 1934, No. 3, Mai—Juin.

Ausländer an der Zechenbelegschaft nur in ganz beschränktem Maße besonders beeinflußt.

Der gesamte Kohlenverbrauch des französischen Inlands ist gegenüber dem 1932 erreichten Tiefstand von 71 Millionen Tonnen zwar wieder um 1,5 Millionen Tonnen gestiegen im Jahre 1933. Aber hiervon werden nur wenig mehr als 47 Millionen Tonnen durch die französische Produktion gedeckt, während 21,5 Millionen Tonnen aus dem Ausland und 4 Millionen Tonnen aus dem Saargebiet, also insgesamt in dauerndem Anstieg mehr als 35% des französischen Bedarfes eingeführt wurden, eine Menge, die nach den Berechnungen des Zentralverbandes der Kohlengruben wertmäßig etwa 10% aller Importe ausmacht. Auf die einzelnen Länder verteilt, ist die Stellung der Kohleneinfuhr im Rahmen der Gesamteinfuhr aus dem betreffenden Lande wie folgt:

ca. 20%	der Importe aus Deutschland,
„ 22%	„ „ „ Belgien und Niederlanden,
„ 35%	„ „ „ Polen,
„ 41%	„ „ „ Großbritannien.

Dabei sinkt im Verkehr mit England durch Kontingentierung und andere Maßnahmen der Anteil der übrigen Waren zugunsten der Kohlenlieferungen immer weiter. — Überschlagsweise machte so die Kohlenlieferung aus dem Auslande 1933 rund ein Drittel der in Form von Ausfuhr wieder zurückgehenden Summe aus. Auch ist nicht etwa die französische Kohlenausfuhr ihrerseits gestiegen, sondern im Gegenteil seit 1929, dem Jahr des Höchststandes, von 3 700 000 Tonnen dauernd auf 1933 — 1 550 000 Tonnen gefallen.

Der Grund für diese Entwicklung liegt neben der absoluten Produktionseinschränkung und einem zwangsläufigen Rückgang des Verbrauchs, was die zunächst merkwürdig anmutende Entwicklung der Einfuhr angeht, vor allem in den höheren Gestehungskosten in Frankreich, wobei die Aufrechterhaltung des Goldstandards und eine immer noch weitgehend freie Wirtschaft vor allem im Falle des schärfsten Konkurrenten England keine geringe Rolle spielt. Auf diese Weise sind z. B. die englischen Kohlenpreise, die bisher nur unwesentlich gestiegen sind, im Vergleich zu den französischen Goldpreisen um etwa 40% gesunken. Dabei sind außerdem auch noch alle Nebenkosten, wie Verschiffung und dgl., ebenfalls mitgesunken, während die französischen Transportkosten an sich hoch und unverändert blieben. Auch eine Reihe von anderen Einzelgründen werden dabei genannt, z. B. Belastung durch Löhne und Steuern, die einseitige Ratifizierung des Arbeitsabkommens über die theoretische Arbeitsdauer von $7\frac{1}{2}$ Stunden (1931) oder die Ausfuhrförderung anderer Länder durch Umlagen und Prämien, wobei z. B. die Einbeziehung des Aachener Reviers in das Ruhrkohlen-syndikat von Bedeutung ist.

Als Folge dieser Entwicklung setzte in Frankreich eine Arbeitsstreckung in außergewöhnlich hohem Maße in der Bergwerksindustrie ein. Die durchschnittlichen Feierschichten erreichten im französischen Bergbau 1933 53 Tage, im Bezirk Pas de Calais sogar 62 Tage, während im Ruhrrevier mit 45 Tagen, in Westengland mit 30 Tagen, in Belgien mit 32,5 Tagen und in Holland mit 28 Tagen gerechnet wurde.

Zahlreiche Arbeiterentlassungen wurden unvermeidlich. Die Arbeiterbelegschaft der Gruben, die noch Ende 1930 einen Höchststand von 300 714 hatte, sank bis 1932 auf 254 533 und fiel bis 1933 weiter um 4% auf 244 264. In drei Jahren haben die Bergwerke also ungefähr 18,5% ihrer Belegschaft verloren. Und zwar haben sich die französischen Arbeiter, Pensionierungen ausgeschlossen, um 6%, die ausländischen Arbeiter jedoch um 24% vermindert, so daß sie heute 86% der Arbeiter unter Tage darstellen und bei den anderen Arbeiten stark zurücktreten.

Von ihnen sind zwei Drittel gelernte Qualitätsarbeiter, die unbedingt zum Stamm der Gruben gerechnet werden müssen und technisch nur schwer ersetzbare Kräfte darstellen. Hier liegt also eine gewisse untere Grenze, bei der weitere Entlassungen von Ausländern schwierig werden. Dabei ist, was die französische Seite der Frage angeht, mit den Entlassungen infolge der Einschränkung der Produktion nicht viel gewonnen, denn jede Entlassung auf den französischen Gruben bedeutete gleichzeitig eine Verschärfung der englischen Konkurrenz, die erst letzthin und nur bedingt durch Kontingentierung in Schach gehalten wird. Diese Einfuhr brachte zwar für einige wenige Hafenstädte und den beteiligten Handel eine fühlbare Erleichterung, aber der Zuwachs an brachliegender bergmännischer Arbeitskraft wird zahlenmäßig nur zu einem sehr kleinen Teil durch die Beschäftigungserhöhung etwa im Transport ausgeglichen.

Bei dieser Lage ist ein Teil der bisher freigesetzten fremden Arbeiter entweder selbst individuell zurückgewandert oder neuerdings auf Veranlassung der Gruben zunächst auf ein halbes Jahr „auf Urlaub“ in ihr Heimatland geschickt worden. Bis April 1934 soll es sich nach Angaben der Verwaltungen um rund 6000 bis 7000 vorwiegend polnische Arbeiter handeln. Eine auf Schätzung beruhende, aber offenbar recht zuverlässige persönliche Mitteilung kommt bis Anfang 1935 auf 10—11 000. Es sind dies die Arbeiter, auf welche die genannten Pressemeldungen ursprünglich Bezug nahmen. Diese Zahlen sind natürlich nicht erschöpfend. Vor allem war es bisher nicht möglich, Gesamtzahlen für die ganze Krisenzeit und die wirklich durch die Arbeitslosigkeit verursachte Abwanderung bereits seßhafter Dauerarbeiter zu bekommen, die als eindeutig gelten könnten. Aber sie zeigen jedenfalls, daß die phantastischen Gerüchte über ungeheure, bis in die Hunderttausend in einem Jahre gehende Rückwanderungen nicht gut stimmen können¹⁾. Diesen Eindruck werden auch die polnischen Zahlen der allgemeinen Wanderungsstatistik verstärken, die im folgenden gegeben werden sollen.

In der kontinentalen Auswanderung Polens ist 1933 eine Zunahme der Auswanderung zu bemerken von 11 772 auf 18 358, von denen wiederum 11 427 nach Frankreich gingen²⁾. Übrigens wanderte eine zweite große Gruppe von 4813 nach Lettland in die Landwirtschaft! Von den nach Frankreich Ausgewanderten gehen allerdings ebenfalls 85% in die Landwirtschaft. Diese Erscheinung zeigte sich schon auf dem Höhepunkt der großen industriellen Hochkonjunktur und charakterisierte auch schon die Krise von 1927, indem stets die landwirtschaftliche Einwanderung ihre Position weitgehend hielt gegenüber dem sofortigen scharfen Rückgang der industriellen Einwanderung bei der geringsten Störung. Das zeigt

1) Es gibt sogar Äußerungen, die ganz ohne Bedenken von einer Gesamtzahl von 1 Million abgewandelter Ausländer sprachen, z. B. W. Maas in *Archiv für Wanderungswesen*, 7. 1934. 1. Das wäre mehr als ein Drittel der 1931 überhaupt vorhanden gewesenen Ausländer.

2) *Intern. Rundschau d. Arbeit*, 1934. 9. S. 885.

auch gleichzeitig wieder den Weg, welcher der arbeitslos werdenden polnischen Bevölkerung in gewissem Umfang noch in Frankreich selbst offensteht, während er für die französischen Arbeitslosen wegen der weitgehenden Entfremdung vom Lande fast ganz verschlossen ist. Der größte Teil dieser polnischen Auswanderung geht heute durch die amtliche französische Auswanderungsstelle in Mysłowitz. 83,5% der Auswanderer nach Frankreich waren Arbeitnehmer, die fast ausschließlich mit einem fertigen Vertrag in der Tasche auswanderten. Der landwirtschaftliche Charakter erklärt auch die auffallend hohe Zahl von 62% Frauen von der Gesamtzahl der Wanderer. — Was die Rückwanderung polnischer Staatsangehöriger nach Polen über den Kontinent angeht, so fiel sie 1933 von 32 706 auf 14 911 insgesamt und für Frankreich allein von 28 000 (1932) auf rund 10 000. Das ergibt also bereits wieder einen kleinen Auswanderungsüberschuß nach Frankreich. Insofern besteht allerdings von der polnischen Seite her eine Veränderung, als im Augenblick neben der früher vorherrschenden kontinentalen Wanderung die Überseewanderung einen relativ hohen Anteil hat. Vor allem ist die Auswanderung nach Palästina von 2900 auf 10 300 gestiegen (43% der jüdischen Einwanderung nach Palästina stammte allein aus Polen).

Ein ganz ähnliches Bild bietet auch die neueste Veröffentlichung des französischen Arbeitsministeriums¹⁾, aus der sowohl die allgemeine Besserung der wirtschaftlichen Lage gegenüber 1932 und noch 1933, wie auch die besonderen Verhältnisse in den Bergwerken aus den dort wesentlich höheren Hundertsätzen von Feierschichten gegenüber den sonstigen Industrie- und Gewerbebezweigen hervorgeht. Auch die an der gleichen Stelle zu findenden Zahlen der kontrollierten Einwanderung des ersten Vierteljahres 1934 widersprechen diesen Erfahrungen nicht; sie lassen die Lage der bisher eingewanderten Ausländer im Prinzip unverändert erscheinen. Es bleibt ihnen ihre bisherige bedeutsame Rolle in der französischen Wirtschaft.

Eins steht also mit ziemlicher Sicherheit fest: Auf bestimmten eng umrissenen Gebieten der kritischen Sphäre der französischen Wirtschaft, in der sich die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Krise vor allem zeigen, ist die Einwanderung für die Zukunft weiter zum Stehen gekommen. Darüber hinaus werden auch noch weiter hier etwa vorhandene Übersetzungserscheinungen verschwinden, sei es durch eine — aber wie gesagt nur noch in beschränktem Umfang mögliche — Rückwanderung oder durch Überführung in andere Berufe, die für die glücklicherweise meist ungelernten ausländischen Arbeiter in Frage kommen. Das wäre vorwiegend in der Landwirtschaft, in der immer noch Bedarf vorhanden ist. Mit der sinnvollen Anwesenheit und Tätigkeit der Ausländer in Frankreich wird man also auch weiterhin als mit einer Realität rechnen müssen.

1) Bull. du Ministère de Travail. 1934. T. 41. No. 4—6.

Es ist eine ganz andere Frage, ob die französische Wirtschaft sich auf die Dauer mit den bisherigen Maßnahmen gegen die Konkurrenz oder auch die sozialen Widerstände halten kann, oder ob sie nicht ihrerseits neue Wege, gegebenenfalls auch unter verstärktem Staatseinfluß, wird gehen müssen.

LOTHAR SCHÜTTEL: Die makedonische Frage

Geopolitische Prüfung der Tagesereignisse, die sich um die Schüsse von Marseille gruppierten, werden die Leser als Notwendigkeit empfinden. Sie kann nicht ohne Werturteile erfolgen, in denen dem Verfasser selbstverständlich freie Hand bleiben mußte, wenn sie auch Herausgeber und Schriftleitung nicht immer teilen.
Der Herausgeber.

Der Königsmord in Marseille hat die Aufmerksamkeit der Welt auf eine Frage gelenkt, die seit nahezu einem Halbjahrhundert besteht und sich immer wieder — meist durch blutige Vorgänge — in den Vordergrund des allgemeinen politischen Interesses drängt.

Als man nach dem Mordanschlag auf König Alexander I. von Jugoslawien die Personalien des Mörders festzustellen suchte, wies eine Tätowierung auf die IMRO, die Innere Makedonische Revolutionäre Organisation. Weitere Nachforschungen in dieser Richtung ergaben, daß der Königsmörder als einer der aktivsten Terroristen der IMRO den bulgarischen Behörden seit Jahren bekannt war.

Der Mord in Marseille wurde in der Absicht geplant und ausgeführt, in König Alexander I. den erfolgreichen Einiger Jugoslawiens zu beseitigen. Die Einigung und Befriedung der Nationalitäten im Königreich Jugoslawien mußte der makedonischen Bewegung als eine Gefahr für ihren Fortbestand erscheinen, da sie in der Auflehnung der makedonisch-bulgarischen Bevölkerung gegen die jugoslawische Staatszugehörigkeit wurzelte, die durch die Gebietsverluste Bulgariens an Jugoslawien infolge der Friedensvertragsbestimmungen von Neuilly geschaffen war. Der Kampf der bulgarisch-makedonischen Minderheit gegen die jugoslawische Fremdherrschaft sollte nach dem politischen Plan der makedonischen Bewegung den Ausgangspunkt zum Kampf um die Errichtung eines autonomen Makedoniens bilden.

Die makedonische Bewegung hat sich mit diesem Ziel keine geringere Aufgabe gestellt als die: an eine fast um zweitausend Jahre zurückliegende Vergangenheit anzuknüpfen und aus dem Schutt dieser zweitausend Jahre die Grundrisse des alten makedonischen Reiches freizulegen, um auf ihnen weiterbauen zu können.

Es ist ein eigenartiger Vorgang, daß ein Volk nach zwei Jahrtausenden der Fremdherrschaft sich auf seine Eigenstaatlichkeit besinnt, um hieraus Rechte an die Gegenwart herzuleiten und geltend zu machen. Es bestände jedoch auch heute keine makedonische Frage, wenn nicht eine griechische Frage einmal die Welt beschäftigt hätte. Zweckpolitik und Romantik ließen im Jahre 1830 aus dem morschen osmanischen Reich das Hellas der Antike wiedererstehen. Heute, nach hundert Jahren, weiß man — wenigstens in bezug auf die Wiedererweckung Griechenlands —, daß die Lebenskraft und Lebensfähigkeit der Völker es nur sind, die

zu einer Eigenstaatlichkeit berechtigen, und daß es nicht genügt, Staatsgrenzen festzulegen, um Völker wieder lebensfähig zu machen, die der Sturm geschichtlichen Geschehens einmal zerbrochen hat.

Die makedonische Frage ist die Folge einer Inkonzsequenz. Man konnte in der Londoner Konferenz von 1830 nicht einen griechischen Staat wiedererstehen lassen, ohne an Makedonien zu denken. Die Sonne Athens war längst im Sinken begriffen, als die Makedonier in die griechischen Staaten vorbrachen und diese in die Grenzen des makedonischen Reiches einbezogen. Die Makedonier haben die Hellenen, als deren Lebenskraft zur Neige ging, unmittelbar abgelöst. Beide, Griechen und Makedonier, erlagen dann gemeinsam den Anstürmen der aus dem Donauraum vordringenden Hunnen und der hundert Jahre später einfallenden Gallier und Römer. Makedonier und Griechen sind alsdann während eineinhalb Jahrtausend nur Volksstämme innerhalb des oströmischen Reiches gewesen und trugen, als das oströmische Reich zusammenbrach, vier Jahrhunderte lang die Herrschaft der Türken.

Das zwei Jahrtausende hindurch gemeinsam getragene Schicksal hätte zu einer gleichen Behandlung der beiden Völker in der Zuerkennung eines eigenstaatlichen Lebens berechtigt. Aus der Vergangenheit leuchtete aber nur die klassische Schönheit hellenischer Architektur, hellenischer Plastik und hellenischen Schrifttums in die Gegenwart. Die heroische Größe des Makedonierzuges nach Samarkand und Indien hatte nichts Bleibendes geschaffen. Darum stattete eine späte Welt ihren Dank für überkommene geistig-schöpferische Werte an die Nachfahren der Hellenen ab — und vergaß die Makedonier (wobei bemerkt sein muß, daß die Griechen während zweitausendjähriger Fremdherrschaft sich rassisch nicht besser zu erhalten vermochten als die Makedonier). Die bulgarischen Volksteile, die das Gebiet des antiken Makedoniens bewohnen und sich darum völkisch als Makedonier betrachten, empfanden den Beschluß der Londoner Konferenz erklärlicherweise als ein ihnen zugefügtes Unrecht: während Griechenland ein selbständiger Staat wurde, wenn auch vorerst noch unter der Schutzherrschaft Englands, Frankreichs und Rußlands, verblieb Makedonien unter türkischer Hoheit. Dieser Vorgang gebar die revolutionäre makedonische Bewegung.

Der Kampf der Bewegung um die Erlangung der Autonomie Makedoniens ist wechselvoll wie die Geschichte der Balkanstaaten selbst. Mit großem Geschick verstand es die Bewegung schon in ihren ersten Kampfzeiten, die politischen Strömungen auf dem Balkan sich zunutze zu machen. Eine weithin sichtbare Aktivität entfaltete die Bewegung erstmalig in den Jahren 1870, als die griechische Geistlichkeit, empört über die Schaffung einer von der griechischen Kirche unabhängigen nationalbulgarischen Kirche, die Türken gegen die Bulgaren aufzureizen begann. Es entspann sich ein Kleinkrieg, in welchem die Makedonier auf seiten der Bulgaren gegen den gemeinsamen Feind, die Türken, standen. Die Interessen der makedonischen Autonomisten wurden hierdurch jedoch nicht gefördert, da die von den Makedoniern und Bulgaren gemeinsam durchgeführten Aufstände nicht — wie von den Makedoniern erhofft — eine makedonische, sondern eine „bulgarische Frage“ schufen. Der englische Staatsmann Gladstone war es vor allem, der nunmehr die „bulgarische Frage“ einer Lösung zutrieb, die sie jedoch erst 1878 in der Schaffung eines selbständigen Fürstentums Bulgariens fand, nachdem die Türken im Kriege gegen Rußland unterlegen waren. Die Hoffnung der Makedonier auf Autonomie war wieder einmal enttäuscht worden: Makedonien verblieb der Türkei.

Die Makedonier schalteten sich nunmehr in die serbisch-bulgarischen Gegensätze ein, die zum bulgarisch-serbischen Kriege führten, der für die Makedonier ohne

jede Bedeutung blieb. Die bisherigen Mißerfolge der makedonischen Bewegung veranlaßten im Jahre 1893 die Gründung des ersten Zentralkomitees der makedonischen revolutionären Organisation unter der Initiative Dame Grueffs. Schon zehn Jahre später war aus dem entschlossenen Willen einiger zäher Führer eine Organisation erstanden, die ein vollkommenes Staatswesen in sich darstellte. Die Organisation verfügte über eine eigene Polizei, eigene Gerichtshöfe, eine eigene Miliz, eigene Schulen, eigene Zeitungen und ein eigenes Postwesen. Die Leitung der Organisation lag in Händen eines Komitees, das durch eine geheime Wahl zu seiner Aufgabe berufen wurde.

Der makedonische Aufstand vom 2. August 1903 in den Bezirken Skopje, Saloniki und Pirin bewies der türkischen Regierung die Stärke und Schlagkraft der Organisation, deren aktive revolutionäre Mitglieder auf die Zahl von 30 000 geschätzt wurden. In 203 Kämpfen hatten die türkischen Truppen über 5000 Tote; auf seiten der Aufständischen waren nur etwa tausend Tode geblieben. Die Niederwerfung des Aufstandes brachte der Organisation jedoch schwere Blutopfer durch das Strafgericht, das die Türken an den Mitgliedern der Organisation übten.

Der Aufstand, so verlustreich er auch für die Organisation verlief, brachte den Makedoniern zum erstenmal einen wirklichen Erfolg. Der Aufstand und das Strafgericht der Türken hatten endlich eine „Makedonische Frage“ geschaffen. Das Mitgefühl der ganzen Welt wurde wach. Überall bildeten sich Hilfskomitees, Sammlungen wurden eingeleitet, Bittgottesdienste wurden abgehalten und Hilfsexpeditionen in die von den Kämpfen heimgesuchten und schwer verwüsteten Gebiete Makedoniens entsandt. Selbst die sonst nicht zu rührende Diplomatie konnte angesichts des allgemeinen und außerordentlich regen Interesses an der makedonischen Frage nicht teilnahmslos bleiben. Kabinette, Kaiser und Könige wurden mit dem Problem beschäftigt. König Eduard VII. von England reiste zu Kaiser Franz-Josef, und nach ihm kamen Kaiser Wilhelm II. und einige Tage später Nikolaus II. nach Wien. Die Besprechungen hatten ein Reformprogramm zum Ergebnis, das den Makedoniern wohl einige Erleichterungen gegenüber den bisherigen Verhältnissen verschaffte, doch wurde das von den Makedoniern ersehnte Ziel — die Autonomie — nicht erreicht.

Der revolutionäre Kampf der Makedonier ging weiter. Sprengungen, Morde und Attentate zeichneten den weiteren Weg der Bewegung. Die Durchführung des Reformprogrammes wurde von den türkischen Behörden verschleppt, und es bedurfte erst der Besetzung Mytilenes durch ein internationales Flottenkontingent, um die Türken zu einer schnelleren Durchführung der eingegangenen Verpflichtungen zu veranlassen. Die Diplomatie war indessen durch den Gang der Ereignisse davon überzeugt worden, daß die Reformen keine Lösung der makedonischen Frage gebracht hatten. Wieder folgte — in den Augusttagen 1907 — eine Zusammenkunft von Kaisern, Königen, Kabinettschefs und Botschaftern. Eduard VII., Kaiser Wil-

helm II., der Zar, der Kaiser von Österreich, Aehrenthal, Tittoni, Clemenceau, Jules Cambon und Bülow bemühten sich bei dieser Gelegenheit um die Lösung der makedonischen Frage. Vor allem waren es England und Rußland, die, durch das wirtschaftliche und politische Vordringen Deutschlands in die Türkei mißtrauisch geworden, auf dem Wege über Makedonien ihren Einfluß auf dem Balkan zu stärken bestrebt waren. Ein englisch-russischer Reformplan, der auf die Autonomie Makedoniens hinzielte, lag bereits vor, als plötzlich am 23. Juli 1908 die jung-türkische Revolution ausbrach, die Regierungsgewalt an sich riß und die makedonischen Reformpläne gegenstandslos machte. Der Kampf der griechischen und bulgarischen Makedonier nahm jedoch an Erbitterung zu, da die Jungtürken die Minderheiten ihres Reiches zu ottomanisieren begannen und die Rechte des griechischen Patriarchats und des bulgarischen Exarchats einzuschränken suchten. Die Frage der makedonischen Autonomie wurde aber, trotzdem eine Kette von revolutionären Gewalttaten die europäische Welt beunruhigten, nicht mehr zum Gegenstand diplomatischer Verhandlungen gemacht. Europa hatte größere Sorgen: die Einkreisung Deutschlands begann den Weltkrieg einzuleiten.

Ganz unerwartet kam daher für die Makedonier ein Augenblick neuer Hoffnungen. Im Sommer 1912 verbündeten sich Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro gegen die durch den Krieg mit Italien in Bedrängnis geratene Türkei und erklärten dieser Ende Oktober 1912 den Krieg. Die Niederlage der Türkei führte im Frühjahr 1913 zur Londoner Konferenz, in deren Verhandlungen die makedonische Frage eine wesentliche Rolle spielte. Vor der Kriegserklärung an die Türkei hatten Serbien und Bulgarien einen Geheimvertrag geschlossen, der die Grundlage des serbisch-bulgarischen Militärbündnisses bildete. In diesem Geheimvertrag war die Gebietsteilung festgelegt, wie sie nach einem serbisch-bulgarischen Erfolge für die Türken vorgenommen werden sollte. Die Gebietsteilung umfaßte auch einen Raum, der als das eigentliche Makedonien gelten muß. Über diesen Raum entschied Artikel 2 des „Freundschafts- und Bündnisvertrages“ wie folgt:

„Was das Gebiet zwischen dem Schar, den Rhopoden, dem Ägäischen Meer und dem Ochrida-See anbelangt, so erkennt für den Fall, daß beide vertragschließende Teile die Schaffung einer abgeschlossenen autonomen Provinz aus Gründen von Interessen, die den serbischen und bulgarischen Nationalitäten gemeinsam sind, für unmöglich halten, Serbien Bulgarien das Land zu, das ... (folgt Teilungsplan).“

Wie aus dem Wortlaut des Geheimvertrages hervorgeht, war immerhin die Möglichkeit der Schaffung eines autonomen Makedoniens vorgesehen, wenn auch ersichtlich ein größeres Interesse hierfür beiderseits nicht bestand. Die ins Einzelne gehenden Abmachungen der beiden verbündeten Staaten konnten indessen nicht verhindern, daß die Sieger über die Teilung der Beute dennoch in Gegensätze gerieten, die schließlich zum zweiten Balkankrieg führten. Der Friede von Bukarest, der diesen Krieg beendete (10. August 1913), machte Serbien zum Herrn über den größten Teil Makedoniens.

Sogleich nach der Annexion der makedonischen Gebiete erließ die Belgrader Regierung eine Verfügung, das sogenannte „Reglement für die Sicherheit in den annektierten Ländern“. Dieses Dekret bedrohte jede aufrührerische Betätigung mit den schwersten Strafen. Gleichzeitig führte die serbische Regierung einen Entnationalisierungs-Feldzug gegen die Makedonier durch, die in ihrer überwiegenden Zahl gute Bulgaren waren. Die weitere Entwicklung der makedonischen Bewegung wurde jäh unterbrochen, als die Schüsse eines Serben die Welt in Brand setzten. Wieder schien für die Makedonier die große Zeitwende gekommen, die ihre Hoffnungen erfüllen sollte.

Trotzdem Bulgarien guten Grund hatte, sich gegen den treulosen Verbündeten von 1913 zu wenden, trieb es abwartende Politik. Erst ein volles Jahr nach Ausbruch des Weltkrieges stellte Bulgarien sich auf die Seite der Mittelmächte. Nicht zum wenigsten war diese Entscheidung eine Folge verfehlter Entente politik. Die Entente hatte verabsäumt, Bulgarien eine Wiedergutmachung des Bukarester Friedens anzubieten. Nun war Bulgarien entschlossen, den Verlust von 1913 durch die Waffen wiederzugewinnen. Es handelte sich hierbei um das Gebiet Makedoniens.

Der Ausgang des Weltkrieges vernichtete zugleich mit der politischen Geltung Bulgariens auf dem Balkan auch die Hoffnungen der Makedonier. Denn Serbien, das sich dem Gedanken einer Autonomie Makedoniens stets widersetzt hatte, war ein starker Staat geworden, an Ausdehnung fast dreimal größer als Bulgarien, und stützte sich auf Bündnisse und politische Freundschaften mit den stärksten Militärmächten Europas. Die makedonischen Minderheiten in dem neugeschaffenen Jugoslawien begannen daher bald nach Kriegsende ihre Interessen mit denen Bulgariens zu verbinden. Sie rechneten damit, daß der Verlust der makedonischen Gebietsteile Bulgariens an Jugoslawien eine unüberbrückbare Gegenschaft zwischen diesen beiden Staaten aufrichten würde. Die bulgarische Politik glaubte in der Tat lange Jahre, der makedonischen Bewegung nicht entraten zu können, da es im Wesen der makedonischen Organisation lag, die Weltöffentlichkeit und insbesondere Jugoslawien selbst ohne Unterlaß zu beschäftigen und an das „Unrecht an Bulgarien“ zu erinnern. Die Makedonier, die in großer Zahl in den Jahren nach dem Weltkriege aus Jugoslawien nach Bulgarien auswanderten, fanden dort offene Aufnahme und gelangten zum Teil in die maßgeblichsten Staatsstellen. Die IMRO, durch den starken Zuwachs gekräftigt, wurde mehr und mehr zu einem politischen Instrument, das nicht nur Jugoslawien ständig bedrohte, sondern auch Bulgarien selbst als Staat im Staate zu beunruhigen begann. Die große Demonstration in den Straßen von Sofia am 15. April 1923 war für Bulgarien eine ernste Mahnung zur Vorsicht.

Die Makedonier hatten, indessen die Völker auf dem Balkan, erschöpft von den Erschütterungen des Krieges, Mühe hatten, sich in die politische und wirtschaftliche Neuordnung der Dinge zu fügen, die Zeit genutzt, um ihre Geheimorganisation, die IMRO, den neuen Verhältnissen, Aufgaben und Zielen anzupassen und

ihrem Zuwachs entsprechend auszubauen. Die Organisatoren der IMRO teilten das bulgarische und serbische Gebiet Makedoniens in Kreise, von denen jeder ein Geheimkomitee und einen Oberführer der bewaffneten Miliz besaß. Die Kreise teilten sich in Bezirke und diese wieder in Gemeinden. Die Leiter der Organisation wurden von geheimen Generalkongressen gewählt. Ein Zentralkomitee vereinigte in sich die oberste Gewalt der Organisation, deren Mitglieder einem unbedingten Gehorsam unterworfen waren. Ein revolutionäres Gericht urteilte über alle Verbrechen gegen das Leben, gegen Ehre und Besitz der Mitglieder und über Vergehen gegen die Satzungen der Organisation und gegen die Weisungen der Führer. Die Strafgerichtsordnung der IMRO sah sowohl Ermahnungen und Geldstrafen wie die Bastonnade und die Todesstrafe vor. Die Organisation konnte sich dank ihrer straffen und kompromißlosen Führung einer mustergültigen Disziplin erfreuen, die ihr erlaubte, mit immer größerer Sicherheit aufzutreten. Eine Kette von Gewalttaten, zum Teil durch Provokationen veranlaßt, kennzeichnen die Aktivität der Organisation in den Jahren nach dem Kriege. Unvergessen ist in Südslawien noch der Überfall auf das serbische Kolonistendorf Kadrafakowo in der Nacht vom 16. auf den 17. Januar 1923 durch makedonische Freischärler (Komitatschis), bei welchem das Dorf in Flammen aufging und zwanzig serbische Bauern getötet wurden. Unvergessen ist aber auch bei den Makedoniern die Erschießung von 28 bulgarisch-makedonischen Bauern im serbischen Dorfe Garwan.

Die Tätigkeit der IMRO erschöpfte sich aber keineswegs im Kleinkrieg, sondern wandte sich auch der großen Politik zu, indem sie sich in aller Form auf der Lausanner Konferenz im Oktober 1922 vertreten ließ, um in einem Memorandum eine offizielle Kundgebung vor aller Welt zu veranstalten und die Schaffung eines autonomen makedonischen Staates unter dem Schutz des Völkerbundes verlangte. Im September 1924 wandte sich das Zentralkomitee der IMRO unmittelbar an den Völkerbund mit einer Denkschrift, in welcher die illegale Tätigkeit der IMRO mit der Nichterfüllung der Verträge zum Schutze der Minderheiten und dem Mangel an Rechten und Freiheiten für die makedonische Bevölkerung begründet wurde.

Die Politik ist jedoch über die makedonische Frage hinweggegangen. Nicht der Völkerbund oder irgendein Gremium der alles vermögenden Großmächte hat sich mit ihr beschäftigt. Die makedonische Frage wurde jedoch von einer Seite aufgegriffen, von der die Makedonier am wenigsten eine Initiative erwartet, und in einem Sinne, wie sie ihn noch unlängst nicht für möglich gehalten hätten. Bulgarien selbst opferte im Sommer 1934 die makedonische Bewegung zugunsten einer Versöhnungs- und Freundschaftspolitik mit Jugoslawien. Die Regierung Georgiew verbot kurzerhand die gefürchtete Organisation, beschlagnahmte ihre Waffen und setzte die Führer der Organisation in Staatsgefängnissen fest. Nur dem Haupt der IMRO, Iwan Michailow, gelang es — ob mit Wissen und Beihilfe der bulgarischen Regierung oder ob zu deren Überraschung, ist nicht aufgeklärt —, in die Türkei

zu entfliehen. Mit dieser Flucht und der Auflösung der IMRO scheint die makedonische Bewegung aber keineswegs vernichtet zu sein. Die Schüsse auf den jugoslawischen König in Marseille haben den Namen IMRO wieder vor aller Welt aufleuchten lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die zerschlagene IMRO dem Weltfrieden gefährlicher wird als die legale, denn die Taktik der Restgruppe von revolutionären Makedoniern scheint nunmehr zu sein, durch aufsehenerregende und in die politischen Verhältnisse tief eingreifende Anschläge die politische Ordnung zu stören, um inmitten entstehender Wirren endlich doch noch an das heißerkämpfte Ziel zu kommen: die Grenzpfähle eines freien makedonischen Staates in serbische, bulgarische und griechische Erde schlagen zu können.

„Sloboda ili smrt“ — „Freiheit oder Tod“ ist die Losung der IMRO. Für Kompromisse läßt dieses Wort keinen Raum. Es steht da als eine Drohung im friedlosen Europa, für das die makedonische Frage nicht erloschen ist, weil deren Dynamik fortwirkt, auch wenn man den Rahmen zerbrochen hat, den die Idee sich um ihres praktischen Wirkens willen geschaffen hatte.

ALBRECHT HAUSHOFER:

Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Es gibt Monate, in denen der Berichterstatter sein Bild zusammensetzen muß in der Art mühseliger Mosaikarbeit, Steinchen für Steinchen, Zug für Zug. Der Februar 1935 macht es dem Berichterstatter leicht. Die politische Bühne gliedert sich in einzelne Schauplätze und klar deutbare Handlungen; die wichtigsten Spieler auf bewegtem Boden werden klarer sichtbar als sonst. Die Übergabe der Polizeigewalt an der Saar ist ein ebenso klares Zeichen wie die Verschiffung italienischer Truppen nach Ostafrika. Am 1. März ist mit der Rückkehr des Saargebiets unter die Hoheit des Deutschen Reichs ein fünfzehnjähriger Konflikt beendet; mit dem Landen italienischer Truppen (zum Monatsende schon in einer Stärke von 150 000 Mann) in Somaliland und Erythräa wird aller Wahrscheinlichkeit ein neuer begonnen, dessen Ende unabsehbar ist, dessen Rückwirkungen sich auch der Berechnung derer entziehen, die ihn heute vom Zaune brechen. Schneller als erwartet, haben sich die schärfsten Deutungen des französisch-italienischen Abkommens bestätigt. Was heute von Italien vorbereitet wird, ist mehr als ein Versuch zu günstiger Grenzregulierung, mehr als eine „Strafexpedition“; es ist — zwischen Völkerbundsmitgliedern, das Ansetzen eines „Mandschureiunternehmens“ in Afrika. Die Japaner wissen, wie man dergleichen beginnt; sie haben in Rom diplomatische Vorstellungen erhoben. Werden sie mehr erreichen, als die Vorstellungen der Westmächte und des Völkerbundes beim Einmarsch der Japaner in der Mandschurei erreicht haben? Italien ist nicht Japan, Abessinien ist nicht die Mandschurei...

Was läßt sich geopolitisch zu dem italienisch-abessinischen Konflikt hervorheben?

Wir haben einiges schon in früheren Berichten betont, und können uns daher kurz fassen. Abessinien ist nicht, wie die Mandschurei, ein Land gemäßigt-kühlen Klimas, mit einer großen Ebene als Zentralachse des Landes, einer stattlichen Anzahl von Bahnen und Straßen und einer im großen und ganzen friedlichen Bevölkerung, die gute Verwaltung zu schätzen weiß, von wem sie auch ausgeübt werden möge. Der Kern Abessiniens ist wildes subtropisches Bergland, wechselnd zwischen Wald, Savanne und Dornsteppe, schwer gangbar, mit einer einzigen, leicht zu unterbrechenden Bahn und so gut wie keinen Straßen. Bewegtes Relief mit tief eingeschnittenen Tälern, steile Berge und Tafelränder erschweren das Fortkommen. Dazu ein Klima, das auch dem Südeuropäer schwere Aufgaben stellt, und eine Bevölkerung, die zu den tapfersten, wildesten und fremdenfeindlichsten der Erde gehört. Was der abessinischen Armee an modernen Waffen fehlen möge — und das ist weniger, als allgemein geglaubt wird — wiegt unter diesen Umständen nicht allzu schwer. Erinnert man sich der Zeit, Mühe und Kosten, die von den Italienern aufgewandt werden mußten, um mit den Senussi Tripolitaniens und der Cyrenaica fertig zu werden, der langjährigen Schwierigkeiten, die von den Rifkabylen der erprobten afrikanischen Militärmacht Frankreichs (und Spaniens) bereitet wurden — dann wird man schwerlich an einen militärischen 'Spaziergang der Italiener in Abessinien glauben. So kann es am Roten Meer zu einem langen und verlustreichen Konflikt kommen, der für manche Machtverlagerung, für manche Schauplatzverlegung Möglichkeit bietet. Alles, was in und um Abessinien geschieht, verdient von Europa her die gleiche sorgfältige Beobachtung, die von Asien her erfolgen wird: von Japan, von Indien, nicht zuletzt von der Sowjetunion.

Gegenüber dem Abessinienkonflikt tritt der Chacokrieg in den Hintergrund, trotzdem gerade dort jetzt Entscheidungen fallen müssen: Gelingt den Paraguayern die Eroberung von Villa Montes mit seinen Wasser- und Petroleumquellen, werden die Bolivianer endgültig in die Berge Richtung Tarija zurückgeworfen, dann ist für Paraguay ein entscheidender Abschnitt des Kampfes erreicht. Gelingt die Eroberung von Villa Montes nicht, dann verlängert sich der Krieg ins Unabsehbare. Auch hier aber bleiben geographische Tatsachen von entscheidender Bedeutung: Keine zahlenmäßige Überlegenheit der Bolivianer hat die Klimagewöhnung der Paraguayer ausgleichen können. Verlegt sich der Kampf in die höheren Lagen des Gebirges — dann freilich würden alle Kampfwerte eine plötzliche und entscheidende Umkehrung erfahren.

Ein Vorgang von symptomatischer Bedeutung, ernsthaft nicht in sich selbst, sondern als Beweis veränderter Haltungen, hat sich zwischen Mittelamerika und Nordamerika abgespielt. Das mit fünf zu vier Stimmen abgegebene Urteil des Obersten Gerichts der Vereinigten Staaten über die Goldklausel hat der Regierung in Washington nur zum Teil recht gegeben (freilich in einem weiteren Ausmaß, als zunächst vermutet werden konnte). Die innerpolitischen und finanzpolitischen

Wirkungen aufzuzeigen ist nicht unsere Sache. Wohl aber ist es für geopolitische Betrachtung wichtig, zu wissen, daß die Möglichkeit des Rückgriffs auf die Goldklausel für Ausländer juristisch offengeblieben ist. Wer bedient sich nun als erste öffentliche Stelle dieser Möglichkeit und wagt es, der Regierung in Washington einen Scheck mit dem Verlangen entsprechender Aufwertung zurückzuschicken? Die Regierung von Panama! Wäre ein solcher Vorgang zu Zeiten von Coolidge, Wilson oder gar von Theodore Roosevelt möglich gewesen? Man beginnt die Sorge maßgebender englischer Staatsmänner zu verstehen, die sich fragen, wieweit man sich auf eine feste Haltung der Vereinigten Staaten in Ostasien verlassen könne, wenn schon im karibischen Bereich die Kleinstaaten beginnen, Uncle Sam an der Nase zu kitzeln. Empiresorgen kommen dazu. Die überraschende Stellungnahme der indischen Fürstenkammer zu dem indischen Verfassungsgesetz, die Spaltwirkung der Indiangesetzgebung auf die konservative Partei in England selbst (wo die Familie Churchill durch ihr regierungsfeindliches Eingreifen der Arbeiterpartei einen sicheren konservativen Sitz in der Wavertree-Nachwahl verschafft hat); die ablehnende Haltung einiger Dominien, wie z. B. Südafrikas, zu lebenswichtigen Fragen der Reichsverteidigung gehören hierher. Das Recht der Dominien, sich von europäischen Konflikten Englands fernzuhalten, ist alt und immer wieder bestätigt (vgl. Locarno). Es ist neuerdings feierlich wiederholt worden. Aber die südafrikanischen Vergleiche der Flotten- und Flugbasis Simonstown mit Gibraltar (wobei der Gedanke im Hintergrund steht, daß sich Südafrika zu Simonstown verhalte wie Spanien zu der Festung am Eingang des Mittelmeers) sind für die Träger des Reichszusammenhangs immerhin schmerzlich. Die Kommission der „Services“, die zur Zeit das Empire bereist, um die Reichsverteidigung überall zu überprüfen und nach Kräften zu modernisieren, hat keine leichte Aufgabe vor sich.

Um so verständlicher ist der Wunsch der britischen Regierung, auf dem größten und wichtigsten Gebiet diplomatischer Arbeit, der friedlichen Neuordnung Europas, zu gütigen, auch in einem Wahlkampf verwertbaren Erfolgen zu gelangen. Nach einem langen Zeitraum völliger Untätigkeit, der im April 1934 mit der brüskten französischen Ablehnung aller Vorschläge begann, hat die englische Regierung zu groß angelegter Mittlertätigkeit ausgeholt. Als konkretes Ergebnis der bisherigen englisch-französischen Besprechungen steht der Vorschlag eines westeuropäischen Luftpaktes vor uns, der von allen befragten Regierungen begrüßt worden ist, und allerdings geeignet wäre, für Westeuropa ein System kollektiver Luftverantwortlichkeit zu schaffen, das wesentliche Gewähr für die Erhaltung des Friedens bedeuten könnte. In wenigen Tagen kommt der britische Außenminister nach Berlin, um den gesamten Komplex europäischer Fragen mit der Deutschen Reichsregierung durchzusprechen. Die Einordnung des Deutschen Reiches als gleichberechtigten Trägers uneingeschränkter staatlicher Hoheit in eine europäische Ordnung, deren Wandlungsfähigkeit mit friedlichen Mitteln keinem irgend-

wie gearteten Paktsystem geopfert werden darf — darin liegt Sinn und Ziel dieses Besuchs.

Starke und plötzliche Aktivität der Sowjetunion auf diplomatischem Feld, verbunden mit aufsehenerregenden Reden über die Stärke ihrer militärischen Mittel, vor allem über ihre Flugwaffe, zeigen an, daß die Sowjetunion eine wirkliche Konsolidierung West- und Mitteleuropas ungern sähe. Das starre Paktsystem Barthous (in alten Zeiten nannte man dergleichen Koalitionen) wäre dem Kreml lieber als jene zugleich friedliche und bewegliche Ordnung, die den britischen Staatsmännern vorschwebt. Und die Sowjetregierung findet willkommene Verbündete in Prag, wo eine in sich unsichere Regierung vor Neuwahlen steht und noch weniger als sonst in der Lage zu sein scheint, die gefährlichen und im letzten Ziel den eignen Staat gefährdenden Bewegungen ihres „ewigen“ Außenministers zu zügeln.

Nach diesem kurzen Überblick über das große Feld der europäischen Außenpolitik bleibt noch einiger Sondergebiete Erwähnung zu tun.

Die Haltung der litauischen Regierung gegenüber Memel beweist, daß die volle Erkenntnis der sich vollziehenden europäischen Entwicklungen in Kowno noch nicht gereift ist. Rund um Bulgarien kreist eine Zone verstärkter Nervosität der Nachbarn, die durch die fortgeführte Ausweisung der bulgarischen Siedler in Türkisch-Thrakien ebensowenig gemindert wird, wie durch die griechischen Rüstungen, deren Beschleunigung schon durch das türkisch-griechische Freundschaftsabkommen vorbereitet und vorgesehen war. Südslawien steht vor einer Neuwahl, die ebenso gewiß eine Bestätigung der Regierung bringen wird, wie es die portugiesische Präsidentenwahl getan hat. Die Dauer staatlicher Sicherheit und wirtschaftlichen Aufschwungs (die sich auch in stärkerem Interesse für das große, lange Zeit ganz vernachlässigte Kolonialreich äußert), in der Portugal unter Carmona und seinem Ministerpräsidenten Salazar lebt, verdient Beachtung, wenn man sich das innere und äußere Schicksal des Landes seit 1908 vor Augen hält.

Störungen in Nordafrika, vor allem in Algerien, haben in Frankreich dazu geführt, daß man besorgte Fragen nach der Sicherheit dieser wichtigen Herrschaftsgebiete stellt. Wirtschaftliche Not vor allem der eingeborenen Landwirtschaft verbindet sich mit mohammedanischem Groll, und wendet sich nicht nur gegen die jüdisch-levantinische Zwischenschicht, sondern auch gegen die französische Regierung. Im Hintergrund steht die Frage: Wie lange werden die nordafrikanischen Truppen unbedingt zuverlässig sein?

Kleinere Störungen im arabischen Randbereich seien nur kurz notiert; sie reißen nie ganz ab; wichtig werden sie — genau wie im Weltkrieg — erst in dem Augenblick, wo größere Mächte gegeneinanderstehen. Ob die Welt — sechzehn Jahre nach dem Ende des letzten Weltkrieges — für größere Konflikte schon wieder reif ist — darüber werden die Verhandlungen dieses Jahres positiv oder negativ entscheiden.

Freilich nur für den europäischen Bereich. Die große pazifische Zukunftsfrage bleibt offen bis zum Abschluß der kommenden Konferenz der Weltmächte, auf der über Asien und den Pazifik entschieden werden wird. Auf diese Konferenz bereitet das amerikanische Flotten- und Luftprogramm ebenso vor wie das japanische oder die Neuorganisation der englischen Reichsverteidigung. Die russische Land- und Luftrüstung hat ein doppeltes Gesicht: ein asiatisches und ein europäisches. Welches für die nächsten Jahre das herrschende sein wird, darüber freilich entscheidet ebenso sehr wie der Ausgang der Pazifikverhandlungen die Fähigkeit oder Unfähigkeit Europas, das eigene Haus zu gestalten.

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Immer noch gibt es im Bereich der mitteleuropäischen Erdkundevertretungen Männer aus Vorkriegszeiten, die sich der seinerzeit in Breslau so scharf von R. Sieger umrissenen geopolitischen Forderung entschlagen möchten, daß gerade die Wissenschaft von der Erde und vom Raum die Pflicht habe, nicht nur das Vergangene zu beleuchten und zu erklären, sondern — eben mit der Geopolitik — den Mut zur Vorherkündung (Prognose), zur weltpolitischen Vorausschau zu entfalten. Wird sie nicht von der Erdkunde aus wahrgenommen, dann geht eben diese Pflicht mit der Geopolitik in die Hände anderer, zur Aufnahme sehr bereiter Arbeitsgebiete des Wissens vom Staat unter Staaten über; die Geographie bleibt dann hinter einer Forderung der Zeit zurück, und die Hälfte ihres Bestandes an Lehrkräften könnte für die Erziehung zum politischen Menschen überflüssig werden.

Wenn es im Indopazifischen Bereich große Bewegungen gibt, die sich lange der rückständigen und statischen Betrachtungsweise der politischen Geographie alten Stils nachweislich entzogen haben, für die ihr erst die Geopolitik die Augen öffnete und die heute von höchster weltpolitischer Bedeutung sind, so gehören dazu der Gebrauch der panasiatischen Bewegung durch Japan und die Sowjets und das Aufziehen sowie die Bahnverlagerungen des nordpazifischen Seegeltungsgewitters.

Daß die Sowjets die in eurasiatischen Dingen bestinformierte Macht sind und deshalb mit ihrer Einflußerweiterung zu Genf einen gewaltigen Machtvorsprung vor dem europäischen Westen gewinnen, das ist ihnen eben erst durch ihre Rückversicherungsgebiete innerhalb des Balkans und der Kleinen Entente bestätigt worden, vom Nahen Osten ganz zu schweigen. Diese großasiatische Auswirkung fällt mit einem Schlagschatten also tief in den Atlantischen Bereich. Aber das Gegenfeuerchen, das Japan anzündet, das seine Führer, bei Bismarck vorführend, schon diesem vor vielen Jahren als Ergänzung seiner Russenpolitik an-

boten, das ist rein pazifischer Herkunft und echt ostasiatischen Stils. Dennoch greift es weit herüber nach Westen. Aber Chiang-Kai-Shek fährt nach Osten!

Wie sehr man das innerhalb der indopazifischen Vorposten des Britenreichs von Singapore und in seiner indischen Zitadelle empfindet, das mögen Mißtrauische aus einem indischen Bericht des „Manchester Guardian“ (18. 1. 1935: „Japanese and Asia“) entnehmen, der dem ersten Jahresbericht der „Dai Aija Kyokai“ (Groß-Asien-Gesellschaft) in Tokio mit ihren 10 Beiräten, 17 Treuhändern und 19 Sekretären, sämtlich Japanern, gewidmet ist.

Hauptziele: den japanischen Nationalismus mit großasiatischen Ideen zu durchdringen und ihm die wahren Daseinsbedingungen der anderen Länder Asiens beizubringen, japanische Kultur zu verbreiten und die Zustände der Mandschurei asiatischen Ländern vertraut zu machen; die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und den Gebieten des Nahen Ostens zu studieren! Wie „die Zustände der Mandschurei andern Asiaten vertraut gemacht werden sollen“, das besagt die Feststellung, „daß die Aufrichtung von Manchukuo nur der Anfang revolutionärer Wandlungen in der Weltgeschichte sei“, in der es „Japans Berufung sein würde, Oberherr, Führer und Leiter der Einigung Asiens zu sein“, so daß die künftige Entwicklung in einen „Paneuropäismus, Panasiatismus, Pansowjets und Pananglosaxonismus münde“. Dazu braucht man zuerst China.



Darin liegt zweifellos eine großartige Vereinfachung der Raumverteilung auf Erden, die aber immerhin, wie man den Berichten entnehmen kann, mit Unbefangenheit und Zielstrebigkeit angegangen werden will.

„Die natürlichen Hilfsquellen von Manchukuo genügen nicht für die Bedürfnisse Japans, aber sie können aus denen Nordchinas ergänzt werden“, meinte General Itagaki vor einem größeren Hörerkreis. Dabei wären natürlich die gegenwärtigen chinesischen Regierungsverhältnisse mit dieser Sorte Panasiatenbewegung nicht zu vereinigen, „obwohl ein Zusammenstoß zwischen Japan, England und Amerika dieserhalb unvermeidlich sein werde, weil diese beiden die Stützen der Kuomintang seien“. Ein indischer Presseemann des „Jung-Asien-Bundes“ versprach die Weiterverbreitung der japanischen Panasiatenbewegung unter die 360 Millionen Indiens. Vertreter von Indien, Birma, Afghanistan, Türkei, Persien,

Siam, Annam, Indonesien, Philippinen, China, Manchukuo, Mongolei und Zentralasien, ferner unter den Ehrengästen General Araki gaben dem Programm höhere Weihe. Bittere Worte fielen über den Einfluß des Westens auf die ehemalige Pracht Asiens und die bösen Praktiken, die den einstigen Glanz des Ostens beseitigt hätten. „Wiederaufstieg zu Freiheit und Gerechtigkeit“ aus der jetzigen „Auflösung, Zerfahrenheit, Unkenntnis, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung“ wurde als Ziel gesetzt. Auch Frankreich bekam seine Verurteilung durch einen Anamiten in fließendem Japanisch, während der Malaie nicht verstanden wurde und das Gesamtergebnis allen Teilnehmern englisch vorgetragen werden mußte, „um alle des wahrhaft panasiatischen Geistes teilhaft werden zu lassen“, wie der Korrespondent aus Delhi boshaft schrieb, der diese Tatsache von Indien her eigentlich gewöhnt sein konnte. Denn tatsächlich bedürfen die Panasiaten im Stil Tokio des Englischen, die im Moskauer Stil des Russischen, um einander zu verstehen. Aber das hindert nicht, daß sie die Sprachen ihrer unbeliebten Herren und Gegner beim Ausbreiten von propagandistischem Sprengpulver verwenden!

Englisch ist ja auch die schärfste Verurteilung des indischen Verfassungsentwurfs gehalten, die von dem indischen Arbeiterführer N. M. Yoshi stammt. Er sah gewiß mit den Augen soziopolitischer Mißgunst, aber er verkannte dabei nicht die großen geopolitischen Verlagerungen und Hemmungen, die vom Standpunkt der britischen Reichserhaltung mit Meisterhand darin angebracht sind. Dazu gehören: 1. die Machtverlagerung nach den großen Teillandschaften und Fürstenstaaten; 2. die Stärkung der Mächte des Beharrens trotz einer Erweiterung des Wahlrechts von rund 3% der Bevölkerung auf 14%; 3. die Verfestigung der Stellung des Besitzes, nicht nur durch die Fürstenvertreter, sondern auch durch die zweiten Kammern in der Zentrale und den fünf wichtigsten Provinzen; 4. die Zurückschneidung des reinen Volkstribunats und Klassenkampfelements auf nur 38 von rund 1600 Sitzen in den Provinzial-Gesetzgebungskörpern und nur 10 im Zentralunterhaus bei indirekten Wahlen.

Rassen- und Religions-Rückhaltbestimmungen, dann das Einspruchsrecht der eben durch alte Verträge geschützten Fürstenstaaten hält Yoshi für weitere, fast unübersteigliche Hindernisse künftiger Entwicklung und Demokratisierung; er muß aber selbst zugeben, daß die Schuld für deren Notwendigkeit mehr noch auf Indien als auf die Briten fällt, und daß diese nicht gut anders zu einem Anfang kommen konnten.

Aber die gewiß nicht von Wohlwollen diktierte, dennoch maßvolle Kritik eines der schärfsten indischen Arbeiterführer ist — gerade wegen dieser Hochspannung dem Verfassungsversuch gegenüber — vielleicht unter vielen, zum Teil in Heft II/35 gesammelten indischen Urteilen von besonderem geopolitischen Wert.

Der ebenfalls in Heft II erwähnte erfolgreiche Einzelflug einer Frau von Honolulu-Hawaii nach Oakland-Bucht von San Franzisko hat begreiflicherweise

auch die wehrpolitische Betrachtung der transpazifischen Flugwege neu belebt. Die Abschlußvorbereitungen der Pan-American-Airways haben den japanischen Wunsch zu einer Gegenunternehmung beflügelt. Langjährige Studien sind den Entscheidungen zwischen der nahen, aber nebelumrauchten nordpazifischen und der meteorologisch ungleich sichereren, wenn auch weiteren südpazifischen Flugstrecke vorangegangen. Aber wenn auch der Aljutenweg mit seiner Nebelhäufigkeit wahrscheinlich zurückstehen muß hinter dem südlichen Weg über Honolulu (rund 3360—3400 km vom nächsten Punkt der kalifornischen Küste) nach Guam (5100 km), gemildert durch Zwischenlegen von Wake oder Midway, von Guam nach den Philippinen (1600 km) und Hongkong (1100 km) (mit Anschluß an die bereits von den Pan-American-Airways beflogenen 4200 km fernöstlicher Flugstrecken in China): die Wehrwichtigkeit des nördlichen russenbeschützten Nahwegs bleibt; sie wird durch die nordpazifischen Flottenübungen nur erneute Bedeutung gewinnen. Die neuen Transportflugzeuge werden etwa 4800 km Schlagweite mit einem Flug haben, also beim Zwischenschalten von Midway oder Wake jetzt schon der Aufgabe an sich gewachsen sein, was natürlich das japanische Luftsicherheitsgefühl nicht erhöht.

Von Wladiwostok zur Linie Tokio-Osaka-Fusan sind rund 2000 km Flugweite; das heißt, daß solche Flugzeuge nach vollbrachtem Werk und Rückflug noch 800 km Umwegspielraum hätten!

Inzwischen ist von Japan aus, das über die wirklichen Kraftverhältnisse seiner Umwelt genau im Bilde ist, in einer großen Rede des Außenministers Hirota China, den Sowjetbünden und den Vereinigten Staaten Zuckerbrot gereicht, England sogar in einer besonders lebenswürdigen Form gezeigt worden, China allerdings auch durch die Grenzabrundungskämpfe in Chahar die Peitsche. Mit der Peitsche ist freilich in der Äußeren und Inneren Mongolei immer regiert worden, ob es nun in Urga die Nagaika der Kosaken oder die wenig veränderte der Roten Armee war oder in Jehol, Chahar oder Ninghsia eine chinesische oder mandschurische. Japan arbeitet nicht mit ihr, aber doch auch mit eindringlichen Mitteln.

Das zuletzt für alle Beteiligten ärgerliche Geschäft des Ankaufs der früher ostchinesischen, neuerdings nordmandschurischen Bahn durch Manchukuo mit dem von Japan vorgestreckten Geld ist inzwischen „perfekt“ geworden. China hat formhalber Protest dagegen eingelegt. Ernsthaft werden zwischen Japan und Sowjets beiderseits entfestigte und rüstungsleere Pufferzonen erwogen. Die Sowjetisierung Sinkiangs, des früheren chinesischen Turkestan, schreitet fort; die angeblich so oft besieigten, aus den südchinesischen Küstengebieten langsam tatsächlich verdrängten Roten Heerscharen ziehen sich in das Innere zurück (siehe S. 113, Heft II, 1935). Kräfte der Nankinger Ordnung können ihnen nur mit kostspieligem und langfristigem Verkehrsaufwand (Autostraßen) folgen. Japan und Nanking wissen genau, daß es bei dem heutigen Verkehrszustand trotz gelegent-

licher Fliegerei von Heerführern und ihrer Damen jahrelang dauert, bis allein Szechuan befriedet werden kann, und daß wehrpolitisch dort, in Kansu, an der tibetischen Grenze und in Sinkiang Millionen von Menschen und Milliarden von Dollars, Yen und Tscherwonzen versenkt werden können, ohne daß sich das Unordnungsniveau wesentlich ändert. In Tibet kommen dann auch noch Pfunde und Rupien, in Yünnan Franken hinzu; und niemand weiß in Nanking genau, zu welchem letzten Ende sie ins Gewicht fallen werden. Solche Lagen machen im Fernen Osten, im Gegensatz zum Westen, die Regierenden verhandlungsreif.

Kompromißlösungen und Teilabschlüsse werden freilich China viel „Gesicht“ kosten. Daß Außenministerreden vor bitter grollenden, aber eingeschüchterten Volksvertretungen Weltlagen in rosigem Lichte zeigen, wie die Hirotas, ist man gewohnt. Wichtiger ist, daß er seine Silberstreifen am Sehkreis hinspielen lassen konnte, ohne das Schicksal Inukais und Wakatsukis zu erleiden. In dem Angebot vollkommener Gleichberechtigung und Rüstungsgleichwertigkeit in der Theorie bei praktischer Einschränkung und Zurückhaltung liegt eine große Idee; scheitert sie, so ist die Verantwortung den Vereinigten Staaten zugeschoben. Der Gedanke, daß die japanische und die usamerikanische gesamte See- und Luftmacht in diesem Frühjahr und Sommer in demselben nordpazifischen Manövergelände alle ihre Schiffe und Flugzeuge tummeln, flößt vielen jenes begreifliche Unbehagen ein, das der „Simplizissimus“ in der klassischen Zeichnung verkörperte, in der er einen sehr typischen nordamerikanischen und ostasiatischen Neptun mit je einem Dreizack und dem Vorschlag zeigt: „Könnten wir die Sache nicht gleich im Ernst probieren.“

Welche Folgen kann der einzige, berühmte, scharfe Schuß haben!

Einige mögliche Begleitumstände: Bolschewisierung weiter Gebiete Asiens; gigantische Streiks in USA.; ganze Bankbruchreihen weltüber mit Wirtschaftseinstürzen im Stil von Kartenhäusern bei Taifunen oder Hurrikans; Mord und Brand auf den Philippinen, in Hawaii, in Nordchina, Manchukuo, ganz Innerasien fanden offenbar keinen Platz mehr auf dem Bilde; wohl aber finden sie ihn zum Glück in den Seelen der verantwortlichen Staatsmänner. Der Fernblick auf sie verdichtete sich in britischen Zeitungen bis zu dem ernst gemeinten Vorschlag, lieber die Alte Welt jenseits der Schanze von Singapur und der indochinesischen Grenzgebiete Japan zu überlassen und großzügige Flurbereinigungen mit ihm anzustreben. Ganz hat man in Japan „unsere ehemaligen Verbündeten“ (Hirota), ganz in England die Zeiten des guten Geschäftsgangs während des „Bundes der beiden Inselreiche“ nicht vergessen; trotz der kostspieligen Blutverbindung mit den Vereinigten Staaten.

Auch diese „Reminiszenzen“ haben noch Vertreter im Vereinigten Königreich, sogar in einzelnen Dominien; nur in Indien nicht. Smuts bekämpft sie.

Vom Standpunkt der Inder aus ist es begreiflich, daß sie es ungern sehen würden, wenn das Britenreich sein indisches Verfassungswerk möglichst druckfrei in Betrieb setzen könnte. England hat im Gegensatz dazu das höchste Interesse

an einer Beruhigung der Weltlage. Das hat seine Rückwirkungen auf die drei Mächte der Erneuerung, die naturgemäß mehr für Unruhe sein müssen: Deutsche, Japaner, Italiener.

Italien hat als erstes die Gelegenheit wahrgenommen und immerhin beträchtlichen Raumerwerb in Afrika (145 000 qkm) und eine gewisse Handlungsfreiheit seinem dunklen Nachbarn Äthiopien-Abessinien gegenüber ins Trockene gebracht. Wie schwer es ist, Japan allein unter Druck zu setzen, haben die großen Mächte erfahren; sie haben so viel Pressung dafür verbraucht, daß es dem innerlich neu gestärkten Dritten Reich inzwischen gelungen ist, aus den am meisten würgenden Schlingen heraus zu schlüpfen.

Verständigen sich nun Deutsches Reich und Japan über ihre Mindestforderungen der Rüstungsgleichheit, ehe sie wieder an das Clearing-Haus in Genf, ohne jedes innerliche Bekenntnis zu ihm, als reine Ausgleichsbehörde für nicht lebenswichtige Streitigkeiten, zurückkehren, so können sie unter Umständen alle französisch-russischen Wehrpakte auswettern, namentlich wenn Polen in Erkenntnis seiner Zukunftsgefahr und -möglichkeit mit dieser Machtgruppe dauernd zusammenspielt. Damit ist nur eine der möglichen Rückwirkungen auf europäische Lagenänderungen aus dem raumweiteren indopazifischen Kraftfeld gezeigt. Viele andere lassen sich denken, ohne daß man sie auszusprechen braucht.

In Indien, wo man stellenweise über solche Wendungen zetert, als über ein Ausscheren der Deutschen und Japaner aus der Selbstbestimmungsfront, müßte man sich klar machen, daß jedes Freiwerden großer Völker von ungerechten Verträgen, von Fesseln ihrer freien Betätigung Beispiele gibt, die in der Weltgeschichte nicht verlorengehen. Das begreift man in China besser, Darum hält ihm Hirota klugerweise die Abschüttelung der ungleichen Verträge als Lockspeise für sonst bittere Abschlüsse und Abschreibungen vor.

Denn der japanische Führungsanspruch ist nun einmal nicht nur von den harten Samurai der Araki-Schule, sondern auch von Hirota schärfer und schärfer herausgestellt. Es ist für ältere und zahlenstärkere Kulturvölker, wie Chinesen und Inder, eine bittere Pille, wegen seiner geschlosseneren Staatskultur und größeren außenpolitischen Einsicht die Führung eines jüngeren und — im eigentlichen Reichsträger — nur 68 Millionen starken Volkes anzuerkennen. Das ist ein Verhältnis, das wir aus der Erinnerung an den Junior-Partnership-Gedanken gegenüber England in Mitteleuropa gefühlsmäßig begreifen können. Und doch wäre zeitweiliges Finden eines solchen Verhältnisses vielleicht die Rettung der Weltgeltung des weißen Mannes im alten Stil gewesen.

Das hatten in Deutschland einige Leute begriffen; und Engländer von der Qualität des alten Joe Chamberlain, Kitcheners, Rhodes und ähnlicher Herrenmenschen begriffen es auch. Es kam nicht dazu. Wird es Asien klüger anfangen?

Das steht jetzt zur Entscheidung; das Zusammenspiel mit seinen Mächten in solcher Lage ist nicht leicht, aber es kann für beide Teile gewinnbringend sein.

Auch ein Kleiner im Reiche der Großen kann gelegentlich, wie Piemont im Krimkrieg, wie Italien jetzt in Eritrea, durch rechtzeitiges Erkennen des Strohhalms, der die Strömung verrät, großen Nutzen ziehen. Das bespricht Taraknath Das sehr fein in der Dezemberrnummer der „Insurance and Finance Review“ (Bd. V, Nr. 58; Kalkutta) am Fall der Anerkennung Manchukuos durch San Salvador, das dafür seine Kaffee-Ernte an Japan anbrachte. — Wer das im größeren Stil macht, wird mehr als Kaffee dabei gewinnen! Wahrscheinlich werden die Sowjets auch hier den Vogel abschießen, zuerst via Völkerbund die andern fernhalten und dann ihre Volte schlagen. Eigentlich kann man ja nicht jemand ein paar tausend Kilometer Eisenbahn verkaufen, ohne ihn für geschäftsfähig und „existent“ zu erklären. Aber das sind kleine Weltlogikverstöße, über die man in Genf ein Auge zudrückt; nur geopolitisch müssen sie gesehen werden!

Wenn große Räuber sich verständigen, tragen kleine den Schaden.

KARL HAUSHOFER:

Zum Schrifttum

Geopolitische und wehrgeographische Notizen

„Geopolitische Zusammenschau der Staatsräume“, so ist ein Aufsatz in Petermanns Mitteilungen 1935, S. 21 überschrieben, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen, aber mit noch mehr Freude begrüßen würden, wenn er nicht unter „Grundsätzliches zur Geopolitik“ — neben vielem, leider wahren — auch einiges andeuten würde, was man — nach Abs. 4 — „in hundert Zirkeln“ lieber besser machte als bespräche.

Denn sehr richtig ist da gesagt, „daß eine Kritik, wie die obige, nur fruchtbar sein kann, wenn man gleichzeitig zeigt, wie es besser zu machen sei“. Es ist begreiflich, daß wir uns alsbald auf die Zusammenschau I der Vereinigten Staaten von Amerika und II von Japan stürzten, in der Erwartung, nun dort lernen zu können, wie es besser zu machen sei. Aber wir fanden wenig, das wir nicht schon in den gescholtenen Zeitschriftenaufsätzen gelesen hätten. Wir hatten sogar in solchen manchmal noch mehr gefunden, so die Tatsache, daß die Union durchaus nicht „bis zur Jahrhundertwende unter den gleichsam geheiligten Grundsätzen der Nichteinmischung in nichtamerikanische Angelegenheiten“ wirklich verblieben war, sondern daß sie mehrfach starke überseeische Anwand-

lungen gehabt hatte: so mit einem rechtzeitigen „Händeweg“ an andere in bezug auf Hawaii, mit dem gewaltsamen Aufstoßen Japans 1853/54, mit frühen Südsee-Abenteuern, noch ehe sie ihre spätere pazifische Küste erreicht hatte — ganz abgesehen vom Wirken Mahans (27. 2. 1840 bis 1. 12. 1914; Hauptwerke um 1890) und dem genialen Wirtschafts-imperialisten Brooks-Adams, einem Ausläufer von John Quincy A. Man vergißt auch zu leicht, daß die Monroe-Lehre ursprünglich durch russische Übergriffe und den Rückstoß auf sie entfesselt wurde. Viel früher, als in der Zusammenschau geschildert ist, haben also recht ernsthafte ozeanische Anläufe stattgefunden.

Für Japan steht aber in manchen der „Zeitschriftenaufsätze“ z. B., daß es eben doch nicht angeht, so bestimmt (S. 26) vom Vorwiegen der festländischen „Stirnseite“ zu sprechen. Denn „Ura“ heißt nun einmal die Hinterseite, und der geopolitisch gebildete Japaner spricht von „Ura-Nihon“ und denkt an die NW-Front, wie er von Uradana, dem Hinterhaus, von Uramichi, der Hintertür spricht. Die Front- oder Kulturseite, auf der das Ahnenland, die Inlandsee, Kwantoebene mit Kyoto, die aufblühenden Haupt-

ausfuhrplätze Osaka, Nagoya, Yokohama liegen, heißt ihm „Omote-Nihon“: wie das Vorderzimmer Omotebeya, die Hauptstraße Omotedori, wie Omote überhaupt: die Front, das Gesicht, die Außenseite.

Darin allein aber liegt schon ein bemerkenswerter, und zwar wohl hauptsächlich „geopolitisch faßbarer Umstand“.

Gerade, wer vom Lesen der „Zeitschriftenaufsätze“ herkommt, wird also in Zustimmung und Widerspruch viel aus dem Aufsatz von Langhans-Ratzburg davontragen können, und gerade die „Geopolitik“ weiß, wieviel Arbeit bis zum Erlangen ihrer notwendigsten Grundlagen noch zu schaffen bleibt, auch, warum ihre Herausgeber kein Kompendium der „Geopolitik“, sondern nur Bausteine dazu geschrieben haben. Aber gewiß könnte das „Kompendium“ früher für unsere Volkserziehung bereitliegen, wenn die „Zirkel“ der Geographen sich an der praktischen Aufbauarbeit beteiligt hätten. Wenn die politische

Geographie wieder ins Statische zurücksinkt und die Erdkunde Herbariumsgeruch annimmt und, als langweilig verschrien, wohl gar beim neuen Formen des politischen Menschen und der Wehrwissenschaft vergessen wird oder doch dahinten bleibt, ist die Geopolitik gewiß nicht daran schuld.

Von diesem Standpunkt bedauern wir auch aufrichtig das Wiederauftauchen der „Militärgeographie“, statt des besseren Namens Wehrgeographie, in dem sonst so verdienten „Moniteur“ der deutschen Erdkunde. Die Folge ist u. a. das Fehlen gerade der lebendigsten wehrgeographischen und wehrpolitischen Literatur (z. B. Bayswater, Custance, Vanghan Cornish, Brunhes und Vallaux, Rusen) im „Schrifttum zur Überbrückung der Lücke“, nur weil das dem Frontsoldaten nun einmal anrühige Wort „Militärgeographie“ nicht in ihrem Titel vorkommt, das auch führende Geister wie Mahan und Moltke darin vermieden. Schade um eine enttäuschte Hoffnung!

Eine neue „Geschichte des Deutschen Volkes“¹⁾

Wenn Friedrich Stieve, der Sohn eines der lebendigsten deutschen Geschichtsschreiber, nichts anderes getan hätte, als den „Schwedischen Stimmen zum Weltkrieg“, vor allem Rudolf Kjelléns: „Politischen Problemen des Weltkriegs“ den Weg nach Mitteleuropa zu bahnen, wäre er — abgesehen von zehn andern bedeutenden Bänden — eines Ehrenplatzes in den Annalen der Geopolitik sicher. Nun liegt von ihm eine Geschichte des deutschen Volkes vor uns, von starker Persönlichkeitsfarbe, gewiß vielleicht in Einzelheiten des zweiten Teils angreifbar, aber von einer Bewegungswucht durchdrungen, von einer zum Nacheifern reizenden Kraft, die auf den Leser wirken mag, wie wenn der Erbe einer alten, ruhmvollen Familie durch die Bilderreihen seiner Vorfahren in Kriegerüstung hinschreitet, um sie noch einmal alle vor eigener Tat zur Rückenstärkung hinter sich zu stellen: mit ihren Vorzügen, um ihnen nachzutun, mit ihren Fehlern, um sie zu vermeiden.

So aber muß Volksgeschichte lebendig werden, wenn sie nützen soll, nicht Pergament und Papier vermehren, von dem es ohnehin zu viel in der Welt gibt. Scharfe Blitzlichter fahren dabei von Anbeginn über den Weg der Deutschen. Nicht alle sind unbestritten hinzunehmen, alle aber fesselnd, eigene politische Kritik wachrufend. Nicht so harmlos, wie V. sehen wir die Grachen, die zu sehr über-soziale Utopisten waren, um die nationale Gefahr zu ahnen, die ihre Hochzüchtung des römischen Großstadtproletariats auf panem et circenses hervorrief (S. 1). Aber glänzend beginnt (um S. 10) die Geopolitik Stieves in der seit fast zweitausend Jahren bestehenden Kampfzone der Übergangslandschaft zwischen Deutschland und Frankreich. Liegt — etwa frei nach Frobenius — Unentrinnbarkeit, durch Naturgesetze begründet in dieser Zerrung? Prachtvoll steht (S. 13) vor uns die falsche Psychologie des Varus: damals schon ein Musterbeispiel der Gefahrfolgen eines sinnlosen Versetzens von bodenfremden Beamten und Offizieren, weil sie dran waren! Wie ganz anders wirkt Armin mit seiner Ausnützung der Landesnatur als Kampfhelfer S. 14–18), freilich auch als Opfer eines uralten deutschen Volkszuges der „Neidhammelei“.

Ab S. 20/21 verrät die Entstehung unseres Lebensraums (m. Kte.), auf S. 26 seine Kammerung, auf S. 27 seine Verankerung zwischen Blut und Boden die geopolitische Schulung des

1) Friedrich Stieve: Geschichte des deutschen Volkes. München 1934; R. Oldenbourg, 486 S., 10 Kl.

Verfassers durch den Schweden Kjellén, auf S. 29/30 (Kampftaktik, Zuchtlosigkeit!), S. 31 (Religion als Gefühl der Abhängigkeit), S. 34 (Stammesgeschichte) tritt die gleichwertige ethnopolitische Erfahrung in ihr Recht. Aus ihr quillt in reifster Abwägung beider auf S. 36 die „Idee des Reiches“, auf S. 38 die Wertung der Gesetze des Raumes.

Ihr folgt von S. 39–48 eine geradezu klassische, knappe, klare, das Wesentliche geschickt heraushebende Darstellung der Völkerwanderung. Ein Kabinettstückchen ist auf S. 52 der Nachweis des Alters der streifenförmigen Gewinn-Flur-Grundverteilung. Auf S. 69 und 79 scheinen uns das Germanentum und Christentum besonders schön gegenübergestellt, wie auf S. 88 ff. die Geburt „Deutschlands“ (Kte.), auf S. 97 und 103 die Reichswerdung unter Otto I. gefaßt.

Freilich: was von S. 104 an über den Erfolgsnachweis der Italienpolitik gesagt ist, wird nicht jeder unterschreiben. Aus ihr wuchs doch Ottos II. Fehlschlag und Ottos III. Irrlichtelei mit der wirklichkeitsfremden Schöpfung deutschfeindlicher kirchlicher Machtmittelpunkte (108) zwangsläufig hervor.

Aber es wäre ja ein Wunder, wenn sich mit wachsender Gegenwartsnähe die im ersten Teil so wundervoll einheitliche Linienführung der deutschen Volksgeschichte, mit ihrer wirrer und wirrer werdenden Zersplitterung, durchhalten ließe! So wird auch diese buchmäßige Volksgeschichte zum treuen Spiegel der zerfahrensten aller Volksgeschichten auf Erden in der Seele auch des höchstgebildeten Einzelnen, der notwendig darin, nicht darüber steht. „Die Geschichte des deutschen Volkes ist immer irgendwie die Geschichte Europas“ — aber vom Ausgang des Kampfes zwischen geistlichem und weltlichem Schwert zum Schaden beider an mehr und mehr als Schlachtfeld. Dazwischen tauchen glänzende Einzelschilderungen auf: die Kennzeichnung Karls IV., halb Slawe, halb Welscher, des „Wildschoßes“ der Hansa, des zweifelhaften letzten Ritters.

Den unheilvollen Gesamtverlauf in der näheren Vergangenheit vermag auch die beste deutsche Volksgeschichte nicht zu ändern — nur für die Zukunft, wenn ihre Lehren beachtet werden. Vor allem wenn daraus die Notwendigkeit für das deutsche Volk erkannt wird, mehr als andere, eine Politik mit doppeltem Boden zu treiben, einem staatspolitischen des Reichs und der andern deutschen Staaten, und einem volkspolitischen, tieferen, des ganzen volksdeutschen Lebensraums. Das Warum verraten deutlich genug allein die Karten Stievers von Karte 6 bis Karte 10! Mit ihnen beginnt der Bereich des „Immer daran denken — nie davon reden...“, auf einer Grundlage freilich, die etwa auf S. 323/324 und 429/430 in ihrer volkpsychologischen Brüchigkeit mit verdienter Schonungslosigkeit gezeichnet wird. Hier ist noch vieles in der Volksseele zu überwinden, das außen durch die Reichserneuerung überwunden ist, innen noch nicht. Aber solche Bücher, wie Stievers volksdeutsche Geschichte, gewiß noch keine letzte Lösung, bauen Wege dazu!

Prof. Dr. **Paul Kirn**: „Politische Geschichte der deutschen Grenzen“. Bibliographisches Institut A.-G., Leipzig 1934, 192 S., 7 farbige Karten, 12 Schwarz-weiß-Kartenskizzen im Text mit Verzeichnis der für die Entwicklung der deutschen Grenzen wichtigen Friedensschlüsse und Verträge, und Schrifttumsangaben. RM. 4,80.

Hier liegt das erste handliche Gesamtbild der deutschen Grenzentwicklung von der Geschichte her vor, so viel an Vorarbeit im einzelnen von Erdkunde und Geschichte her geleistet worden ist, — unterstützt durch die bekannt vorbildliche kartographische Leistung des Bibliographischen Instituts.

Ein reicher Stoff für den geopolitischen wie den geschichtlichen Unterricht ist übersichtlich geordnet. Für die hoffentlich bald nötig werdende zweite Auflage haben wir die Bitte um einen eigenen geschlossenen Abschnitt über die Entwicklung der Südgrenze — [bei der vielleicht das Los der sämtlichen deutschen Paßstaaten in den Alpen den Mittelgrund bilden könnte] — und einen ähnlichen über die Wasserkante des deutschen Lebensraums, bei der die Wirkung über See- [Hansa, Kolonialbestrebungen an Gegenküsten] zur Anschauung kommt.

Die vorzüglichen Karten der Kriegsnachträge des Bibliographischen Instituts (Nordsee, Ostsee, Alpen) könnten dabei Verwendung finden.

Es ist ein großer Dienst, den Kirn der deutschen politischen Erziehung, dem Grenzbewußtsein und der Anleitung zum persönlich, staats- und volkspolitisch bewußten Grenz-erlebnis seiner Volksgenossen geleistet hat und hoffentlich durch einen ergiebigen Einsatz seines Grenzbuches in dieser Richtung noch weiter leisten wird.

Unter den Quellen hätten wir gern den ost- und westdeutschen Volksboden, herausgegeben von Volz, und einige der schönen Ausgaben des Schutzbundes nach von Loesch, dann auch die Arbeit der geopolitischen Atlanten erwähnt gesehen.

Wenn S. 27 der Verf. nicht begreifen kann, wie in meiner zusammenfassenden grenzwissenschaftlichen Darstellung geschrieben werden konnte, „dem doch sehr wesentlich von eigensüchtigen karolingischen Hausbelangen beeinflussten Vertrag von Verdun sei ein mehr als tausendjähriges Völkermorden gefolgt“, so bitten wir die Leser des Buches, die vom Verfasser mit Sorgfalt aneinandergereihten Geschichtszahlen herauszuschreiben. Sie werden dann auf Kosten der deutschen Grenzen und ihrer Verteidiger eine leider recht zusammenhängende, von Grenzbedrängern veranlaßte Reihe von Anläufen zum Völkermorden und die Bestätigung einer beständigen deutschen Abwehr unablässiger Angriffe auf den Grenzen des Vertrags von Verdun erhalten.

Aber das sind Einzelunterschiede in Auffassungsfragen: in allem Wesentlichen kann die Geopolitik die zusammenfassende grenzwissenschaftliche Leistung von Paul Kirn nur aufs wärmste begrüßen und für ihre größtmögliche Verbreitung und Ausgestaltung durch Lehre und Unterricht eintreten.

Der Mensch als Gestalter der Erde¹⁾

Es liegt wohl nicht so sehr an „der wissenschaftlichen Jugend der Wirtschaftsgeographie“ (von O. Schlüter mit Recht als „umfangreichster und am schwierigsten zu behandelnder Teil der Anthropogeographie“ bezeichnet!), sondern mehr an der Fülle des Stoffes und der Höhe des selbstgesteckten Zieles, warum der Münchner Geograph Edwin Fels so allein geblieben ist mit seinen reizvollen Arbeitsproblemen über die Umgestaltung der Naturlandschaft und Lebewelt durch den wirtschaftenden und verkehrenden Menschen. Nicht nur hatte er zwischen Scylla und Charybdis insofern durchzusteuern, als er einerseits dem Geklipp unfruchtbarer Namensgebungen, statt lebensvoller Bilder fernbleiben mußte, andererseits dem Strudel der allzu gestaltungsfreudigen Phantasie, die ihre Wunschbilder [z. B. über Austrocknung ganzer Erdteile durch Entwaldung und andere menschliche Einflüsse] an Stelle des Erweisbaren (S. 32 u. a.) setzte. Wenn irgendwo, galt es hier „to face facts“: Tatsachen ins Gesicht zu sehen und Wunschbilder und „Träumereien“ von ihnen zu sondern. Einem umfangreichen, weit verstreuten Schrifttum waren diese Tatsachen weltüber zu entnehmen; allein in ihrer Sichtung liegt ein großes Verdienst, auf S. 203–206 ausgewiesen. Gern hätten wir darin noch etwa Scharf-ettens Untersuchungen über das Zusammenspiel von Menschen und Begleitpflanzen ihrer Kulturen beim Grenzsetzen u. a. gefunden, oder Griffith Taylor mit einem seiner großen Werke, wie etwa „Environment and Race“; auch Hehn und Brunnes vermissen wir schmerzlich. Aber gerade solche kleine Leerräume – vielleicht in der Art ostasiatischer Kunst künstlich angebracht –, beweisen, wie notwendig der Mut zu einer Sichtung und Ordnung des riesigen Stoffgutes, zum Zusammenbau war, den Fels gewagt hat, der seine Fruchtbarkeit erst recht erweist, wenn ihm das ganze Gebiet der Verstädterung (S. 25, 35), des Kampfes um die Kulturveränderung der Landschaft durch den Menschen, des Ringens der Kulturgrenzen und ihres Ausdrucks in Bauformen eingebaut ist, und wenn ein so verdienstliches Werk in der nächsten Auflage die Bebilderung erfährt, nach der es ruft.

Fast will es auch scheinen, als ob die von Fels gerügte „Lücke“ je nach der nationalen Einstellung der Erdkunde verschieden läge, als ob die Briten sie lieber durch viele Einzelbeobachtungen, die Franzosen durch Gesamtbauten in der Art von Jean Brunhes, Camille Vallaux zu schließen suchten.

Jedenfalls aber berührt sich die von Fels aufgestellte Forderung sehr nahe mit denen der

1) Prof. Dr. Edwin Fels: „Der Mensch als Gestalter der Erde. Leipzig 1935; Bibliographisches Institut; 206 S.

Geopolitik; wir können für gründliche Untermauerung geopolitischer Arbeit nur dringend zum Heranziehen nicht nur seines Buches über den „Menschen als Gestalter der Erde“, sondern auch seiner anderen angeführten wirtschaftsgeographischen Schriften raten. Sie zeichnen sich vor vielen anderen durch Klarheit der Gedankenführung und Verzicht auf eigenwillige Namenprägungen aus, die gerade den wirklich politischen, handelnden Menschen durch deskriptive Hochflut und Verbauung der Landschaft durch „termini technici“ oder hochtrabende Redensarten abschrecken vom sonst so natürlichen Gebrauch der Geographie für Zwecke der Volkspolitik.

Fels hat also nicht nur „einen Baustein“, sondern gerade einen sehr schönen und übersichtlichen Baugrundriß für ein wichtiges Gebiet hingelegt, dessen Benutzung für die Geopolitik ein wertvolles Hineinschauen in das Werden, die Dynamik der Kulturlandschaft, sowohl bei ihrer Umgestaltung durch das politische Geschehen, wie ihrer Rückwirkung darauf gestattet. Wenn wir an dieser Stelle hierauf den Schwerpunkt legen, möge uns der Wirtschaftsgeograph verzeihen. Als Geographen sehen wir alle Feinheiten seiner Gedankenführung im einzelnen: für die Entwicklung der Geopolitik mußte der Schwerpunkt auf die Großzügigkeit des Gesamtbagedankens gelegt werden, weil ganz von selbst durch die einzelnen Räume beobachtend wandert, wem einmal der Plan des Ganzen und die Achtung vor dem Bautwurf aufgegangen ist, und vor alledem, was beide für die Selbsterziehung nicht nur des wissenschaftlichen, sondern auch des politischen Menschen bedeuten — und das müßten wir alle sein!

Johannes Wütschke: „Der Kampf um den Erdball“. R. Oldenbourg Verlag; München und Berlin 1935. 2. völlig umgestaltete Auflage, 174 S., 28 Kartenskizzen im Text.

Es ist ein ungemein fesselndes geopolitisches Experiment zu prüfen, wie eines der besten Kampfbücher aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, entstanden aus den leider längst verstorbenen, vorzüglichen „Grenzboten“ und Volkshochschulbewegungen, nach einem weitgehenden Gestaltwandel im Grunde gleichen Geistes bleiben konnte, und dennoch einer so mächtig veränderten Zeit ein brauchbares, wertvolles Werkzeug zu bleiben vermochte. Die bloße Tatsache stellt dem Urheber wie dem Verlag ein rühmliches Zeugnis, mindestens ihrer Fähigkeit zur Prognose aus. War doch ihr Buch ein geopolitisches dem Wesen nach, ehe noch der Name sich durchgesetzt hatte!

An einzelnen Stellen ist noch die Spur einer Hochschätzung des Kriegsgewinns der Kolonialmächte alten Stils stehengeblieben, die wir heute nicht mehr teilen können, so S. 128 das Wort: „Es gibt nunmehr weder eine deutsch-indische, noch eine russisch-indische Gefahr“. Wenn ein so kluger Staatsmann wie Baldwin seine widerspenstigen Tories zur Mehrheit für die indische Verfassung durch den Ausspruch zwingt: „Wenn Ihr Indien nicht diese Chance gewährt, werdet Ihr es in zwei Geschlechtsfolgen verloren haben“ — dann spielte gewiß eine Rolle das Bewußtsein der Fortdauer der russisch-indischen Gefahr auf dem Wege durch die Weltpropaganda von Moskau, etwa ihre Wirkung auf Jawaharlal Nehru, den Jungführer der Kongreßpartei! Und viele Niederländer werden den Satz mit dem leisen Unterton: „O quae nutatio rerum“ lesen: „Noch kann das kleine Holland den drohenden Stürmen standhalten und sich des ungetrübten Besitzes seiner Kolonien erfreuen.“ Ungetrüb ist diese Besitzfreude schon lange nicht mehr! Sonst hätte ein so kluger Staatsmann wie Graf Limburg-Stürum gewiß den Volksraad mit den Chinesen als Zünglein an der Waage nicht gebildet. Aber die Auseinandersetzung mit solchen Einzelfragen, überall fesselnd und lehrreich, auch wo man sich dem V. nicht anschließen kann, gehört eben zu den geopolitischen Reizen des höchst eigenständigen Buches, dessen zweite Auflage in keiner geopolitischen Bücherei fehlen dürfte. Steht sie aber dort, so wird sich der weltpolitische Kenner die erste nachzukaufen oder irgendwie zum Vergleich zu verschaffen trachten, weil er sich damit Einsicht in das Weltbild eines weltpolitischen Denkers von Rang und seine innere Einstellung zum Weltgeschehen innerhalb des letzten Jahrzehnts im Gestaltwandel zu gewinnen vermag.

Gerade diese Zuschaltung der geopolitischen Ergebnisse eines Jahrzehnts zu einer an sich schon dynamischen, originalen Weltbetrachtung ist von höchstem geopolitischem Reiz und großem Lehrwert!

KARL HAUSHOFER:

Literaturbericht aus dem indopazifischen Raum

Zur rechten Stunde für die indopazifischen Vorgänge 1935 erscheinen:

1. **Subhas C. Bose**: „The Indian struggle“ 1920 bis 1934. London 1935, Wishart & Co., 353 S., ein Anhang. Leider keine Karte.

2. „**Journal of the Geographical society of China**“. Bd. I, Heft 1 vom Sept. 1934, Geographical Society of China, Nanking, North City, Chen Hong Nr. 4, vierteljährlich, Bd. 3 \$, Einzelnummer 0,80 \$; 200 S. chin. Text, 18 S. engl. Inh.-Angabe, durch sie zahlreiche Abbildg., Karten und Diagramme gut lesbar und verwertbar, dar. besonders: Yin Tang Chang: Seriousness of the population problem in China, dann klimatische und agrarpolitische Aufsätze.

3. „**34. Financial and economical annual of Japan**“; Tokyo 1934, Department of Finance, Government Printing Office, 280 S., Reichskarte, vier farbige Platten zur Wirtschaftsgebarung, Einnahmen und Ausgaben, Einfuhr- und Ausfuhrübersichten, Haupteinnahmequellen usw., rückwärts auf 58 S. gute Überschau für Chosen (Korea), Taiwan (Formosa), Karafuto (Sachalin) und Kwangtung (Mandschurei) Süd-Halbinsel.

4. **Karl Heinrich Dietzel**: „Die Südafrikanische Union, ihre Entstehung und ihr Wesen.“ Berlin 1934, Verlag der kolonialen Rundschau, 294 S., Faltkarte und fünf Textskizzen, besonders wertvoll angesichts der Kapstadt-Rede von Gen. Smuts vom 8. 2. 35, worin er die Bedeutung der indopazifischen Vorgänge für alle Dominien hervorhob.

Zu 1. taucht hier mit Subhas C. Bose der Post-Gandhi-Führertyp für Indien auf, der sich weit entfernt vom sowjet-gebannten Radikalismus Jawaharlal Nehrus hält, aber auch dem „Kompromiß“ und der Gandhi-Lehre vom Nichtwiderstand den Rücken kehrt, und von S. 324 bis 337 Gandhi bereits als „historische Erscheinung“ abwertet. Höchst wertvoll ist die knappe Zusammenfassung der Vorgeschichte in den Abschnitten 1 und 2 durch einen Wissenden aus erster Hand, der zugleich den Mut hat (S. 9) darzulegen, wie der hochgebildete Inder selbst die Geschichte seines Landes sieht, und warum er — trotz

den häufigen Eroberungswellen — unter der Britenherrschaft zum erstenmal das Gefühl hat, „erobert zu sein“. Der völkerpsychologische Wert des Buches ist also noch viel größer als der rein geopolitische, aber auch dieser groß genug.

Die sorgfältigen Quellennachweise führen fast zur ganzen zeitgemäßen ind. geopolit. Literatur, geben aber vor allem Einblick in die Wertungen des neuzeitlichen Inders von Rang gegenüber diesem Schrifttum und den Verfassungsanläufen, wie den Persönlichkeiten ihrer Träger, und sein Verhältnis zu dem fast religiösen soziologischen Idealismus mit seinen stammes- und dorfmäßigen Selbstverwaltungseinrichtungen, die in ihrer Freiheit die Aufsaugung so vieler Gewaltherrschaft ermöglichen. Wer die inneren Zusammenhänge der indischen Dynamik etwa von 1919 bis 1935 in allen einzelnen Antrieben kennenlernen will, wird kaum einen besseren Führer finden, als die an sich — bei aller Lebenswürdigkeit und Verbindlichkeit ihrer äußeren Erscheinung — unbeugsame, willensstarke Persönlichkeit von Subhas C. Bose.

Zu 2. glauben wir (bei aller geographischen Sachlichkeit der Haltung des Journals der Geogr. Ges. von China) die richtige Mittellinie zwischen dem zu wenig geopolitischen Erkenntnisweg des Inders und der „matter of fact“-Haltung des japanischen Wirtschaftsberichts namentlich in dem bevölkerungspolitischen Aufsatz von Yin Tang Chang zu erkennen. Er läßt (vgl. Indopaz. Bericht!) reichlich Spielraum für die schätzende Phantasie zwischen Zahlen und Zeilen!

Wesentlich würde die Zeitschrift durch englische Beschriftung neben der chinesischen der Zeichnungen, Karten und Bilder an Wert für den nichtchinesischen Leser gewinnen.

Zu 3. zeigen die ja längst als vorzügliches Hilfsmittel eingelebten Jap. amtlichen Berichte, daß die Ressortabgeschlossenheit auch im Fernen Osten nichts Unbekanntes ist. Sonst müßten in einer Veröffentlichung von 1934 mindestens in Klammern die neuen Zahlen von Groß-Tokyo u. a.

erscheinen, so gut sie in Städtelisten anderer Veröffentlichungen prangen. Aber das sind kleine Schönheitsfehler an einem ausgezeichneten Arbeitswerkzeug, in dem namentlich die Außenbesitzungen gut zusammengefaßt sind.

Korea wird ausgezeichnet und billig verwaltet; in der Aufforstung (auf 10 809 917 ha planmäßig, auf rund 5 500 000 ha der Natur überlassen) steckt eine große und segensreiche Leistung auf Jahrhunderte. 300 Mill. junge Bäume werden jährlich gepflanzt. Der Einschlag der Staatsforsten beträgt 1 810 000 Kubikmeter. An Eisenbahnen sind 2935 km im Betrieb, 289 km im Bau, außerdem betreibt die S.M.R. 329 km. Zu tun bleibt hier noch viel, wenn ein Netz von rund 6000 km angestrebt werden soll. Ungleich intensiver ist die Eisenbahnerschließung von Taiwan mit 882 km (bei 4650 km Autostraßen) vorwärts gegangen, dessen Wirtschaft im Grunde den Japanern wesensgemäßer ist. Der Fischereiertrag ist mit rund 20 Mill. GM. hoch und bei pfleglicher Behandlung im raschen Steigen (10—15% jährl.).

Karafuto ist — abgesehen von der blühenden Fischerei — ein Stiefkind. Von 20% anbaufähigem Land (728 000 ha, davon für Ackerbau 437 000 ha, für Weide 255 000 ha) waren Ende 1933 nur 33 267 ha in Pflege genommen! Kohle und Öl werden sichtlich noch geschont, weniger die Wälder, die 47% der Bodenfläche bedecken. Das sehr dicht genutzte Kwangtung-Gebiet hat nun die E.-Million überschritten, deren Hände sich größtenteils unmittelbar oder mittelbar im Goldfluß der südmandschurischen Eisenbahn waschen, die rund 20 Mill. GM. jährlich für solche Zwecke von ihren Hochgewinnen abzweigt.

Zu 4. muß eine so vorzügliche kolonialwissenschaftliche Untersuchung, wie die von Dietzel an der Südafrikanischen Union auch als Nebennutzung die Geopolitik Südafrikas befruchteten, für die seit langem keine so knapp geschürzte, wohl durchgearbeitete Grundlage mehr erschienen ist, deren geopolitischer Wesensgehalt vor allem in den schönen Schlußbetrachtungen gipfelt. Hier ist Dynamik, zum Teil mit einer prachtvollen Wucht, auf zwei verantwortungsbewußten Seiten zusammengefaßt! Gern würde man von dem Autor in diesem Stil durch die ganze

Kolonialpolitik der weißen Rasse geführt. Schade, daß der Index gekappt, daß mit Karten und Quellenangaben, die offenbar im reichsten Maße vorhanden waren, gespart werden mußte. So allerdings stellen wir uns Habil. Arbeiten neuen Stiles vor, und gewiß „kann dieses Buch für sich bestehen“. Wollte Gott, wir hätten viele von dieser Sorte.

Vom Außenrand des indischen Kraftfeldes wieder zum Schwerpunkt zurückkehrend:

5. **Alfons Vöth S. J.:** „Die Inder“ in „Geschichte der führenden Völker.“ Bd. 28. Freiburg i. Brsg. 1934, Herder & Co., 295 S., 8 Taf., 2 Ktn. Ein wertvoller Beihelf, gewiß „vielen“ willkommen“, aber doch noch keine endgültige Lösung des Problems: eine geopolitisch untermauerte Geschichte von Indien hinzustellen, die ein Sechstel der Menschheit so in das Weltbild der Gegenwart fügt, wie etwa die anderen führenden Völker lebendig darin stehen. Aber das ist nicht möglich ohne — durchaus innerhalb der „Indischen Eigenart“ (S. 1—4) — eine breitere Schilderung des indischen Volksbodens, so geistvoll die anderthalb Seiten sind, die ihm gewidmet werden. Gewiß wird, wie bei Vöth, der Schwerpunkt einer Betrachtung der Inder als führendes Volk auf der reichen Kultur- und Religionsgeschichte liegen müssen, wo auch alle politische Bewegung sich irgendwie ins Religiöse umsetzt. Aber gerade wegen dieser Neigung, sich ins Metaphysische zu verlieren, ist das geopolitische Widerlager, die Einfühlung in die Struktur- und Grenzeinflüsse doppelt nötig. Höhepunkte sind Darstellungen wie „Der Islam im Kulturbild Indiens“ (S. 139—149). Schwer ist es offenbar, Weltanschauungen gerecht zu werden, die man lehramtsmäßig bekämpfen muß. Werden wir die allzu schattenreiche Zeichnung Akbars, die allzu lichte Aurengzebs, der dann doch mit Recht der „Totengräber des Mogulreichs“ genannt wird, mit der Abneigung gegen den religiösen Eklektiker, den Gnostiker, mit größerem Verständnis für den Fanatiker erklären müssen? Oder auf dieses Konto schreiben den Satz vom „Fehlen der Erkenntnis in der indischen Führerschicht für den tiefsten Grund, dem der Westen seine Vorherrschaft in der Welt verdankt“, das böse Wort von den „minderwertigen Religionen“, vom „Fehlen des Bewußtseins von einem indischen Volk und Vaterland“. Würde der Führer der briti-

schen Konservativen 1935 gesagt haben: „Wenn Ihr nicht Indien diese Chance gebt, werdet Ihr es in zwei Geschlechtsfolgen verlieren“ — wenn er gleicher Meinung wäre? Hier also sind Grenzen in einem höchst empfehlenswerten, einen großen Anlauf wagenden führenden Buch zu einem führenden Volk!

6. „**Map of Manchuria**“ Geogr. Sect. of the Gen. Staff of the War Office, London 1933, Eisenbahnen nachgetragen bis Sept. 1934 (einschl. d. jüngst eröffneten Bahn ins Amurknie gegenüber von Blagowjeschtschensk), umfassend China N. bis zum Yangtse, die Sowjetgrenzlandschaften bis Irkutsk, Japan, dann Chahar, Suiyüan und Mongolei, also das ganze Kraftfeld der japan.-russ.-chines. Auseinandersetzung, zwischen 30 und 54 Grad nördl. Breite und 102 und 144 östl. Länge von Greenwich — dürfte augenblicklich, neben den japanischen Karten, die beste und auf den neuesten Stand gebrachte Übersichtskarte sein. Gut für Einzelheiten

7. „**Topographic Map of Manchukuo**“ (jetzt amtlich „Manchutikuo“) 1:2 000 000, Druck von Kobayashi & Co., Tokyo, 4 Haya-busacho, Kochimachi (116 bis 134 östl. Länge und 36 bis 54 nördl. Breite): Stretensk—Nerchinsk und Peiping bis Khavarovsk—Vladivostok (in Schreibweise der Karte), und Chingtao—Fuzan bis zum obersten Bogen der Sowjet-Amurbahn einschl. Schöne farbige Höhenschichtenübersicht. Rashin als Lashin: Beispiel des Transkriptionsdurcheinanders, dem die Japaner selbst nicht Herr werden. Tibetgrenzen in der Gen.-Karte 1:35 Mill. stimmen nicht.

In einem Augenblick, wo zwischen dem Angriff von Smuts auf Japan und der Drohung mit der angelsächsischen Gemeinschaftsfront doch wieder die Erinnerung an gewinnbringendes Zusammenarbeiten der Inselreiche der Alten Welt auftaucht, verdient eine vorzügliche Spezialarbeit über diesen anglo-japanischen Gemeinschaftsabschnitt besondere Empfehlung. Es ist

8. **Dr. Paul Minrath-Essen**: „Das englisch-japanische Bündnis von 1902.“ Stuttgart 1933, W. Kohlhammer, 112 S.; eine — etwas verwegene — Faustskizze. Dieses schlanke Heft ist, ganz abgesehen von seinen historischen Verdiensten, zugleich eine geopolitische Untersuchung von vielen Graden, voll dynamischer Kraft, mit bleibenden Erkenntnissen.

Es ist die lebendige Art, mit feinem Fingerspitzengefühl verbunden, wie scheinbar trockene Staatshandlungen zu vielseitiger weltpolitischer Erziehung ausgewertet werden können, die namentlich auch Grundlage anregender Abende in Gemeinschaftshäusern wäre. Minrath hat sich erfolgreich in die Seele aller großen Mitspieler um Ostasien eingelegt.

9. **Hansjulus Schepers**: „Japans Seefischerei.“ Breslau 1935, Ferdinand Hirt. 238 inhaltschwere S., 6 Karten, 12 Abbildg., 1 Stat. Tafel und 1 Zeichnung im Text ist (ähnlich wie 8 im Verhältnis zur Geschichte eines Bündnisses) weit mehr als eine „wirtschaftsgeographische Zusammenfassung“. Schepers spürt mit der Sicherheit eines alten Fern-Ost-Residenten den Pulsschlag der eigenartigsten Lebensader Japans und gibt auf S. 1—34 ebenso sicher den ozeanischen Zug, die Ozeanopolitik des ausgesprochensten Inselreichs, wie von S. 48—81 (menschliche Bedingungen für Japans Seefischerei, Meereswirtschaft und Staat), was als Einschlag vom Blut her kommt. Freilich heißt es in seinem Fall weniger „Blut und Boden“, als „Blut und Flut“. Dennoch ist gerade durch das Herausarbeiten dieser, dem Festlandvolk so fremden Lebensbedingungen ein geopolitischer Lehr- und Schreibbefähigungsnachweis ersten Ranges erbracht!

Zwei feine Spezialarbeiten wird man mit Vorteil wieder zur Hand nehmen, je weiter sich der Rote Krieg in China festlandeinwärts zieht:

10. **Dr. Gweng-Tzam Dschu**: „Die Binnenschiffahrt auf dem Jangtse-Kiang seit 1900.“ Berlin-Wilmersdorf 1933, Richard Mannheim-Verlag. 95 S. — eine vorzügliche Ergänzung der bis 1900 reichenden verkehrspolitischen Chinawerke von Schumacher auf den neuesten Stand; aber zugleich auch ein Nachweis, wie sehr die Geopolitik des südlichen Riesenstroms politische und wirtschaftliche Verhältnisse von mindestens drei Fünfteln der Menschenmasse Chinas beherrscht. Man kann ihn also wohl mit V. den anthropogeographisch „ersten Strom des Erdballs“ nennen. V. strebt, das nachzuweisen und trägt dazu mit Bienenfleiß das weit verstreute Strombau- und Verkehrsmaterial über den Yangtse zusammen; wobei wir nur den verdienstvollen Schweden Heidenstam vermissen, und ein gewisses Vorwiegen papierener, ver-

gänglicher Geldstatistik (höchst schwankender) Verträge und Statistiken über geopolitische Dauerzüge bedauern. So hätte etwa eine Charakteristik der Yangtse-Häfen im Stil von Mecking oder Schepers, dann eine Karte des Yangtse-Laufs, der Überschwemmungsgebiete (siehe 15.), und breitere Behandlung des sehr interessanten Kap. VI A. (Arten der Schiffe) den Wert der nützlichen Schrift gesteigert.

11. **L. v. Ungern-Sternberg:** „Krieg in China.“ Berlin 1933, Junker & Dünhaupt. 116 S., knappe Lit. — zeigt in lebendiger Form, wie sehr von 1913 bis 1932 die beständigen Umschläge des Bürgerkriegs die außenpolitische Geltungsmöglichkeit des Riesenlandes störten, und wie der Journalist, der schnell auf Eindruck arbeitende Beobachter dazu gelangt, allerdings mit viel „sollen“ und „wenn und aber“, diese Hemmungen und Wendungen zu beurteilen; freilich bedarf es vielfacher Korrektur, bis sie sich zu verlässigen Unterlagen der Urteilsbildung verdichten, wie sie etwa liefern

12. **Friedrich Otte:** „Die Wirtschaft als Umwelts- und Sozialproblem in China.“

13. **Ders.:** „Handels- und Gewerbekammern in China“ und

14. **Ders.:** „Bemerkungen zur angewandten Wirtschaftswissenschaft in China.“ Sämtl. 1934, 1933 und 1930 in den „Mitteilungen des Seminars für Orient. Sprachen zu Berlin“, Jahrg. XXXVII, XXXVI und XXXIII. Das ist herbe, aber erstklassige Chinakunde, Ergänzung zur „Wirtschaftspolitischen Landeskunde von China“, Gotha 1927: die volle sachliche Gefechtsschwere des Praktikers und Schrifttumskenners zugleich, der vermag, auch die verwickeltsten Probleme des Jungchinesentums und des „Sunyatsenismus“ genetisch zu sehen, aus viertausendjährigem Werden heraus zu erklären. Otte ist ein gefährlicher Maßstab für viele neue China-Literatur! „Auf dieser Einbeziehung des Volkes in einen erneuten Geistesraum (Renaissance der Gebildeten seit 1898, des Volkes seit 1912) beruht der grundlegende Unterschied zwischen dem chinesischen Klassizismus einer dreitausendjährigen Vergangenheit und der Neuzeit auch in wirtschaftlichen Dingen.“ Das sind zwei, zum schweren Schaden Chinas verschiedene Nullpunkte eines neuen Meßgeräts für das neue Arbeitsethos, in dem zwei Schichten

noch auseinander klaffen, beide aber tief von einem vergangenen China getrennt, das uns von vielen Sinologen noch als lebendig vorgestellt wird. Darin, daß er hier sicher führt (S. 11 ab: Wechselbeziehung von Landwirtschaft und Bevölkerungsdruck), ruht die fundamentale Bedeutung von Friedrich Ottes Ostasienarbeit!

15. **Prof. Dr. Heinrich Schmitthenner:** „China im Profil.“ Leipzig 1934, Bibliographisches Institut. 129 S., 11 Kartenskizzen im Text, eine — ausgezeichnet herausgeschnittene — sechsfarbige Übersichtskarte, Ganzl. nur RM. 4,80. Hier steht die schicksalgesandte Unterlage von der Erdkunde her zu der vorerwähnten politischen und wirtschaftlichen Schwerarbeit über China! Scheinbar leicht und elegant gefügt, für jeden flüssig lesbar, ist es doch geradezu ein Buch der Quintessenzen. Nebenbei begrüßt es die Geopolitik als lebenden Nachweis dafür, daß jeder Geograph von Rang, wenn er sich volkerzerzieherisch an breite Kreise wenden will, zugleich der Geopolitik dienen muß — allein z. B. durch die Zusammenstellung der Schlußkarte (die jeder verständnisvolle Zeitungsleser aufgeschlagen haben mußte), aber auch in so meisterhaften Querschnitten, wie den Löß- und Hwangho-Wanderungskarten, dem Herausheben der Yangtse-Stauseen, den beiden Qualitätsabschnitten: „Überbevölkerung“ und „Städtetum“, dem rühmlichen „Deutschtum in China“, dem geistvollen, abschließenden „West—Ost-Gegensatz“ mit der Skizze der Hochkulturen, die nach Frobenius auch in „Macht und Erde“ gezeigt sind. Ein Meisterwerk billiger Qualitätsarbeit über alle wesentlichen Zeitfragen Chinas, denen überall auf und zwischen den Zeilen Schmitthenners Antworten stehen. Man suche sie nur, sie wollen gelesen sein! —

16. **Dr. phil. Devendra Nath Bannerjee:** „Das Indische Bauerntum unter brit. Herrschaft.“ Geleitwort von Dr. Ernst Schultze. Berlin 1934, Dr. Emil Ebering. 165 S., RM. 7,20 und

17. **Shib Chandra Dutt:** „Conflicting tendencies in Indian economic thought.“ Calcutta 1934, N. M. Ray-Chowdhury & Co., 11 College Square. 225 S., Rupien 5 — sind höchst willkommene geopolitische Gaben im Augenblick des Ringens um die Aufdrängung der indischen Verfassung und die Stellung

Indiens dazu. Devendra Nath Bannerjee schildert „die wirtschaftlichen und sozialen Nöte des indischen Dorfes“, die wir 700 000mal nehmen müssen. Gewiß schildert er sie nicht zum erstenmal: Baden-Powell, Bannerjee, Brayne, Brij Narain, R. C. Dutt, Ganulee, Mann, R. Mukerjee, T. R. Singh, B. K. Sarkar, die Deutschen Schrader und F. J. Furtwängler haben das schon — zum Teil in erschütternder Weise — vorher getan.

Es ist gewiß nicht leicht, die Wucht dreitausendjähriger Mißwirtschaft, eines so furchtbaren Irrtums, wie der Verwechslung von Grundbesitz und Steuerpacht umzulenken. V. weist ab S. 153 positive Arbeitswege dazu, sich allein dadurch vorteilhaft von vielen indischen Autoren unterscheidend. Shib Chandra Dutt weist mehr die labyrinthisch auseinander führenden Wege nach, bei gesteigerter Gefahr dadurch, daß sich alle hadern-den westlichen Lehrmeinungen irgendwie in das indische Mittel hinein vergrößert und verzerrt projizieren und dort mit einer Gläubigkeit aufgenommen und verarbeitet werden, die hadernde Wirtschaftswissenschaftler im Westen (Eur. Amerika) diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans längst nicht mehr finden. Um so reizvoller ist es, die Tatsachen, die Schlüsse Gandhis und Sarkars aus ihnen heraus präpariert zu finden und in einen bezeichnenden polaren Gegensatz gebracht zu sehen. Was über diese Arbeit einen gewaltigen geopolitischen Schatten wirft, ist ihr Versuch, sich wirtschaftspolitisch von Gandhi frei zu machen, und seine unmöglichen Versuche zu überwinden, das Rad völlig auf Spinnrad und selbstgesponnene Kleidung bei selbst ermolkener Ziegenmilch-ernährung kulturpolitisch zurückzudrehen. Wieviel Mut dazu gehört, dabei im Kreuzfeuer zwischen Ost und West zu stehen, wie Sarkar, kann man nur von innen aus beurteilen. Allein die Abrechnung mit einer wirtschaftswissenschaftlichen Schriftumsperiode von 1898—1932 hat großen Wert, und es ist dabei bezeichnend, daß für China, wie Indien 1898 als ein ähnlicher neuer Anfangspunkt gilt, wie machtpolitisch für den Großen Ozean. Das erleichtert ungemein die Vereinheitlichung der Anschauung der Gesamtheit der Monsunländer, denen nur Japan (S. 115 Sarkars Besuchsergebnisse in Japan!) voraus war. Ein gewaltiger Aufwand von Stoff und

Gedankenreichtum ist in großzügiger Anschauung des Abringens der Extreme in Indien über dessen künftige Wirtschaftsziele und die Wege dazu verarbeitet, wenn der Schatz auch nicht bequem und leicht zu heben ist.

18. **Tridandi Swami B. H. Bon:** „Gedanken über den Hinduismus.“ Berlin 1935. 152 S. Hier zeigt ein führender Kopf der Europa-Abteilung der Gaudiya-Mission, wie sehr der „Weg des arischen Inders zu Gott“ immer noch abseits der Machtwege führt und alle Bewegungen Indiens auf ihre Stellung zum religiösen Zentralproblem geprüft werden müssen: wie sehr gerade Indien — der Geopolitik bedarf.

19. **„Bulletin Fiduciaire d'Indochine“.** Dreimonatl. Soc. Indochinoise de Contrôle et de gestion. Saigon (35 Boulevard Charner) 1934. Bemerkenswerter Beweis der sorgfältigen Selbstkontrolle und Umstellungsfähigkeit der ertragreichen Tropenkolonie mit ihren wertschwankenden Monokulturen.

20. **Dr. Arthur Berger:** „Neuseeland.“ Berlin 1934, Reimar Hobbing. 150 S. Gr. 0. 48 Tiefdruckbilder, 1 Kte. Leinen 4,80 RM. Ausgezeichnete Bildreportage der mit der größten Verschwendung besiedelten, formenreichsten Rückhaltlandschaft der weißen Rasse mit ihrer langgezogenen Besitzerergreifungsgeschichte und dem Wunder der Maori-Rassenerneuerung.

Bei aller Flüssigkeit der eleganten Globetrotter-Darstellung ist doch der Pulsschlag einer echten Südseetragödie durchgeföhlt!

21. **Hans Kohn:** „Die Europäisierung des Orients.“ Berlin 1934, Schocken-Verlag. 356 S., mit klingendem Nachwort — als letztes Orientbuch des bekannten V. bezeichnet, und sorgfältigem Register. Kart. RM. 6,—, Leinen RM. 7,50. Die allerpersönlichste Erfahrungsäußerung des orientkundigen und geopolitisch hochgeschulten V. verdient sorgfältigste Beachtung. Die „Einheit des Mittelmeerraums“ (S. 23—26), dann „Raum und Mensch in der Geschichte“, die „Kirche des Orients“, wie „Der Islam“ sind reich an einzigartigen Werturteilen aus einer gehaltvollen Erinnerung und einem in seltener Weise orient-nahen Lebensgefühl. S. 91 „Die Zeitlosigkeit“, S. 111 „Der Strukturwandel“ sind ganz besonders packende Gegensätze! „Der Übergang von einer Kulturstufe ist immer ein schmerz-

lich verworrener und selten ein in seinen Äußerungen erfreulicher Prozeß!" S. 113. Wieviel schlimmer erst, wenn alles gestoßen hineinspringen muß, statt edelreif, wie Japan z. B. bewußt daran hingeht. Man müßte die zwanzigjährige Erfahrung d. V. seitenweise abschreiben, wollte man ihrem Wert gerecht werden. Nun geht der Orientkenner nach Amerika, um dort seiner alten Wissenschaft weiter zu dienen, woher noch manches kluge Wort über den verlassenen Osten herüberklingen wird.

An diesen Eindruck schließt sich billig eine Neuauflage der berühmten „*Amoenitates exoticae*“. 1. Aufl. 1712! 2. Aufl. 1934!! —

22. **Engelbert Kämpfer**: „Seltsames Asien.“ Detmold 1933, Meyersche Hofbuchhandlung. 172 S., 18 Abbildg. nach alten Stichen und 1 Kte. Geh. 4,85, gebd. 7,20 RM. Hier ist das Widerspiel zu Hans Kohns betrübttem Epilog über die Europäisierung des Orients: die Wirkung des größeren Asien in aller seiner Pracht auf einen der hellsten Köpfe und besten Beobachter der weißen Rasse (1651—1716), der Rußland, Persien und Japan gründlich durchreiste und die ganze Küste Indiens, Ceylons, Hinterindiens und eines großen Teils von Indonesien und Chinas entlang fuhr, 11 Sprachen konnte, Weltruhm erwarb und ein so mühsames und geplagtes, zuletzt „zermürbtes“ Leben führte, wie nur je ein deutscher Forscher — abgesehen von denen, die das deutsche Volk ganz verhungern ließ, wie z. B. Varenus. Die Hauptreise fiel in die Zeit von 1683—1694. Der Schwerpunkt liegt auf den Erlebnissen in Persien, weil ja die Beschreibung von Japan in vielen Händen und weltberühmt ist. Unmöglich, hier in knappem Rahmen alle Reize der Schilderung des gottbegnadeten Forschers zu fassen! Was uns angeht, ist vor allem, mit Recht als „im neuzeitlichen Sinn geopolitisch“ bezeichnet, das großartig geschaute „Erlebnis des selbständig in sich abgeschlossenen Inselstaats Japan“. S. 157. Ein paar Sätze: sie sind höchst aktuell! „Mögen nun die Bewohner an die frühere Ungebundenheit denken oder an die Geschehnisse der ältesten Vergangenheit, sie werden finden, daß ihr Vaterland niemals in glücklicherem Zustande war, als jetzt, da es nach dem Willen seines höchsten Führers gelenkt,

von der Gemeinschaft mit auswärtigen Völkern völlig abgeschnitten und verschlossen ist.“ Gewiß: „Die Bevölkerungsdichte übersteigt alle Vorstellungen.“ — „Die Natur hat dieses Reich mit dem stärksten Schutz umgeben und unüberwindlich gemacht.“ „Der Erdkreis ist offensichtlich nicht als Heimat eines, sondern verschiedener Völker gedacht ... durch die verschiedensten Klimaverhältnisse, wie durch natürliche Grenzen getrennt, um eben Menschen verschiedener Naturanlagen aufnehmen zu können...“ „Wenn Herrscher ... sich über die Grenzen der Natur hinwegsetzen, ... so verlieren sie ... durch Abfall der Bewohner.“ Wir sehen: Engelbert Kämpfer hat nicht nur die naturwissenschaftliche Seite der Erdkunde bereichert, sondern auch vorausnehmend in Geopolitik gemacht! —

23. Ein geopolitisch besonders inhaltsreicher Band ist **Band XVII: Schra-Spu d., „Großen Brockhaus“**. Darin schießt als geopolitisches Porträt die „Schweiz“ den Vogel ab, vor allem durch die Feinheit und Reichhaltigkeit ihrer kartographischen Ausstattung, ihrer Auswahl „Schweizer Kunst“ (zugleich vom kunstpolitischen Standpunkt), namentlich mit dem schönen Blatt ohne Namen, das den vollen Reiz der Schweizer Naturlandschaft wieder vor die Seele ruft, und sie fast zwingt, den Wandel zur Kulturlandschaft eben aus der eigenen Erinnerung vorzunehmen. Darin gerade steckt geopolitischer dynamischer Reiz: Ansporn zu jener Selbsterziehung, auf die ein Handbuch des Wissens hinführen soll. Gewiß erfüllen auch „Schweden“, dann „Spanien“ und — minder eindringlich — „Sibirien“ und die „Sowjetunion“ leider zu wenig das gewiß für uns Deutsche wichtige „Serbien“ ähnliche Aufgaben. Aber vorbildlich dafür bleibt die „Schweiz“!

Noch viele andere scharfe Proben für eine geopolitische Weltbetrachtung umfaßt gerade dieser Band: völkerpsychologisch lag dem Japankenner nahe, beim „Shinto“, dem Soldaten, bei der „Somme“ zu verweilen (der ein typisches Aufrißbild günstig gewesen wäre). Warum aber: „Von einer Ethik kann beim Shinto kaum gesprochen werden...“ Das spricht die Konkurrenz anderer Religionen! — Wer einmal das shintoistische Vater unser von einem Shintoisten von Eigenwert hat sprechen hören, die Sonnenandacht auf

Bergeshöhe mitgemacht hat, wird nicht mehr von fehlender Ethik sprechen! „Shinto“ ist doch der einzige Frühkult, der sich neben den großen Weltreligionen in seiner Entstehungslandschaft hat erhalten können! Darin steckt mindestens eine ungeheure geopolitische, wie volkpsychologische Leistung! Einige in Anbetracht der winzigen Abmessungen vorzügliche Bilder bedeutender Landschaften

(„Smyrna!“, „Schweizer Charakterbilder!“) und Menschen („Carl Schurz“, „Seeckt“, „Albert Schweizer“, „Seipel“, „Söderblom“) nennen nur einige Höhepunkte des an geopolitischen Werten ungemein reichhaltigen Bandes, der selbstverständlich auch mit „See“, „Seekrieg“, „Segelflug“, „Seide“, „Slawen“ (etwas kurz!), „Sonne“, „Sprache“ (Kten) dem Geographen besonders reizvolle Schlagworte bringt.

O. VON NIEDERMAYER:

Rudolf zu der Luth, Wehrwissenschaftlicher Atlas, 2. Teil, Wien 1934

Der Verfasser hat seinem vor einem Jahre erschienenen Wehrwissenschaftlichen Atlas nunmehr einen 2. Teil folgen lassen, um dessen Ausführungen über Raum, Volk, Wirtschaft, Verkehr und wehrpolitische Verhältnisse der im Weltkrieg unterlegenen Staaten zu ergänzen durch wehrpolitische Betrachtungen über das Britische Weltreich, Frankreich, Schweiz, Tschechoslowakei, Polen, Sowjetunion, den Balkan, die Vereinigten Staaten und in einem zweiten wehrkundlichen Abschnitt durch die Behandlung der alle neuzeitlichen Armeen beschäftigenden Fragen über Führung, Kampfweise und Kampfmittel, erläutert an kriegsgeschichtlichen Beispielen.

Wie der 1. Teil, so dient auch der neue Atlas mit seinen instruktiven Karten und Bildern vornehmlich der wehrgeistigen Erziehung der deutschen Jugend, ihres Führernachwuchses, wie des gesamten Volkes. Er ist ein wertvolles Mittel, ein Volk, dem die ungerechten Friedensdiktate die Möglichkeit einer zeitgemäßen Organisation der Landesverteidigung nahmen, wenigstens theoretisch darüber zu unterrichten. Er führt die traurige Lage des Deutschen Reiches und Österreichs inmitten hochgerüsteter Staaten vor Augen und ist ein neuer Ansporn zum deutschen Kampfe um Gleichberechtigung. Man kann diesem von so sachkundiger Hand geschriebenen Werk, das bei allen seinen Betrachtungen sich auf die geographischen Grundlagen stützt, nur weite Verbreitung wünschen.

JOSEF MÄRZ:

Eine internationale Balkanzeitschrift

Das 1934 gemeinschaftlich von allen Balkanvölkern begründete Balkaninstitut, dessen Sitz Belgrad ist, legt das erste Heft seiner Zeitschrift vor. Die „Revue Internationale des Études Balkaniques“ geleitet von den Professoren P. Skok (Agram) und M. Budimir (Belgrad), hat sich ein großes Arbeitsfeld vorbehalten: Sprachwissenschaft, Folklore, Literatur und Kunst, Recht, Wirtschaft, Kulturgeschichte der Balkanländer, ausdrücklich genannt sind auch Geopolitik und Anthropogeographie. Die vergleichende Balkanforschung, die seit Jahren besonders eingehend betrieben wird, ist in den Vordergrund gerückt. Die Beiträge sind jeweils in einer der Hauptsprachen gedruckt, wobei festzustellen ist, daß das Deutsche eine führende Rolle einnimmt. Bisher haben über hundert Gelehrte nicht allein aus den Balkanländern, sondern aus allen Orten, an denen Balkanstudien betrieben werden, ihre Mitarbeit zugesagt; das 2. Heft wird demnächst erscheinen, ein großes Sammelwerk „Der Balkan, seine Vergangenheit und seine Gegenwart“, reich illustriert, im Umfang von nicht weniger als 75 Druckbogen und 150 Beiträge enthaltend, soll eine vollständige Sammlung der maßgebenden Meinungen über alle wichtigen Balkanfragen werden. Die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, sind nicht unbeträchtlich gewesen, es konnte in der Kürze der Zeit noch nicht ganz gelingen, eine einheitliche Terminologie und ein Einverständnis über die Rechtschreibung und Transskription zu schaffen; doch wird eine straffere redaktionelle Zusammenfassung möglich werden, unbeschadet der Freiheit der einzelnen Verfasser, selbst die Verantwortung für ihre Beiträge zu übernehmen. Wo sowohl einheimische wie allgemein-euro-

päische Bezeichnungen gebräuchlich geworden sind, etwa bei Städtenamen (Bukarest, Belgrad), geht es, wie klar ist, ohne Kompromisse niemals ab.

Von den Beiträgen erwähnen wir als grundlegend die über „Zweck und Bedeutung der Balkanstudien“ von den beiden Herausgebern (französisch) „Das Problem der Balkanlinguistik“ von A. Meillet (französisch), „Zur Demographie der Balkanslawen“ von Konstantinović (deutsch), „Fremde Beeinflussungen im Brauchtum der Serbo-Kroaten“ von E. Schneeweiß (deutsch), „Die Legende vom Bau der Burg Skutari“ von S. Stefanović (deutsch), eine außerordentlich gründliche Untersuchung eines Sagenmotives, ferner den (französischen) Bericht von Nikola Vulić über die mit deutscher Beteiligung (Prof. Unverzagt und Freih. von Reiswitz) ausgegrabene alte Totenstadt von Trebenište am Ochridasee. Schriftumsberichte haben u. a. Hermann Groß („Der Südostraum im deutschen Schrifttum“, mit mehrmaliger Berücksichtigung der „Zeitschrift für Geopolitik“) und Dr. Fr. Thierfelder (München; über das Buch von Hobus „Wirtschaft und Staat im südosteuropäischen Raum 1908—1914“) beigezeichnet. Im vollen Wortlaut geben die Herausgeber den Brief wieder, mit dem Professor Karl Haushofer die Gründung des Balkaninstituts begrüßt hat und einen Beitrag „Naher, Mittlerer, Ferner Osten und Balkan in ihrem gegenseitigen Verhältnis als geopolitisches Problem“ in Aussicht stellt. Vom Verfasser der vorliegenden Besprechung stammt eine kleine Studie über „Die Rolle des Raumes in der Geschichte der Balkanstaaten“.

Diese Balkanzeitschrift darf in der Tat von allen begrüßt werden, die den ernsthaften Wunsch haben, daß aus der öffentlichen Meinung Europas endlich die überholten und schiefen Urteile über Länder und Völker des Südostens verschwinden. Politische Tendenzen sind ausgeschaltet; gerade dadurch wird die Zeitschrift dem Staatsmann, der seine Kenntnisse nachprüfen und verbessern will, von großem Nutzen sein und die gegenseitige Verständigung erleichtern, für die Verständnis die Voraussetzung ist. Es läßt sich kaum ein anderer Raum finden, der so sehr den Vergleich mehrerer Völker und Staatsideen nahelegt. Der entschlossene Versuch, die Balkanfragen systematisch als Ganzes zu erforschen, verbreitert die Grundlage, von der ausgegangen werden kann, damit die künftigen Arbeiten nicht wie die bisherigen bei allem Wert und unbestreitbarem Nutzen Bruchstück bleiben.

HANS HUMMEL und RUPERT VON SCHUMACHER: Büchertafel¹⁾

Noch 6. Sowjetunion

Franz Kolarik: Die wirtschaftliche Struktur Westsibiriens. Eine wirtschaftsgeographische Untersuchung. 4. Heft der Schriftenreihe „Wirtschaftsgeographie“. Herausgeg. von Professor Dr. Bruno Dietrich. Carl Heymann, Berlin 1934. Österr. Wirtschaftsverlag, Payer & Co., Wien. 88 S. 4,20 RM.

Auf Grund einer Reise nach Rußland und eingehender Kenntnis der russischen Literatur hat der Verfasser ein Bild des wirtschaftlichen Neulandes Westsibirien entworfen, das geopolitisch insofern interessant ist, als das Klima als entscheidender Faktor der westsibirischen Wirtschaft aufscheint.

Karl Tiander: Das Erwachen Osteuropas, die Nationalitätenbewegung in Rußland und der Weltkrieg. Wilhelm Braumüller, Wien 1934. 192 S. 6 RM.

Der Verfasser schränkt in der Einleitung selbst seine Darstellung auf eine Andeutung über ein gewaltiges Thema ein. Tatsächlich ist es ja unmöglich, auf solch engem

Raum einen so umfangreichen Stoff zu bewältigen. Neben den großen Linien bringt der Verfasser aus seinen eigenen Erinnerungen manche interessante Einzelheit.

Dr. Otto Bickel: „Rußland und die Entstehung des Balkanbundes 1912. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Weltkrieges“. 173 S. Osteuropaverlag Berlin 1933.

Das Buch ist eine außerordentlich fleißige Arbeit über eines der kompliziertesten Kapitel der Südostpolitik. Als Nachschlagewerk ist es jedem Praktiker zu empfehlen. Auch der Forschung wird es manche Anregung geben. Leider vermißt man eine veranschaulichende Karte, die auch nicht durch das gute Personenverzeichnis ersetzt werden kann. In manchen Punkten ist der Verfasser scheinbar der psychologischen Einstellung des Quellenmaterials erlegen. Die österr.-ung. Monarchie als „einen dynastischen Territorialstaat ohne Volksseele“ abzutun, zeugt von keiner allzugroßen Einfühlungsgabe in das Wesen komplizierter Staaten.

1) Rest aus Heft 1/Januar.

SOEBEN ERSCIEN:

Univ.-Prof. Dr. Klute

AFRIKA

(3. Teil der Allgemeinen
Länderkunde
von Prof. Meinardus)
Gr.-8°. VIII, 298 Seiten
mit 13 Karten
M. 9.— broschiert
M. 10.— in Lwd. geb.

Verlag der

Hahn'schen Buchhandlung · Hannover

Durch jede Buchhandlung zu beziehen

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR GEOPOLITIK

Mit der Übersiedlung
des Geschäftsführers
verändert sich die An-
schrift der Geschäfts-
stelle wie folgt:

HEIDELBERG

Wolfbrunnenweg 36

Fernruf 3742

Mit Spannung erwartet, erschien soeben Band 3 der

Geschichte Rußlands

von den Anfängen bis zur Gegenwart

von Professor Dr. Karl Stählin

Von Alexander I. bis zum Krimkrieg

Gr.-8°, XII und 552 Seiten · Kartoniert RM. 13.50,
Halbleinen RM. 16.—

Früher erschienen und sind einzeln zu beziehen:

Band 1: Bis zur Geburt Peters des Großen

Kartoniert RM. 7.65, Halbleinen RM. 9.90

Band 2: Von Peter dem Großen bis zum Ende Katharinas II.

Kartoniert RM. 18.—, Halbleinen RM. 21.60

Ausführliche Prospekte über osteuropäische Literatur kostenlos!

OST-EUROPA-VERLAG
KÖNIGSBERG/PREUSSEN UND BERLIN W35

**Ein Meisterwerk deutscher
Geschichtsschreibung.**

Stählin's Werk ist nach Jahrzehnten
wieder die erste Russische Ge-
schichte eines deutschen Histori-
kers. Mit hervorragendem Ein-
führungsvermögen, mit seltener an
das Vermächtnis Ranke's erinnernden
Prägnanz des Ausdruckes über-
trifft er alle anderen, meistens von
russischer Seite aus gesehenen und
veralteten Darstellungen.

„In tausend Farben schillert das
politische, militärische, wirtschaft-
liche, soziale und kulturelle Bild
jener Zeit; das Ganze ist getragen
von einer wahrhaft souveränen,
schlechthin meisterhaften Be-
herrschaft des an Umfang und
Gehalt gleich gewaltigen Stoff-
gebietes.“ *Neue Berner Zeitung*

„... das beste Handbuch unter
den zum Studium der Russischen
Geschichte bestehenden.“

*Professor P. Miljukow in der
Historischen Zeitschrift*

SCHRIFTEN ZUR GEOPOLITIK

In Vorbereitung ist Heft 8:

RICHARD WAGNER

**Die geopolitische Bedeutung
der Stadt**

GOSLAR

im ersten Reich

Gr.-8°, 16 Seiten mit 8 Karten • Kartonierte M. 0.60

und Heft 9:

KURT TRAMPLER

Um Volksboden und Grenze

Gr.-8°, 64 Seiten mit 14 Textskizzen und 9 zweifarbigen geopolitischen

Reliefkarten • Kartonierte ca. M. 2.—

Weitere Bände folgen in schneller Reihenfolge

HEIDELBERG • BERLIN

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.